

THEMA EUROPA



„... als einen Anfang des solidarischen europäischen Staates“

Sozialdemokratie und Europa:
Vom Völkerfrühling 1848 bis zur politischen Union

Von Axel Schäfer MdEP, Christof Tannert MdEP
und Barbara Weiler MdEP

Dokumentation: Ingo Bautz

Mit einem Geleitwort von Oskar Lafontaine



Weitere Informationen erhalten Sie bei:

Axel Schäfer MdEP

Harpener Hellweg 152
44805 Bochum
Tel.: (0234) 233 897
Fax: (0234) 232 255

Christof Tannert MdEP

Müllerstraße 163
13353 Berlin
Tel.: (030) 469 21 27
Fax: (030) 461 16 63

Barbara Weiler MdEP

Arndtstraße 7
36093 Künzell
Tel.: (0561) 125 95
Fax: (0561) 126 82

oder:

Axel Schäfer MdEP

Christof Tannert MdEP

Barbara Weiler MdEP

Büro Brüssel, Europäisches Parlament

Rue Wiertz
B-1047 Brüssel

E-mail-Adressen:

aschaefer@europarl.eu.int ctannert@europarl.eu.int bweiler@europarl.eu.int

Herausgegeben von den
SPD-Abgeordneten im
Europäischen Parlament

Bundeshaus AT
53113 Bonn

email: persch@spdfрак.de

Redaktion: Helmut Schmidt Verlagsservice GmbH
Burg Sahr, 53505 Kirchsahr

Grafik, Layout

+ **Titelbild:**

Fotos + Abbildungen:

bois & steffen präsentationen, 53359 Rheinbach
Archiv der sozialen Demokratie (AdsD) der
Friedrich-Ebert-Stiftung, Bundesministerium der
Finanzen, dpa, Bundesbildstelle, Deutscher
Bundestag, Europäisches Parlament,
Europäisches Währungsinstitut, HSV-Archiv,
SPD-Parteivorstand (Archiv/Dokumentation)

Druck: Union-Druckerei, Frankfurt am Main

Versand: Vorstand der SPD
Ref. AL 1 Produktion und Vertrieb
Ollenhauerstr. 1
53113 Bonn

INHALT	SEITE
GELEITWORT VON OSKAR LAFONTAINE	5
EINFÜHRUNG	7
DOKUMENTE	13
1866-1918	
1 1866 Allgemeiner Deutscher Arbeiterverein - ADAV Programmmentwurf	13
2 1867 Internationale Arbeiterassocation - IAA Resolutionsentwurf der deutschen Sektion der Internationale zur Friedensfrage	13
3 1879 August Bebel: Die Frau und der Sozialismus	14
4 1905 Richard Calwer: Sozialdemokratie und Weltpolitik	15
5 1910 Philipp Scheidemann: Europa - ~ Freundschaftsbund" statt ~ Räuberhöhle"	17
6 1916 Heinrich Cunow: Zum Plan einer mitteleuropäischen Zollunion	18
7 1916 Karl Kautsky: Die Vereinigten Staaten von Mitteleuropa	19
8 1917 Eduard Bernstein: Sozialdemokratische Völkerpolitik - Die Sozialdemokratie und die Frage Europa 1918-1933	20
9 1924 Herman Kranold: Vereinigte Staaten von Europa. Eine proletarische Aufgabe	22
10 1925 Heidelberger Programm	25
11 1925 Otto Wels: Locarno als Ausgangspunkt der Vereinigung Europas	25
12 1926 Sozialistische Wirtschaftskonferenz Aktionsplan zur internationalen Handelspolitik	27
13 1927 Rudolf Hilferding: Die Aufgaben der Sozialdemokratie in der Republik	28
14 1930 Rudolf Breitscheid: Zum Europaplan des französischen Außenministers Aristide Briand 1933 - 1945	29
15 1938 Gruppe ~ Neu Beginnen" (Hermann Brill u.a.): Erläuterungen der ~Zehn Punkte"	31
16 1939 Internationaler Sozialistischer Kampfbund - ISK: Der kommende Weltkrieg. Aufgaben und Ziele des deutschen Sozialismus	32
17 1940 Rudolf Hilferding: Über die Frage der Kriegsziele und das Problem der Vereinigten Staaten von Europa	34
18 1943 Union der Deutschen Sozialisten in Großbritannien Richtlinien für die internationale Politik	36
19 1944 Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands - SAP, (Willy Brandt u.a.) Zur Nachkriegspolitik deutscher Sozialisten	3a:1
20 1945 Buchenwalder Manifest	4G

DOKUMENTE

	1945 - heute	
21	1946 Hannoveraner Parteitag: Politische Leitsätze	41
22	1947 Kurt Schumacher: Deutschland und Europa	42
23	1950 Hamburger Parteitag: Die Diskussion über den Beitritt zum Europarat	43
24	1951 Sieben Vorbedingungen für die Zustimmung der SPD zu einer europäischen Montan-Union	51
25	1951 Gründungskongreß der Sozialistischen Internationale Resolution zur Frage der Einheit Europas	52
26	1953 Erich Ollenhauer: Begründung der Ablehnung von EVG-und Generalvertrag	52
27	1954 Sozialistische Bewegung für die Vereinigten Staaten von Europa - MSEUF: EntschlieÙung über die Europäische Politische Gemeinschaft	56
28	1952/ Aktionsprogramm der SPD	57
	1954 Wiedervereinigung, Gleichberechtigung, Europa	
29	1957 Wilhelm Mellies: Erklärung der SPD-Bundestagsfraktion zur Begründung ihrer Zustimmung zu den Römischen Verträgen	58
30	1959 Godesberger Grundsatzprogramm	61
31	1960 Herbert Wehner: Bekenntnis der SPD zur Westintegration	62
32	1962 Gemeines Aktionsprogramm der sozialdemokratischen Parteien der EG	63
33	1969 Willy Brandt: Erklärung auf der EWG-Gipfelkonferenz in Den Haag	66
34	1975 Orientierungsrahmen ~ 85"	71
35	1978 Helmut Schmidt: Regierungserklärung zur Errichtung des Europäischen Währungssystems	71
36	1978 Programm für die Direktwahl des Europäischen Parlaments	73
37	1986 Hans-Jochen Vogel: Zur Einheitlichen Europäischen Akte	75
38	1989 Berliner Grundsatzprogramm	78
39	1990 Leipziger Grundsatzprogramm der SPD in der DDR	80
40	1992 Heidemarie Wiczorek-Zeul: Zum Vertrag von Maastricht	82
41	1994 Klaus Hänsch: Rede anläÙlich der konstituierenden Sitzung des Europäischen Parlaments	84
42	1997 Hannoveraner Parteitag: Unsere Perspektive: Europa - ein einziger Kontinent des Friedens, des Wohlstands und der sozialen Sicherheit.	87
	NACHBEMERKUNG DER HERAUSGEBER	91
	ABKÜRZUNGSVERZEICHNIS	92
	LITERATURVERZEICHNIS	93

GELEITWORT VON OSKAR LAFONTAINE

dig zu fragen: Was waren die Gründe für das Gegeneinander der Nationalstaaten? Und was können wir tun, um dieses Gegeneinander in Zukunft zu überwinden? Die Sozialdemokratische Partei hat 1925 gesagt: Wir brauchen die Vereinigten Staaten von Europa.

Später nahm die Außenpolitik Willy Brandts und Helmut Schmidts diese Tradition auf und wirkte auf die europäische Einigung hin. Diese beiden sozialdemokratischen Kanzler der Bundesrepublik Deutschland haben in Europa nicht nur Westeuropa gesehen, sondern Europa immer als kulturellen Begriff verstanden. Sie wußten, daß Europa ebenso in Warschau oder in Prag oder in Budapest, ja auch in Moskau zu finden ist. Daher war die Ostpolitik dieser beiden Kanzler die notwendige Ergänzung zur Westintegration.

Die Einigung Europas ist eng mit der Geschichte der Sozialdemokratie und der Arbeiterbewegung verbunden. Entstanden in der demokratischen Revolution des Jahres 1848 fand die Forderung nach einem europäischen Staat schon in das erste Wahlprogramm unserer Partei 1866 Aufnahme.

Grundlage für das Bekenntnis zu den "Vereinigten Staaten von Europa" im Heidelberger Programm von 1925 bildete die Friedenspolitik. Nach dem Ersten Weltkrieg war es notwen-

Jetzt geht es darum, der Massenarbeitslosigkeit in Europa entgegenzutreten. Wir brauchen eine Wachstums- und Innovationspolitik für neue Arbeitsplätze. Wir müssen die innere Reform der Europäischen Gemeinschaft so weit voranbringen, daß die politischen und rechtlichen Weichen für eine demokratische und handlungsfähige Gemeinschaft im 21. Jahrhundert gestellt werden. Die äußere Erweiterung der Europäischen Union nach Mittel- und Osteuropa gilt es mit Entschlossenheit und Augenmaß weiter zu verfolgen.

Wir wollen die Europäische Wirtschafts- und Währungsunion mit der Einführung der gemeinsamen Währung fristgerecht bei verträglichem An- wendung der Stabilitätskriterien erreichen. Wir wollen eine Wirtschafts- und Währungsunion, die in allen Mitgliedstaaten zu mehr Wohlstand und zu neuen Arbeitsplätzen führt.

Wir brauchen eine neue Politik für mehr Wachstum und Beschäftigung. Wir brauchen die innere Reform der Europäischen Union und müssen dabei die Rolle des Europäischen Parlamentes stärken. Wir wollen auch die Erweiterung nach außen. Und wir wollen die Wirtschafts- und Währungsunion als wichtige Etappe auf dem Weg zur Politischen Union

Europas. Das sind unsere Ziele für das geeinte Europa.

Die die nachfolgende Dokumentation belegt, daß die SPD in der Geschichte immer die internationale und europäische Partei Deutschlands war. In den vierziger Jahren trat Thomas Mann gegen das "deutsche Europa" und für das "europäische Deutschland" ein. Willy Brandt hat sein ganzes Leben für ein "europäisches Deutschland" gekämpft, das er auf dem Parteitag 1991 knapp und klar so beschrieb: "Nachbarn und Partnern gut zuhören. Und

- Entstanden in der demokratischen Revolution des Jahres 1848 fand die *Forderung* nach einem europäischen Staat schon in das erste Wahlprogramm unserer Partei Aufnahme." - Oskar Lafontaine

sich getreu an das halten, was vereinbart ist." Genau so will und wird sich die deutsche Sozialdemokratie auch weiterhin für die Einheit Europas einsetzen.



EINFÜHRUNG

Axel Schäfer MdEP

Christof Tannert MdEP

Barbara Weiler MdEP

Die deutsche Sozialdemokratie ist seit ihren Anfängen ein wichtiger Teil der europäischen Arbeiterbewegung. „National in der Form - international im Inhalt“, so hatten Karl Marx und Friedrich Engels deren Rolle beschrieben. Schon die frühen Sozialisten sahen sich vor die komplexe Aufgabe gestellt, den demokratischen und sozialen Rechtsstaat zu erkämpfen sowie länderübergreifend zu gemeinsamem Handeln zu gelangen.

Die „Vereinigung freier Völker“ Europas war eine verbindende Forderung in den revolutionären Erhebungen des Jahres 1848, ebenso der Aufruf: „Proletarier aller Länder, vereinigt Euch!“. Dieser wurde im 19. Jahrhundert wegweisend für eine universelle, gesellschaftsverändernde Bewegung.

Seit Beginn ihres organisatorischen Bestehens gehörte die Sozialdemokratie den

sozialistischen Internationalen an, deren gleichnamiges Lied intonierte: ~

Die Internationale, das wird die menschliche Gesellschaft sein.“

Schon auf ihrem Kongreß 1867 beriet die IAA (1864-1872) den Vorschlag der deutschen Sektion zur „Herstellung eines europäischen Freistaaten-Bundes“ (Dok. 2) und forderte schließlich einen „Bund der Völker“. In dieser Tradition standen die späteren Beschlüsse der II. Internationale (1889-1923) über Abrüstung und internationale Schiedsgerichte.

Innenpolitisch war die Forderung nach „deutscher Einheit (...) als einen Anfang des solidarischen europäischen Staates“ im Wahlprogramm des ADAV von 1866 (Dok. 1) lange Zeit einzigartig im Parteienspektrum. August Bebel's Vision vom „verein-

te(n) Bund der Völker Europas, ja aller Culturvölker der Erde" in seinem Buch "Die Frau und der Sozialismus" (Dok. 3) gehörte zu den Grundüberzeugungen einer ganzen Generation von Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten des Kaiserreichs.

Wahr ist aber auch:

Im Alltag der Partei bestimmten drängende soziale Probleme und fehlende demokratische Rechte die Tagesordnung. Außenpolitik spielte vor dem I. Weltkrieg kaum eine Rolle. Die Äußerungen auf diesem Gebiet blieben oft unbestimmt und dienten vor allem zur Abgrenzung gegenüber einer bürgerlich-konservativen "Politik der nationalen Stärke" (Dok. 5). Eine Ausnahme bildete die Gruppe der "Kontinentalpolitiker" mit ihrer Theorie der Weltreiche im Umkreis von Joseph Blochs "Sozialistischen Monatsheften" (Dok. 4 und 9), die jedoch nur begrenzten Einfluß auf die Partei hatten.

Dann das Jahr 1914: Die SPD stand zwischen Massenprotesten für den Frieden einerseits und dem Wunsch nach nationaler Integration im Angesicht eines möglichen

Krieges andererseits. Kaiser, Reichsregierung und militärische Führung wollten eine europäische Konfliktlösung mit Waffen und wußten dabei ihre Weltmachtabsichten geschickt zu verschleiern. Die Zustimmung der SPD zu den Kriegskrediten begründete ihr Vorsitzender Hugo Haase im Reichstag

mit den Worten:

"Wir lassen in der Stunde der Gefahr das eigene Vaterland nicht im Stich." Die Internationale zerbrach, und in Deutschland spaltete sich die Partei in Befürworter (MSPD) und Gegner (USPD) der "Burgfriedenspolitik". Obwohl beide offiziell am traditionellen Internationalismus festhielten, war die MSPD als Preis für innenpolitische Reformen bereit, gemäßigte

Kriegsziel forderungen zu tolerieren. Die Gegensätze zwischen Mehrheit (Dok. 6) und Opposition (Dok. 7) spiegelten sich auch in den unterschiedlichen Auffassungen zur "Mitteleuropa-Idee" wider. Faktisch war es der rechte Flügel der USPD um Eduard Bernstein, Karl Kautsky, Rudolf Breitscheid und Rudolf Hilferding, der bereits während des Weltkriegs die außen- bzw. europapolitischen Konzepte der Partei für die Zwischenkriegszeit entwickelte (Dok. 8).

Nach Niederlage, Revolution und Friedensschluß 1918/19 avancierte die SPD, die sich 1922 mit den Resten der USPD wiedervereinigte, in der krisengeschüttelten Weimarer Republik zur tragenden politischen Kraft. Als wichtigstes Instrument zum Erhalt des Friedens und zur wirtschaftlichen Integration Europas galt ihr - trotz nationaler Vorbehalte - der 1919 gegründete und überwiegend europäisch geprägte Völkerbund. Dessen Stärkung und Demokratisierung war auch ein Hauptanliegen der SAI (1923-1939). Auf dem Heidelberger Parteitag 1925 nahm die SPD als erste deutsche Partei die -Bildung der Vereinigten Staaten von Europa" in ihr Programm auf (Dok. 10). Sie war darüber hinaus immer wieder bereit, konkrete verständigungspolitische Maßnahmen wie 1925 die Verträge von Locarno (Dok. 11) und 1929/30 den Briand-Plan (Dok. 14) zu unterstützen - auch unter Zurückstellung parteitaktischer Erwägungen.

Während die bürgerlichen Parteien noch weitgehend in nationalstaatlichen Denktraditionen verhaftet blieben, entwickelte die

SPD in den 20er Jahren bereits wesentliche theoretische Grundlagen ihrer späteren Europapolitik (Dok. 13). Diese basierte auf der Analyse der internationalen Arbeitsteilung als Wesensmerkmal des Kapitalismus und der sich daraus ergebenden Notwendigkeit zur politischen Gestaltung in Gemeinschaft

mit anderen Staaten. Kernpunkte waren eine auf Kriegsverhinderung und Verständigung mit den Nachbarländern ausgerichteten Friedenspolitik, was Forderungen nach einer Teilrevision des Versailler Vertrages durchaus miteinschloß.

Konkrete Vorschläge wie Schaffung einer Zollunion und Koordinierung in den Bereichen Handel, Verkehr und Zuwanderung aus dem Jahre 1926 (Dok. 12)

erwiesen sich als äußerst weitsichtig. Erst lange nach dem I. Weltkrieg konnten diese im Rahmen der Verträge zur EGKS, EWG und EU in die Tat umgesetzt werden.

Politische Mehrheiten gegen nationalistische Vorstellungen gab es in der Weimarer Republik aber nie dauerhaft, und der Faschismus kam 1933 mit Hilfe aller bürgerlichen Parteien an die Macht.

Die Nazis zerstörten zuerst die Demokratie und verwüsteten dann Europa in deutschem Namen. Nach dem SPD-Verbot im Dritten Reich leisteten viele Parteimitglieder Widerstand oder flohen ins Exil.

Die 30er und frühen 40er Jahre waren aber auch die Zeit, wo verschiedene Gruppen innerhalb der Sozialdemokratie ihre Konzepte für einen Neuanfang in Europa entwickelten. Der Exilvorstand der SOPADE blieb den Vorstellungen der Weimarer Republik verhaftet und hielt einen wiederbelebten und gestärkten Völkerbund auch weiterhin für das wichtigste Element einer zukünftigen Friedensordnung auf dem Kontinent. Nur durch ihn könnten auch Großbritannien und die USA an einem europäischen Sicherheitssystem beteiligt werden (Dok. 17). Dagegen verfochten vor allem die linkssozialistischen Oppositionsgruppen wie ISK (Dok. 16), SAP (Dok. 19) und "Neu Beginnen" (Dok. 15) entschieden die Europaidee. Erst im Laufe des Krieges näherten sich die unterschiedlichen europapolitischen Vorstellungen an. SOPADE und ISK beschlossen 1943 in der "Union der Deutschen Sozialisten in Großbritannien" - als Kompromiß ihrer jeweiligen Konzepte, die

"Richtlinien für die internationale Politik" (Dok. 18).

Schon damals stand die Bedeutung einer deutsch-französischen und deutsch-polnischen Verständigung und Zusammenarbeit" (Dok. 20) in einem künftigen europäischen

Gemeinwesen im Vordergrund. Für die demokratischen Länder Europas gehörte die SPD zu den führenden Repräsentanten des anderen Deutschlands, mit denen eine gemeinsame Zukunft gestaltet werden konnte.

Die Verwirklichung der Vereinigten Staa-

ten von Europa unter sozialistischen Vorzeichen war in der 1945 wiedergegründeten Sozialdemokratie unumstritten, auch um deutsche Interessen gegenüber alliierten Plänen zu verteidigen (Dok. 21). Die SPD erkannte grundsätzlich das Sicherheitsbedürfnis der Nachbarstaaten an und war zum Verzicht auf staatliche Souveränitätsrechte bereit. Allerdings setzte sich der charismatische, vom Widerstand gegen die Nazi-Diktatur gezeichnete Vorsitzende Kurt Schumacher innerparteilich mit seiner Auffassung durch, ein vereinigtes Gesamteuropa könne nur auf der Grundlage eines wiedervereinigten, gleichberechtigten, selbstbestimmten und sozialistischen Deutschlands

entstehen: Prämissen, die sich auch im Aktionsprogramm der SPD von 1952/1954 noch wiederfanden (Dok. 28).

Auf dieser Grundlage lehnte die SPD, die 1947 den "Marshall-Plan" noch begrüßt hatte (Dok. 22), wegen der Nichterfüllung ihrer deutschlandpolitischen Forderungen 1950 zuerst den Beitritt zum Europarat (Dok. 23), dann 1951 zur EGKS (Dok. 24) - "kapitalistisch, konservativ, klerikal und kartellistisch", so Schumacher - und auch 1953 zur EVG (Dok. 26), ab. Die Partei war damit innerhalb der internationalen sozialistischen Bewegung (1948 war die MSEUE gegründet worden, dann 1951 die SI (Dok. 25)) in der Minderheit. Gleichwohl arbeiteten die SPD-Vertreter wie Carlo Schmid von Anfang an konstruktiv in den Gremien der europäischen Institutionen (Beratende Versammlung des Europarats und der EGKS sowie der Ad-hoc-Versammlung) mit (Dok. 27).

Nach dem Scheitern der EVG in der französischen Nationalversammlung 1954 öffnete sich die SPD Schritt für Schritt dem existierenden (west-)europäischen Integrationsprozeß. Von der Zustimmung zu den EWG-

und EURATOM-Verträgen 1957 (Dok. 29), über das Godesberger Programm 1959 (Dok. 30), die außenpolitische Grundsatzerede Herbert Wehners 1960 (Dok. 31), bis hin zur Nominierung von Willy Brandt als Kanzlerkandidaten für die Bundestagswahl 1961, führte der Weg zu einem europapolitischen Grundkonsens in Deutschland.

Seit Anfang der 60er Jahre ist die SPD gemeinsam mit ihren Schwesterparteien in den anderen Mitgliedstaaten eine prägende Kraft bei der Vertiefung und Erweiterung des europäischen Zusammenschlusses (Dok. 32). Zu nennen sind hier besonders die **Arbeitsgemeinschaft** der sozialdemokratischen Parteien der EGKS-Staaten und der Bund der sozialdemokratischen Parteien in der EG.

Am Ende der Ära de Gaulle, der als französischer Präsident mit seiner "Politik des leeren Stuhls" die Gemeinschaft blockiert hatte, und zu Beginn der Ära von Willy Brandt und Helmut Schmidt stand die EG dann auf dem Gipfeltreffen in Den Haag 1969 vor der Entscheidung "zwischen einem mutigen Schritt nach vorn und einer gefährlichen Krise zu wählen" (Dok. 33). Man entschied sich für ersteres: Erweiterung, Wirtschafts- und

Währungsunion sowie Intensivierung der politischen Zusammenarbeit sollten in den 70er Jahren in Angriff genommen werden.

Verwirklicht wurden die Beitritte von Großbritannien, Irland und Dänemark 1973, die Errichtung des EWS 1978 (Dok. 35) und die erste Direktwahl des Europäischen Parlaments 1979 (Dok. 36). Weitere Schritte blieben aus, da vor allem die Ölkrise und der Verfall des Dollars den gemeinsamen Willen erlahmen ließen (Dok. 34). So entstand der Begriff "Eurosclerose" als Synonym für die Krise der EG bis zur Mitte der 80er Jahre.

Erst auf Initiative des Europäischen Parlaments und des neuen sozialistischen Kommissionspräsidenten Jacques Delors überwand man die Stagnation. Mit der Einheitlichen Europäischen Akte 1986 sowie dem Vertrag von Maastricht 1992 wurde die ökonomische Integration durch Vollendung des Binnenmarkts und die Wirtschafts- und Währungsunion mit präzisen Vereinbarungen vorangetrieben. Die SPD trug beide Vertragswerke - trotz Kritik an Einzelpunkten - aus europäischer Verantwortung mit. Sie pochte aber stets auf mehr Rechte für das Europäische Parlament und auf eine Stärkung der gemeinschaftlichen Politikbereiche (Dok. 37 und 40).


5 Die Entwicklung nach dem Wegfall des Ost-West-Konflikts zeigt, daß sich die SPD am Ende dieses Jahrhunderts den neuen Problemen, die mit veränderten welt- und wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen verbunden sind, offensiv stellen muß. Grundlage ist das Berliner Programm von 1989 (Dok. 38), in welches die unterschiedlichen Lebenserfahrungen der ostdeutschen Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten mit einbezogen werden müssen (Dok. 39).

Europapolitik bedeutet heute vor allem "Innenpolitik": Die EU-Rechtsetzung konzentriert sich im wesentlichen auf den Binnenmarkt, auf Soziales und Frauengleichstellung, Umwelt und Verbraucherschutz, Bürgerfreiheiten und Zuwanderung, Verkehr und Regionales. Der noch zu ratifizierende Vertrag von Amsterdam hat bewiesen, daß weitere Integrationsschritte möglich sind, auch wenn in der Welt ringsherum der Nationalismus wächst.

Das europäische Einigungswerk steht heute mit den 15 EU-Staaten vor den größten Herausforderungen seiner fast 50-jährigen Geschichte (Dok. 42):

- 1998 müssen die Teilnehmer an der WWU festgelegt und die Beitrittsverhandlungen mit (den) Ländern aus Mittel- und Osteuropa begonnen werden;
- 1999 wird der künftige Finanzrahmen abgesteckt. Das macht zugleich eine Reform der Strukturfonds und des Agrarsektors erforderlich;
- schließlich steht nach dem Jahr 2000 eine weitere Regierungskonferenz an. Notwendig wäre es, konstitutionelle Elemente im europäischen Verfassungsprozeß zu verankern.

Für die SPD geht es darum, ihrem Selbstverständnis als "deutsche Europapartei" gerecht zu werden. Dazu gehört, daß die 1993 gegründete SPE über ihre Parlamentsfraktion hinaus zur politisch gestaltenden Kraft wird. Die Menschen sollen wissen: Wir wollen "das Werk der Einigung Europas mit ihren Träumen und Hoffnungen verbinden." (Dok. 41)


Barbara Weiler

1866 - 1918

ALLGEMEINER DEUTSCHER ARBEITERVEREIN (ADAV):
PROGRAMMENTWURF, LEIPZIG

1866

DOKUMENT 1

~Die Arbeiterpartei, oder die Partei des vierten Standes, bekennt sich zu dem Grundsatz, daß die Unterdrückten aller europäischen Länder ohne Unterschied des Glaubens, des Staates oder der Abstammung auf gegenseitigen Beistand und auf Vereinigung durch ihre Interessen angewiesen sind. (...)

Unter deutscher Einheit versteht die Arbeiterpartei den zentralisierten deutschen Volksstaat und erstrebt selbigen einfach als einen Anfang des solidarischen europäischen Staates."

[Leipzig 1866; zit. n.: Programme der deutschen Sozialdemokratie, hrsg. v. Bundessekretariat der Jungsozialisten, Hannover 1963, S. 65ff.]

INTERNATIONALE ARBEITERASSOCIATION (IAA): RESOLUTIONSENTWURF DER DEUTSCHEN SEKTION DER INTERNATIONALE ZUR FRIEDENSFRAGE, LAUSANNE

1867

DOKUMENT 2

~In Erwägung:

Daß das Dasein der Internationalen Arbeiterassociation die tatsächliche Verbrüderung der Völker - einen Friedensbund - bedeutet; (...)

Daß (...) weder der bewaffnete Friede beseitigt, noch der Ausbruch des Kriegs verhütet werden kann, so lange die Freiheit nicht überall erobert und gesichert, nicht alle Souveränität in den Schooß der Völker gelegt und das stehende Heerwesen vom Volkswehrwesen ersetzt ist;

Daß jedoch die Völker nur durch gegenseitige Dienstleistung (Mütualität) und Gesamtverbindlichkeit (Solidarität) die Freiheit und Souveränität erringen und sicherstellen können;

Becker, Johann Phillip
(1809-1886):
Revolutionärer Republikaner,
Teilnehmer am Hambacher Fest
(1832) und der deutschen Revolution (1848/49)
Mitbegründer der Internationalen Arbeiterassociation, beeinflusste die deutsche Arbeiterbewegung aus seinem Exil in der Schweiz besonders in den 1860er und 70er Jahren

[Kongreß der Internationalen Arbeiterassociation in Lausanne, Der Vorbote. Politische und sozial-ökonomische Monatschrift. Zentralorgan der Sektionsgruppe deutscher Sprache der Internationalen Arbeiterassociation, redigiert von Joh. Ph. Becker in Genf, 2. Jg., Nr. 9, 1867, S. 137-143, hier S. 141f. (Reprint 1963, Bd. 1)]

Daß hingegen auch die Gegenseitigkeit und Gesamtverbindlichkeit nur lebendig werden und fruchtbar wirken kann, wenn sie die Identifizierung (Uebereinstimmendmachung) der Privat- und Gemeininteressen - die thatsächliche Gerechtigkeit für alle Menschen - zum Endzweck hat;

Daß dieser Endzweck immerhin nur durch enge Vereinigung aller zerstreuten Mittel, durch feste Organisation aller vereinzelter Kräfte - durch internationale Association - zu erreichen ist; (...)

Beschließt der Kongreß der Internationalen Arbeiterassociation:

Den [Gründungs-] Kongreß [der bürgerlichen Friedensliga vom 09.-12.9.1867] in Genf in seinen Bestrebungen zur Erhaltung des Friedens, Beseitigung der stehenden Heere bei Errichtung von Volkswehren, Vereinigung der Strebmittel und Thatkräfte, mit aller Energie zu unterstützen, ohne jedoch irgendwie das bisher angestrebte Ziel der Emanzipation der Arbeiterklasse von der Kapitalherrschaft - d.h. der Umgestaltung der gesellschaftlichen und staatlichen Zustände - und der Herstellung eines europäischen Freistaaten-Bundes aus dem Auge verlieren.(...)"



AUGUST BEBEL: DIE FRAU UND DER SOZIALISMUS

DOKUMENT 3

~(...) Denn wenn Deutschland und West-Europa überhaupt, auch für die neue Menschheitsaera einstens wahrscheinlich den Reigen eröffnen wird, die anderen Staaten dürften alsdann bald folgen. Denn alle Culturstaaten leiden unter denselben Uebeln, in allen Culturstaaten regen sich darum dieselben Gedanken und dieselben Ideen.

Ein Volk wird einstens dem andern die Hände reichen, eins das andere in seinen Bestrebungen und in seiner Organisation unterstützen und der vereinigte Bund der Völker Europas, ja aller Culturvölker der Erde, wird das schliessliche Resultat dieser grossen Anstrengung sein. Dann dürften Delegirte aller Nationen und Völker sich zu einem grossen Völkerparlamente vereinigen, um alle ihre Angelegenheiten in friedlicher, sich gegenseitig fördernder Weise zu ordnen. Die physischen und geistigen Produktivkräfte wie die Bodenfruchtbarkeit und Erzeugungsfähigkeit eines jeden Landes dürften dann nach neu aufzustellenden Grundsätzen gegenseitig abgewogen und auszugleichen versucht, Produktion und Austausch auf grosser internationaler Grundlage in einer die Menschheitsentwicklung unendlich fördernden Weise regulirt werden.

So dürften die Anfänge, welche heute bereits die bürgerliche Gesellschaft für die internationale Verständigung der Völker aufweist: Weltpostcongress, internationale wissenschaftliche Congresses, internationale Ausstellungen, internationale Handels- und Schifffahrtsverträge etc., sich allmählig in der neuen Gesellschaft zur höchsten und innigsten Völkerverbrüderung steigern. Ein neues grossartiges Entwicklungsmoment für die Menschheit dürfte einstens hinzukommen. (...)

Sobald einmal die Culturvölker in einer grossen Fö(r)deratiön [!] vereinigt sein werden, dürfte auch die Zeit gekommen sein, wo für immer »des Krieges Stürme schweigen«, wo selbst die Volkswehren überflüssig geworden sind und die letzten Waffen, wie so viele ihnen vorangegangene, in die Antiquitätensammlungen wandern, um zukünftigen Geschlechtern zu lehren, wie vergangene Generationen Jahrtausende lang wie wilde Thiere sich zerfleischten - bis endlich der Mensch über das Thier in sich triumphirte. (...)"

[Zürich-Hottingen 1879; zit. n.:
Bebel, August: Ausgewählte
Reden und Schriften,
hrsg. v. Internationales Institut
für Sozialgeschichte Amsterdam,
bearb. von Anneliese Beske
und Eckhard Müller,
Bd. 10/1, München u.a.
1996, S. 182 f.]

**RICHARD CALWER:
SOZIALDEMOKRATIE UND WELTPOLITIK**



DOKUMENT 4

~JAURÈS [französischer Sozialistenführer] beschäftigt sich in dem Vortrag, den er in Berlin zu halten gedachte, (...), eingehend mit den gegenseitigen Beziehungen der drei Länder Frankreich, England und Deutschland. Sein Ideal ist ein einmütiges Zusammengehen der drei Nationen, die alle drei notwendige Faktoren der Kultur seien. (...) So sehr ich die Bemühungen von Jaurès um die Herbeiführung guter Beziehungen zwischen Frankreich und Deutschland hochschätze, so wichtig erscheint es mir, einmal darauf hinzuweisen, dass es für Frankreich ebenso fehlerhaft ist, sich an England anzulehnen, wie es verkehrt ist, als Ideal einer europäischen Politik eine Harmonie zwischen Frankreich, England und Deutschland zurzeit als möglich erscheinen zu lassen. (...)

EHE man indessen seine Stellung zu den Fragen der Weltpolitik festlegt, halte ich es für nötig, die wirtschaftlichen Triebkräfte kennen zu lernen, die in letzter Linie auch die Äusserungen der hohen Politik bestimmen. Lässt sich aus dem Gang der wirtschaftlichen Entwicklung eine bestimmte Tendenz ableiten, so haben wir damit einen sicheren Kurs für die Richtung, die die hohe Politik einzuschlagen hat oder einschlagen wird. (...) [S. 741]

Englands koloniale Entwicklung ist eine Ausnahmerecheinung, die heutzutage überhaupt nicht mehr wiederholt werden kann. Normaler ist dagegen die Verwirklichung des Expansionsbestrebens der Vereinigten Staaten, die Amerika den Amerikanern reserviert wissen wollen. Für Deutschland ist die Ausdehnungsmöglichkeit insofern ungünstiger, als es zwischen Staaten eingeklemt ist, die wirtschaftlich und politisch ebenso oder doch fast ebenso hoch entwickelt sind, wie Deutschland selbst.

Nichtsdestoweniger bleibt für Deutschland nur *ein Weg* übrig, seine wirtschaftliche Position zu behaupten und zu kräftigen: es muss auf eine Beseitigung der wirtschaftlichen, politischen und nationalen Schranken zwischen den europäischen Ländern - ausgenommen bleiben England und Russland - hinarbeiten und den grossen Markt, den es außerhalb Europas nicht finden kann, sich in Europa selbst zu schaffen suchen.

Auch zwischen den europäischen Staaten existieren starke Gegensätze wirtschaftlicher Natur. Aber im Vergleich zu den Kontrasten, die zwischen der englischen respektive amerikanischen Wirtschaftsweise und der mitteleuropäischen bestehen, erscheinen die Länder in Mitteleuropa einander nahe verwandt. Ihre heutige Wirtschaftsverfassung, ihre politische und wirtschaftliche Geschichte, ihre Kulturideale sprechen dafür, dass sie im Gegensatz zu den anderen, als da sind England, die Vereinigten Staaten, Russland und Japan, eng zusammengehören.

DIE wirtschaftlichen Gefahren, die diesen Ländern von England und den Vereinigten Staaten drohen, sind die gleichen, ihre gegenseitigen Verkehrs- und Handelsbeziehungen sind trotz der überaus verderblichen gegenseitigen Absperrungspolitik die regsten und beruhen auf der Tatsache, dass keine politische Landesgrenze der Ausdehnung des wirtschaftlichen Verkehrs Halt gebieten kann. (...) Die Vorteile, die daraus hervorgehen würden, dass Europa ein einheitliches Wirtschaftsgebiet wird, sind für die gesamte zukünftige Wirtschaftsverfassung Europas von so immensem Werte, dass gerade die sozialistische Arbeiterschaft in erster Linie auf die Verwirklichung dieses Zieles hinarbeiten muss. (...)

DIE Zukunft Europas ist nicht auf eine Freundschaft der drei Länder England, Frankreich und Deutschland zu gründen, sie ergibt nur dann einen erfreulichen Ausblick, wenn Frankreich und Deutschland ihre politische Feindschaft begraben können. England kann nach seiner Geschichte und nach den immanenten Gesetzen seiner wirtschaftlichen und politischen Betätigung kein dauernder Freund eines europäischen Landes sein. Und wenn England trotzdem in dieser Rolle sich einmal befindet, so liegt es eben daran, dass der Partner über die klaffenden Gegensätze zwischen den europäischen Ländern und England nicht klar ist. Jede solche enge Freund-

schaft Englands mit einem europäischen Lande führt notwendigerweise zu einer Schwächung der wirtschaftlichen Gesamtinteressen der mittel- und westeuropäischen Staaten. Die Politik Englands, Deutschland in Europa möglichst zu isolieren, ist von seinem Standpunkte aus ungemein geschickt und klug, aber der Schaden Deutschlands ist in diesem Falle auch der Schaden der anderen europäischen Länder, die England einzeln und zusammen nicht mehr zu fürchten braucht, sobald erst Deutschland geschwächt ist. Diese Schwächung kann allein schon darin liegen, dass ein wirtschaftspolitisches Zusammengehen der mittel- und westeuropäischen Staaten verhindert wird. (...)

GANZ anders liegen die Dinge, wenn die mittel- und westeuropäischen Länder zu einem grossen Wirtschaftsgebiete sich zusammenschliessen vermögen und so eine grosse, nach aussen hin abschließbare, genügend breite Basis schaffen, auf der einer gemeinsamen sozialistischen Regelung von Produktion und Güterverteilung die Gleichartigkeit der ökonomischen Verfassung sämtlicher zugehörigen Länder weit entgegen kommt. Bei der wirtschaftlichen und politischen Macht eines solchen Länderkomplexes sind die internationalen Schwierigkeiten, die sozialistischen Massnahmen entgegentreten, verhältnismässig leicht zu überwinden, während sie für den heutigen nationalen, in sich abgeschlossenen und doch vom Weltmarkt abhängigen Staat nicht zu überwinden sind.

DER nächste Weg zum Sozialismus führt daher für die deutsche Arbeiterklasse über die Voraussetzung eines wirtschaftlichen Zusammenschlusses der europäischen Staaten mit Ausnahme von England und Russland. Ob und wann diese Voraussetzung aber geschaffen wird, hängt von der Gestaltung der Beziehungen zwischen Frankreich und Deutschland ab. Für beide Länder muss klar werden, dass sie näher zu einander gehören, als eines von beiden zu irgend einem dritten Land. [S. 746ff.]"

[Sozialdemokratie und Weltpolitik, Sozialistische Monatshefte, 1905/II., S. 741-749, hier: S. 741 und S. 746ff. (Reprint,

**PHILIPP SCHEIDEMANN:
EUROPA-
»FREUNDSCHAFTSBUND« STATT »RÄUBERHÖHLE«**



DOKUMENT 5

~(...) Meine Herren, wir wollen uns auch nicht streiten über die Frage, ob Rußland gegenüber unter allen Umständen auf eine Brustwehr verzichtet werden könnte. Aber selbst wenn zuzugeben wäre, daß wir Rußland, diesem zaristisch-absolutistischen, unberechenbaren Lande gegenüber, eine gewisse Brustwehr brauchten, dann

können wir doch unter keinen Umständen zugeben, daß irgend welche ernstliche Gefahr für uns zurzeit bestände. Ich betone aber mit um so größerer Schärfe, daß wir weder im Westen noch jenseits der Nordsee einen möglichen Feind sehen. Wir in Deutschland und unsere Freunde in Frankreich und England sind fest entschlossen, eine Katastrophe, wie sie ein Krieg im Innern Europas für die ganze Kulturwelt bedeuten würde, zu verhindern. (...)

Wir werden aber auch nicht unterlassen, unserer festen Überzeugung auch fernerhin dahin Ausdruck zu geben, daß gerade unser Regierungskurs die Hauptschuld trägt, wenn der Freundschaftsbund, (...), bisher noch keine Wirklichkeit hat werden können. (...)

Daß Europa eine Art Räuberhöhle ist, in der man nicht unbewaffnet schlafen kann, in der man jeden Tag auf Treubrücke und Überfälle gerüstet sein muß, das ist die große Lebenslüge, die Sie nicht lassen können, wenn Sie nicht Ihr ganzes System elendiglich zusammenbrechen sehen wollen.

Deutschland kann Europa den Frieden geben, wenn es will. Deutschland kann die Lasten der Rüstung nicht nur für sich, sondern auch für alle Großmächte Europas wesentlich herabdrücken. Die wirtschaftlichen Vorteile, die aus einem derartigen Zustande hervorgehen würden, sind bedeutend größer als alle Vorteile, die jemals von irgend einem Staat aus einem blutigen Kriege erwartet werden könnten.

Meine Herren, so schwer der Kampf ist, den wir auf diesem Gebiet zu führen haben, - dem deutsch-französisch-englischen Völkerbunde gehört die Zukunft doch, und wir setzen unsere Ehre darein, dieser Zukunft vorzuarbeiten. (...)"

[Reichstagsrede vom
9. Dezember 1910;
Verhandlungen des Reichstags.
12. Legislaturperiode. 2. Session.
Stenographische Berichte,
Bd. 262. Berlin 1911,
S. 3528-3539, hier S. 3530f.]



HEINRICH CUNOW: ZUM PLAN EINER MITTELEUROPÄISCHEN ZOLLUNION

DOKUMENT 6

~(...) Nach meiner Ansicht ist es daher höchst wahrscheinlich, daß nach dem Kriege es zu einem engeren Zusammenschluß zwischen England und seinen Kolonien kommen wird und zur Einräumung von allerei weiteren Vorzugsrechten, vielleicht auch zu einer Art Reichszollvereinigung. (...)

Daraus aber, daß überall große mächtige Wirtschaftsgemeinschaften entstehen, ergibt sich - (...) - auch für Deutschland die Notwendigkeit, sich ein möglichst großes sicheres Wirtschaftsgebiet zu

schaffen, und ein Mittel dazu ist der engere wirtschaftliche Zusammenschluß mit Oesterreich-Ungarn. (...)

Zudem aber handelt es sich gar nicht allein um Deutschland und Oesterreich-Ungarn. Es kommt auch die Verbindung mit dem Balkan, dem Orient, in Betracht. Wollen wir die jetzigen günstigen Beziehungen zu Bulgarien und der Türkei verwerten, wollen wir diese Gebiete wirtschaftlich entwickeln helfen und engere Handelsbeziehungen [!] mit ihnen anknüpfen, dann kann das nicht im gegenseitigen Konkurrenzkampf zwischen Deutschland und Oesterreich-Ungarn geschehen, dann müssen beide Mächte dort gemeinsam vorgehen. (...) [S. 27]

Resümieren wir kurz: Sicherlich stellen sich der Zollunion große Schwierigkeiten entgegen; doch sind sie nicht unüberwindlich.

Gelingt es aber, eine solche Handels- und Zollverbindung zwischen den Mittelmächten herzustellen, dann ist ein großer Fortschritt erzielt, ein Gebilde geschaffen, dem sich später auch die Schweiz, vielleicht auch Holland und die nordischen Staaten anschließen können. Bleibt es hingegen bei der bloßen Gewährung bestimmter gegenseitiger Vorzugszölle, dann erscheint nicht nur solcher späterer Anschluß ziemlich aussichtslos, dann wird sich voraussichtlich auch an den heutigen beiderseitigen Handelsverhältnissen nicht allzuviel ändern.

Die Großagrarien beider Reiche behalten dann auch höchstwahrscheinlich ihren starken Einfluß auf die Gestaltung des Zolltarifs.

Das Interesse der Arbeiterschaft erfordert also zweifellos, daß wir für eine möglichst enge Zollunion eintreten. [S. 34]"

[Referat, gehalten auf der gemeinsamen Tagung der Führungsgremien der deutschen und österreichischen Sozialdemokraten am 09. Januar 1916; Die Bestrebungen für eine wirtschaftliche Annäherung Deutschlands und Oesterreich-Ungarns; hrsg. v. Vorstand der sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Berlin 1916 (als MS gedruckt), S. 22-34, hier S. 27 und 34]

KARL KAUTSKY: DIE VEREINIGTEN STAATEN VON MITTELEUROPA



DOKUMENT 7

"(...) Welche Stellung hat nun die Sozialdemokratie zu den mitteleuropäischen Plänen zu nehmen? Damit, daß keine Aussicht besteht, jenes neue Staatsgebilde in absehbarer Zeit zu schaffen, ist die Frage noch nicht erledigt. (...)

Unser Charakter als internationale und demokratische Partei weist uns bereits unseren Weg. Wir müssen jede Niederlegung von Schranken zwischen Völkern und Staaten freudig begrüßen und unterstützen, wenn sie ohne Verletzung der Demokratie und nicht zu dem Zwecke vor sich geht, den Aufbau anderer Schranken zwischen Völkern und Staaten herbeizuführen.

Die Herstellung Mitteleuropas wäre ein sehr zweifelhafter Fortschritt, wenn sie zu dem Zwecke geschähe, den Gegensatz der Zentralmächte zu ihren Nachbarn nach dem Kriege aufrechtzuhalten oder gar zu verschärfen. Wenn (...) Mitteleuropa die Aufgabe hätte, die Kriegspolitik im Frieden mit anderen Mitteln fortzusetzen. (...) [S. 11] Indes, wie verkehrt auch das imperialistische Streben der Intellektuellen sein mag, es ist ökonomisch tief begründet und daher sehr stark, eine der »Realitäten« der Politik, die man in Rechnung zu ziehen hat. **Ganz und gar nicht im Sinne der Intellektuellen ist dagegen das Streben nach Herstellung eines europäischen »Freistaatenbundes«, einer »Eidgenossenschaft der Völker«, das aus der Arbeiterdemokratie entsprang [vgl. Dok. 2]. (...)**

Der »übernationale Staat«, den sie wollen, ist der imperialistische, den wieder das Proletariat ablehnen muß - wo es auf eigenen Füßen steht. (...)

Der übernationale Militärstaat, die Schützengrabengemeinschaft, durch Gräben, Stacheldrähte und Maschinengewehre abgeschlossen nach Ost und West - das sind die Vereinigten Staaten Europas, die heute von unseren Intellektuellen geträumt werden. (...) [s. 42 ff.]

In einer sozialistischen Gesellschaft müßten aber die nationalen und internationalen Probleme eine ganz neue Gestaltung annehmen. (...) Ist die privilegierte Stellung der Kapitalisten und der Spracharbeiter verschwunden, so hören damit die nationalen Gegensätze auf, denn in dem Bedürfnis nach nationaler Selbstverwaltung, das übrigbleibt, liegt nichts, das eine Nation in Gegensatz zur anderen bringen könnte. Die aus der modernen Weltwirtschaft hervorgehenden Notwendigkeiten internationalen Zusammenarbeitens in geistiger und materieller Produktion können dann völlig ungehindert auf immer engere Verbindung der Nationen hinwirken.

Der Bund der Völker und damit der ewige Friede wird so nicht nur möglich, sondern auch auf eine völlig sichere Basis gestellt. (...) [S. 48f.]"

[Stuttgart 1916,
S. 11, 42ff. und 48f.]



**EDUARD BERNSTEIN:
SOZIALDEMOKRATISCHE VÖLKERPOLITIK -
DIE SOZIALDEMOKRATIE UND DIE FRAGE EUROPA**

DOKUMENT 8

-(...) Finanziell erschöpft und tief verschuldet, vieler wirtschaftlicher Sachgüter und eines gewaltigen Teils ihrer besten Männerkraft beraubt, so werden die Großstaaten Europas aus dem Kriege her-

vorgehen, und ihre Erholung wird in dem Maße erschwert werden, als die durch den Krieg auf die Spitze getriebenen, zum Teil sogar erst durch ihn geschaffenen Gegensätzlichkeiten von Nationen zu Nationen ihre Kraft behalten. (...) Nur noch als geographischer Begriff und kriegeres Schlachtfeld existiert Europa gegenwärtig fort, und das kommende Europa droht zunächst auch nur ein geographischer Begriff zu sein. Das Gefühl einer Gemeinsamkeit von Interessen ist ertötet, der Güterverkehr und der Personenverkehr zwischen den Hauptländern droht eine Einbuße zu erleiden, die ihn vielleicht auf das Drittel des Umfangs herabbringt, den er vor dem Kriege hatte, kalt und mißtrauisch werden sich seine großen Nationen gegenüberstehen. Eine Aussicht, vor der der sachlich erwägende Volkswirt und Politiker nicht minder sorgenvoll zurückweicht, als der dem Gedanken der Völkergemeinschaft aus idealistischen Gründen ergebene Sozialist und Pazifist. Wohl fehlt es nicht an Kräften, die für eine Selbstheilung arbeiten werden. Gewisse Fäden des Handelsverkehrs werden sich leichter wieder anknüpfen lassen, als es beim größten Teil der Fall sein wird. Gelehrte, die im Kriege das seelische Gleichgewicht bewahrt haben, werden nach ihm wieder die internationale Zusammenarbeit der Wissenschaft pflegen. Und Aehnliches mehr. Aber solange die Heilung auf das Walten von Antrieben angewiesen ist, die bloß Individuen oder kleine Gruppen von Ideologen erfassen, wird der Selbstheilungsprozeß ein überaus langsamer und stets der Gefahr ausgesetzt sein, durch Gegenströmungen, an denen es nicht fehlen wird, zurückgeworfen zu werden. Nur durch die systematische Arbeit umfassender Organisationen wird ein durchgreifender Heilungsprozeß in Bälde erwirkt werden können und diejenige Kraft erhalten, die ihn widerstandsfähig macht gegen alle ihm entgegenwirkenden Agitationen. Und keine Verbindung ist so sehr dazu berufen, sich an die Spitze dieser Bewegung zu stellen, als die Partei der Arbeiter, deren große Theoretiker unter anderen Fichte zu ihren geistigen Vorfahren zählten.

Die Sozialdemokratie hat den Krieg nicht verhindert, der Europa zerrissen hat, bis jetzt auch nichts für seine Verkürzung ausgerichtet. Um so mehr erwächst ihr die Pflicht, am Neubau des kommenden Europa ihre ganze Kraft einzusetzen.

Dazu ist aber eine der ersten Vorbedingungen, daß sie sich Rechenschaft darüber ablegt, welches vordem das Geheimnis ihrer großen, sie über alle Tagesströmungen erhebenden politischen Spannkraft war, und sich entschließt, diejenigen Elemente dieser Kraft, die im Kriege Schaden gelitten haben, in der alten Stärke wiederherzustellen."

[Leipzig 1917, S. 204ff.]

1918 - 1933



HERMAN KRANOLD:
VEREINIGTE STAATEN VON EUROPA.
EINE PROLETARISCHE AUFGABE

DOKUMENT

-Die Herausbildung großer Wirtschaftsgebiete

Kranold, Herman
(† 1941):
Mitarbeiter der Sozialistischen
Monatshefte,
Mitglied des Hannoveraner
Kreises der Jungsozialisten,
† 1925-32 sozialdemokratischer
Landrat in Sprottau/Schlesien,
† 1933 Emigration

(...) Außerhalb Europas beginnen sich nach geographischen Verhältnissen große Wirtschaftskomplexe abzugrenzen, die voneinander und von Europa relativ wenig beziehen und bei denen der Außenhandel der Teilgebiete jedes derartigen Wirtschaftsgebietes in der Hauptsache *innerhalb* dieses Wirtschaftsgebietes entwickelt ist. Amerika ist eins dieser Gebiete; ein anderes sind die Länder, die den Indischen Ozean und das Chinesische Meer umlagern. Die Ostgebiete Afrikas, Britisch Indien, China, Japan, Australien und die von diesen Gebieten eingeschlossenen europäischen Inselkolonien stellen dieses zweite Weltwirtschaftsreich dar. In diesem Reich ist vorläufig Japan das eigentlich beherrschende Industri(e)zentrum [!]. (...)

Ein drittes Gebiet, das sich immer deutlicher abzuheben beginnt, ist das *Russische Reich*. Rußlands Wirtschaft einschließlich ihres gewaltigen asiatischen Entwicklungsraumes hat sich in den letzten zehn Jahren ganz darauf einstellen *müssen*, ihren Bedarf an Wirtschaftsgütern aller Art *selbst zu* decken. Wie man weiß, ist ihr das nur in beschränktem Maße gelungen. Im großen und ganzen aber hat die russische Volkswirtschaft sich doch so entwickelt, daß äußerste Sparsamkeit dem Mangel an Produktion hilfreich zur Seite getreten ist. (...)

Und das Britische Reich

Das Britische Reich ist ein Geschöpf der Macht. Nicht ökonomische Zusammengehörigkeit ist der Kitt, der die Stücke verbindet, sondern ein politisch-militärischer Apparat, (...).

Die Machtverhältnisse kehren sich aber leicht um, wenn die ökonomische Kräfteverteilung wechselt. (...)

Es fragt sich deshalb heute nicht mehr, ob Canada, Australien, Südafrika, Indien den Wirtschaftsgebieten, in denen sie liegen, künftig angehören werden oder nicht; sie gehören ihnen schon in so hohem Grade an, und ihre elementarsten wirtschaftlichen Interessen verweisen sie so nachdrücklich darauf, diese ihre Stellung auszubauen, daß die politische Attrappe über das wirtschaftliche Wesen der Dinge nicht hinwegtäuschen kann. Fraglich ist nur, ob entsprechend dieser Anschauung die Britischen Inseln nun künftig wieder Europa zufallen werden oder ob die *Grenze Amerikas gegen Europa durch den Ärmelkanal gehen wird.* (...)

Das Problem der Vereinigten Staaten von Europa ist nicht oder doch erst in dritter und vierter Linie ein Problem der Schaffung politischer Formänderungen in Europa. Es ist allein oder doch in erster Linie das Problem, zwischen Europas Völkern wirtschaftspolitische Verhältnisse herzustellen, die ein gemeinsames Arbeiten ermöglichen, die einen einheitlichen europäischen Markt herstellen, innerhalb dessen Kapitalmangel und Kapitalüberfluß sich ausgleichen, Kohle, Eisen, elektrischer Strom, Wasserkraft, Kali, Zinkerz usw. einheitlich ausgenutzt und Steuer- und Sozialpolitik nach einheitlichen Grundsätzen betrieben werden.-(...) [S. 10ff .]

Was heißt europäische Wirtschaftseinheit?

Das gemeinsame Wirtschaftsinteresse Europas (worunter ich immer das europäische Festland nebst den Britischen Inseln, aber unter Ausschluß Rußlands, verstehe) besteht darin, zu verhüten, daß Europa dauernd Kolonialgebiet der neuen Industrieländer [Kranold meint vor allem die USA als Hauptgläubiger der europäischen Staaten] wird, d.h. daß es dauernd an sie Tribute, d.h. Leistungen ohne Gegenleistungen, zahlt. Um dies zu verhüten, müssen drei Gruppen von Einzelaufgaben gleichzeitig gelöst werden:

1. Das *Reparationsproblem* muß eine Lösung finden, die es den europäischen Mächten ermöglicht, einen möglichst großen Teil der Verschuldung Europas entweder niederzuschlagen oder so niedrig wie möglich zu verzinsen. Das hat zur Voraussetzung, daß die europäischen Währungen nicht dauernd von außereuropäischen Ländern abhängig werden, *d.h. es ist die Herrschaft des englischen Pfundes in Europa zu sichern* und eine europäische Währungsunion vorzubereiten. (...)
2. Innerhalb Europas ist durch geeignete politische Maßregeln der *Frieden zu sichern*. Dahin gehört eine ehrliche Abrüstung in allen Ländern Europas, ferner eine möglichst baldige Aufhebung der Besatzungen [im Rheinland] und eine gegenseitige Kontrolle der Rüstungen der europäischen Mächte.

3. Die *Wirtschaftspolitik* der europäischen Länder ist in den Dienst gemeinsamer Produktions- und Außenhandelspolitik zu stellen. Zu diesem Zweck ist die Tätigkeit der Staaten auf wirtschaftlichem Gebiet und die Tätigkeit der Privatleute, sei es in ihrer Vereinzelung als Wirtschaftssubjekte, sei es in ihren wirtschaftlichen Organisationen, über die Grenzen hinweg in wohlabgewogenen Zusammenhang zu bringen.

a.) *Staaten.* Es ist eine Angleichung der Sozialpolitik zu erstreben, damit gleiche sozialpolitische Lasten die Produktion überall in demselben Ausmaß verteuern. Es ist eine gleichmäßige Durchführung des sozialen Versicherungswesens, der Regelung der Arbeitszeit, der gesundheitlichen und moralischen Arbeiterschutzgesetzgebung herbeizuführen und das Genossenschaftsrecht zu vereinheitlichen. Ferner ist auf *wirtschaftspolitischem* Gebiet die Gründung eines *europäischen Zollverbandes* mit zollfreiem Binnenverkehr zwischen denjenigen Ländern herbeizuführen, die einander unmittelbar benachbart und durch wichtige Produktionsinteressen unmittelbar miteinander verbunden sind. (...)

b.) *Private Wirtschaft.* Zu erstreben ist die Bildung europäischer Kartelle, Syndikate und Preiskonventionen, (...) [S. 22].

Kapitalistische Einigung Europas **eine** Notwendigkeit für den Sozialismus

Was hier skizziert wurde, das ist eine *kapitalistische* Entwicklung, und das ist es, warum es dem Arbeiter schwer werden wird, diesen Dingen zuzustimmen. Aber es hat keinen Zweck, vor der Wahrheit die Augen zu verschließen. (...)

Die europäische Arbeiterschaft kann heute (...) Existenzsicherheit nur haben, wenn Europas Wirtschaftseinheit hergestellt wird. Und diese Wirtschaftseinheit ist heute, so wie die Dinge liegen, nur in einem kapitalistischen Europa zu haben. Die deutsche Arbeiterschaft muß deshalb sich mit denjenigen *bürgerlichen* Elementen *verbünden*, die einsichtig genug sind, diese Notwendigkeit zu erkennen. Wenn die deutschen Arbeiter *aus Besorgnis, den Klassenkampf zu vergessen*, sich zu diesem Bündnis *nicht* entschließen können, dann werden sie es eines Tages nicht mehr nötig haben, über Zweck und Mittel des Klassenkampfes sich den Kopf zu zerbrechen - aus dem einfachen Grunde, weil die Arbeiterklasse nicht mehr existiert, die diesen Kampf führen kann. (...) [S. 28ff.]"

[Vortrag, gehalten auf einer Tagung der Jungsozialisten in Hann.-Münden, Pfingsten 1924, Hannover 1924, S. 10ff., S. 22 und S. 28ff.]

HEIDELBERGER PROGRAMM



DOKUMENT 10

-Internationale Politik

Als Mitglied der Sozialistischen Arbeiter-Internationale kämpft die Sozialdemokratische Partei Deutschlands in gemeinsamen Aktionen mit den Arbeitern aller Länder gegen imperialistische und faschistische Vorstöße und für die Verwirklichung des Sozialismus. Sie tritt mit aller Kraft jeder Verschärfung der Gegensätze zwischen den Völkern und jeder Gefährdung des Friedens entgegen.

Sie fordert die friedliche Lösung internationaler Konflikte und ihre Austragung vor obligatorischen Schiedsgerichten.

Sie tritt ein für das Selbstbestimmungsrecht der Völker und für das Recht der Minderheiten auf demokratische und nationale Selbstverwaltung.

Sie widersetzt sich der Ausbeutung der Kolonialvölker, der gewaltsamen Zerstörung ihrer Wirtschaftsformen und Kultur.

Sie verlangt internationale Abrüstung.

Sie tritt ein für die aus wirtschaftlichen Ursachen zwingend gewordene Schaffung der europäischen Wirtschaftseinheit, für die Bildung der Vereinigten Staaten von Europa, um damit zur Interessensolidarität der Völker aller Kontinente zu gelangen.

Sie fordert die Demokratisierung des Völkerbundes und seine Ausgestaltung zu einem wirksamen Instrument der Friedenspolitik."

[beschlossen auf dem Parteitag in Heidelberg 1925, zit. n.: Programmatische Dokumente der Deutschen Sozialdemokratie, hrsg. und eingel. v. Dieter Dowe und Kurt Klotzbach, 3. überarb. und aktualisierte Aufl., hrsg. v. Dieter Dowe, Bonn 1990, Dok. 16, S. 211-220, hier: S. 219f.]

OTTO WELS: LOCARNO ALS AUSGANGSPUNKT DER VEREINIGUNG EUROPAS



DOKUMENT 11

~(...) **Meine** Damen und Herren! Das Deutschland der Wilhelme, der Tirpitze und der Ludendorffe ist tot, ein neues muß in unserem Vaterlande, in unserem Weltteil erstehen. Wer das nicht begreift, der ist dazu verurteilt, wie Sie, meine Herren da drüben, als Gespenst unter den Lebenden in eine neue Zeit zu gehen oder als Blinder unter den Sehenden zu wandeln. Wer das nicht begreift, ist zu politischer Unfruchtbarkeit verurteilt. Am Ausgang des Krieges sehen wir zwei große Ereignisse: auf der einen Seite den Übergang

Deutschlands zur Demokratie, den wir heute bei uns noch heiß umkämpfen, und auf der anderen Seite die politische Entdeckung Europas. Die politische Entdeckung Europas als Staatensystem ist die Rückwirkung der geographischen Entdeckung Amerikas vor mehr als 400 Jahren. Jenseits des Ozeans haben die jungen Völker eines neuen Kontinents eine Schicksalsgemeinschaft, eine Schicksalsverbundenheit erkannt und durchgeführt. Ungeheure Gebiete von unerschlossenen Naturschätzen, in denen der Verkehr durch keine Zollschranken gehemmt ist, bieten dort drüben die Möglichkeiten eines ungeahnten Aufstiegs. Wir aber in Europa sind eingesperrt in enge Zollkäfige, in Haß und in Mißtrauen gegeneinander gestellt und voneinander getrennt. Durch blutige Erinnerungen gehen wir dem sicheren Untergang entgegen, wenn wir nicht die Kraft finden, uns von den Fesseln der Vergangenheit zu befreien. Der Weg zur Befreiung wird in den Verträgen von Locarno und dem Eintritt Deutschlands in den Völkerbund beschritten. Er ist noch weit, aber der erste Schritt wird damit getan. Es ist derselbe Schritt, den die führenden Geister des internationalen Sozialismus schon vor dem Kriege gewiesen haben. 10 Millionen Menschen haben es mit ihrem Leben bezahlen müssen, daß die Völker 1914 noch nicht reif genug waren für die Gedanken eines Jean Jaurès [vgl. Dok. 4] und eines August Bebel [vgl. Dok. 31].

Jetzt erst beginnt sich das Verständnis dafür zu regen, daß wir alle, die wir auf diesem Erdteil leben, durch Schicksalsgemeinschaft miteinander verbunden sind, daß unsere inneren Händel und Streitigkeiten Erbärmlichkeiten sind und daß wir gute Europäer sein müssen, wenn wir gute Deutsche, gute Franzosen sein wollen.

Meine Damen und Herren! Der Krieg ist die furchtbarste Geißel der Menschheit, und die ganze Welt von ihm zu befreien ist unser unverrückbares Ziel. Aber unseren eigenen Herd vor ihm zu schützen, das ist die vornehmste deutsche Aufgabe.

Von solchen Auffassungen geleitet, werden wir Sozialdemokraten unter Zurückstellung aller taktischen Gesichtspunkte, den Blick nur auf das eine große Ziel gerichtet, dessen Erreichung unsere Besten nicht mehr erleben durften, für den vorliegenden Gesetzentwurf [zur Ratifizierung der Verträge von Locarno und dem Beitritt Deutschlands zum Völkerbund] stimmen. Nicht ihnen zuliebe, meine Damen und Herren, sondern uns und der Sozialistischen Arbeiter-Internationale zuliebe, der wir damit geben, was sie von uns fordern kann.

Wir nehmen den Gesetzentwurf an als die Erfüllung unserer eigenen Forderung. Wir nehmen ihn an als den Beginn eines Weges, an dessen Ende ein unter den siegreichen Fahnen des Sozialismus einiges Europa stehen wird."

[Reichstagsrede vom 24. November 1925; Verhandlungen des Reichstags. 3. Wahlperiode. Stenographische Berichte, Bd. 388, Berlin 1926, S. 4485-4493, hier S. 4492f.]

SOZIALISTISCHE WIRTSCHAFTSKONFERENZ:
AKTIONSPLAN ZUR INTERNATIONALEN
HANDELSPOLITIK, BRÜSSEL



DOKUMENT 12

~Die Delegierten der drei vertretenen Parteien [Deutschlands, Frankreichs und Belgiens] sind der Ansicht, daß diese Politik vor allem darauf bedacht sein muß, die normalen Wirtschaftsbeziehungen zwischen ihren Nationen in einer Weise zu sichern, die die Interessen der Arbeiter und Verbraucher wahrt, die Höherentwicklung der internationalen Produktivkräfte gewährleistet und auf die endgültige Festigung des Friedens hinwirkt. Denn der Friede kann nur dann dauerhaft sein, wenn zu gleicher Zeit mit seiner juristischen und politischen Organisation auch seine ökonomische Organisation verwirklicht wird.

Die Konferenz, in der Ueberzeugung, daß normale wirtschaftliche Beziehungen erst dann endgültig möglich sein werden, wenn die verschiedenen Staaten die *Stabilität ihrer Währung* wieder hergestellt haben, proklamiert nichtsdestoweniger die Dringlichkeit einer Politik der *wirtschaftlichen Verständigung* und der Zusammenarbeit ihrer drei Länder zur allgemeinen *Durchführung von Handelsverträgen*, die zur rationellen Organisation der Produktion und der Arbeit beitragen, ohne die die Verwirklichung sozialistischer Reformen nicht ins Auge gefaßt werden kann.

Die Konferenz ist überzeugt, daß es vor allem notwendig ist, jene *Illusion zu zerstören*, als ob die Völker abgeschlossen von den anderen leben und ihre Bedürfnisse auf Grund einer engherzig nationalistischen Wirtschaftspolitik befriedigen könnten. Der *aggressive Protektionismus*, der nach dem Krieg in Europa herrschte, und die politische und wirtschaftliche Zerrissenheit Europas noch verschärfte, muß von den sozialistischen Parteien energisch bekämpft werden.

Der Zustand gegenseitiger wirtschaftlicher Abhängigkeit und Durchdringung, in dem sich die Nationen befinden, schafft die Notwendigkeit von Handelsverträgen, durch die sich die Völker mit dem Gedanken der europäischen Zollunion vertraut machen sollen als Etappe auf dem Wege zu einer internationalen Wirtschaftspolitik.

Das *unmittelbare Ziel* der auf der Konferenz vertretenen Parteien ist die Durchführung einer *umfassenden Handelsvertragspolitik*, die auf folgenden Grundlagen beruhen muß:

[Beschuß über die allgemeinen Prinzipien eines Aktionsplanes der sozialdemokratischen Parteien Belgiens, Frankreichs und Deutschlands, beschlossen auf der Brüsseler Wirtschaftskonferenz am 26./27. Februar 1926; Internationale Handelspolitik, Vorwärts, Ausgabe B, vom 01.03.1926]

1. Die allgemeine Anwendung der *Klausel der Meistbegünstigung*.
2. Die *Herabsetzung der Schutzzollschranken*.
3. Den Verzicht auf alle Maßnahmen, die die Festsetzung *verschiedener Preise* für das In- und Ausland herbeiführen.
4. Die Aufhebung noch bestehender *Ein- und Ausfuhrverbote* für bestimmte Waren, entsprechend dem Entwurf, der gegenwärtig der internationalen Wirtschaftskommission des Völkerbundes vorliegt.
5. Die Verträge müssen *langfristig* und die *Tarife gebunden* sein, ausgenommen besondere Fälle, die in den Verträgen vorzusehen sind.
6. *Abschaffung des Paßzwanges*.
7. Vereinbarungen über die Bedingungen des Verkehrs zu Wasser und zu Lande.
8. Verständigung über die Ein- und Auswanderung.
9. Gegenseitige Anerkennung des Markenschutzes und der Herkunftsbezeichnung. (...)"



**RUDOLF HILFERDING
DIE AUFGABEN DER SOZIALDEMOKRATIE
IN DER REPUBLIK**

DOKUMENT 13

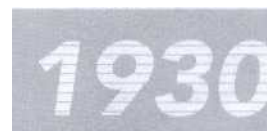
~(...) Eine dritte charakteristische Tatsache ist die *Internationalisierung* der kapitalistischen Industrie, das Bestreben, die nationalen Monopole, Kartelle und Truste international zusammenzufassen. Wer mit kapitalistischen Wirtschaftskreisen in Berührung kommt - und das ist sehr nützlich, weil es darauf ankommt, die Psychologie des Gegners zu erkennen -, ist erstaunt, mit welchem Eifer diese Kreise, die vor dem Kriege in ihrer Wirtschaftseinstellung national abgeschlossen waren, heute internationale Verbindungen suchen, die Beziehungen mit dem Ausland pflegen, und wie sehr der Drang nach internationaler Organisation lebendig wird. Während die Organisation der Arbeiterklasse sich zuerst entwickelte, die Gewerkschaften das erste organisierte Wirtschaftselement im Kapitalismus gewesen sind, haben die Unternehmer infolge ihres größeren Klassenbewußtseins und ihrer geringeren Zahl unsere Organisation eingeholt. Wir werden acht geben müssen, daß das auf internationalem Gebiete nicht ebenfalls eintritt. (...) [S. 167]

Unser Kampf geht dahin, nicht zu warten, bis der Krieg ausbricht, sondern eine Politik zu führen, die den Krieg unmöglich macht. Das

ist das Problem, und das bestimmt auch unsere Stellung zum Völkerbund. Der Völkerbund kann ein ganz ausgezeichnetes Mittel der Kriegsverhütung werden. Das hängt wieder davon ab, daß wir in den einzelnen Ländern an Macht zunehmen und die internationale Politik immer mehr beeinflussen können. Die Aufgabe sozialistischer Außenpolitik läßt sich kurz dahin zusammenfassen: Schiedsgerichte, Abrüstung und internationale Vereinbarungen durch den Völkerbund, Aufrichtung eines internationalen Rechts, das die Souveränität der einzelnen Glieder der Staatenfamilie einschränkt. (...) [S. 183]"

[Referat, gehalten auf dem Parteitag in Kiel 1927; Sozialdemokratischer Parteitag 1927 in Kiel. Protokoll mit dem Bericht der Frauenkonferenz, Kiel 1927 (Reprint 1974), S. 165-184, hier S. 167 u. 183]

RUDOLF BREITSCHIED: ZUM EUROPA-PLAN DES FRANZÖSISCHEN AUSSENMINISTERS ARISTIDE BRIAND



DOKUMENT 14

~(...) Der Herr Außenminister [Curtius] hat das Briandsche Memorandum nur kurz gestreift, (...). Ich darf vielleicht ein paar Sätze mehr sagen.

Sie können nur damit beginnen, daß meine Freunde den Grundsatz Briands, jenen Grundsatz, der genährt worden ist an den Verhandlungen in Genf, an denen Deutschland beteiligt war, den Grundsatz, daß eine stärkere Annäherung der europäischen Staaten, eine bessere Organisation der europäischen Staaten eine Notwendigkeit ist, durchaus begrüßen und für durchaus berechtigt halten.

Wir haben im einzelnen an dem Memorandum, wie es uns vorliegt, allerei Ausstellungen zu machen, nicht zuletzt deswegen, weil in dieser Denkschrift die wirtschaftlichen Fragen in einer Weise in den Hintergrund gedrängt sind, die ihrer Bedeutung nicht zu entsprechen scheint und weiter, weil die Regelung der wirtschaftlichen Fragen auch in diesem Memorandum wieder abhängig gemacht wird von einer vorherigen Regelung der Sicherheitsfrage. Wir sind sehr skeptisch, wenn wir von jener Seite das Wort »Sicherheit« hören. Was aber die Wirtschaftsreg(e)lung [!] mit der Sicherheit zu tun haben kann, ist uns fürs erste nicht verständlich.

Weiter: es muß verhindert werden, daß durch die Aufziehung einer europäischen Organisation die Gesamtorganisation des Völkerbundes geschwächt oder geschädigt wird. (...) Aber es muß verhindert werden, daß ein Konkurrenzverband die Bedeutung dieser weltum-

Breitscheid, Rudolf (1874-1944):
1903 Beitritt zur Freisinnigen Vereinigung,
1912 Übertritt zur SPD, Gegner der Bewilligung der Kriegskredite 1914, Mitglied der USPD 1917-22, 1919-33 MdR, seit 1928 Fraktionsvorsitzender der Reichstagsfraktion und außenpolitischer Kopf der Weimarer Sozialdemokratie,
1933 Emigration,
1941 vom Vichy-Regime an Deutschland ausgeliefert und 1944 im KZ Buchenwald bei alliiertem Luftangriff getötet

fassenden Organisation einschränkt und dadurch das Interesse der außereuropäischen Staaten an dem Genfer Verband außerordentlich mindert.

Weiter. Herr Briand spricht in seinem Memorandum von der Notwendigkeit der Aufrechterhaltung der absoluten Souveränität der Einzelstaaten. Ja, wie kann man einen derartigen Verband gründen wollen und gleichzeitig die Souveränität der Einzelstaaten aufrechterhalten? Ich glaube, es ist an der Zeit, mit dem Begriff der außenpolitischen Souveränität im alten Sinne überhaupt zu brechen. Jeder Vertrag, der abgeschlossen wird, ist eine Einschränkung der Souveränität des einzelnen Staates, wenn anders dieser Staat den ehrlichen Willen hat, den Vertrag zu halten. (...)

Man kann kein einiges Europa schaffen und gleichzeitig von der Souveränität sprechen. Und nun werde ich etwas sagen, was selbst Ihnen (nach rechts) vielleicht recht ist: daß, wenn von der Souveränität gesprochen wird, Deutschland im Verhältnis zu anderen Staaten diese Souveränität ja aus verschiedenen Gründen nicht mehr besitzt. (...)

Weil wir der Meinung sind, daß dieser Begriff der Souveränität überhaupt nicht mehr angewendet werden soll, möchten wir an seine Stelle gesetzt sehen den Begriff der Gleichberechtigung unter den Staaten.

Und sogleich haben wir die Tatsache festzustellen, daß diese Gleichberechtigung zwischen Deutschland und den Siegerstaaten ebenfalls heute noch nicht besteht; (...). Das ist, glaube ich, eine der wesentlichen Forderungen, die die deutsche Regierung zu stellen hat, wenn sie an die Verhandlungen mit Briand und mit den anderen Mächten herantritt, um über die Möglichkeit eines europäischen Paktes zu sprechen. (...)

Wenn jene Herren (nach rechts) immer sagen: Friedenspolitik ist Politik der Feigheit, dann sagen wir: o nein, (...). Ich sage: es mag mehr bürgerlicher Mut dazu gehören, Friedenspolitik zu verkünden, als zur Gewalt aufzurufen; aber diese Friedenspolitik ist vor und nach der Räumung der Rheinlande die einzige, die im Interesse Deutschlands und - ich füge hinzu - im Interesse Europas gelegen ist.

[Reichstagsrede am 25. Juni 1930: Verhandlungen des Reichstags. 4. Wahlperiode. Stenographische Berichte, Bd. 428. Berlin 1930, S. 5819- 5826, hier S. 5825 f.]

1933 - 1945

**GRUPPE "NEU BEGINNEN" (HERMANN BRILL U.A.)
ERLÄUTERUNGEN DER "ZEHN PUNKTE"**

1938

DOKUMENT 15

~Europa: Die Welt lebt im Zustand der Anarchie. In jedem Land ist die Wirtschaftskrise kaum überwunden und schon ist eine neue Krise im Anzug. Das Wettrüsten verschlingt die Erträge der Volkswirtschaft. Unerträgliche Spannungen hindern den Wiederaufbau des Welthandels. Am schlimmsten ist Europa betroffen. Die Nazis meinen, daß schon das Wort nur ein Gähnen hervorrufen könne. Wir meinen, daß der chaotische Zustand Europas, dieses Durcheinander von Nationalismus, Militarismus, Rassen- und Glaubensverfolgungen, Diktaturen und Bürgerkriegen, Autarkien, Militärbündnissen, Ententen und Kollektiven gegenüber dem ungeheuren Aufstieg der Völker der SU, den Fortschritten in Indien, der nationalen Sammlung in China alle Europäer vor die Frage stellt: wollt ihr durch Selbstzerfleischung dazu beitragen, daß Europa in dreißig, fünfzig oder hundert Jahren von den Völkern Asiens aus der Geschichte verdrängt ist? Wem die europäische Kultur etwas wert ist - und wem könnte sie gleichgültig sein? - kann darauf nur mit Nein antworten. Also darf man nicht nur von Europa reden, man muß es organisieren.

Restlose Aussöhnung und aufrichtige Verständigung mit Frankreich.

Wer ein Haus bauen will, muß zuerst die Grundmauern setzen. Diejenigen, die bisher von Europa redeten, begnügten sich mit Fassaden. Man muß aber für Europa erst Grundlagen schaffen. Wie kann man beim Hausbau Grundwasser und Baumwurzeln unter den Grundmauern stehen lassen! Man muß diese Grundübel beseitigen. Die Wurzel allen Übels in Europa ist der deutsch-französische Gegensatz, den der unmögliche Versailler Vertrag noch verewigen wollte. Entweder kann Frankreich über ein atomisiertes Deutschland herrschen - das war die napoleonische Lösung - oder Deutschland kann über Mitteleuropa herrschen, um Frankreich zu schwächen - das war die Bismarcksche Lösung. Beide waren nationalistisch. Beide sind gescheitert. Eine dritte nationalistische Lösung,

eine hitleristische, gibt es nicht. Aber es gibt eine europäische. Diese wollen wir. Entgiften wir dazu die Atmosphäre! Besinnen wir uns endlich, daß ganze Maßnahmen notwendig sind, daß wir mit diesen krypto-nationalistischen Lösungen nicht weiterkommen!

Aufbau Europas in einem reorganisierten Völkerbund.

Diese deutsch-französische Verständigung wird das wichtigste Element eines neuen Europas sein. Sie wird den Nationalismus abbauen und einer europäischen Gesinnung den Weg ebnen. Das ist notwendig, wenn es zu einem neuen Europa kommen soll.

Deshalb lehnen wir alle Pläne für eine Teilung Deutschlands kategorisch ab. Sie würde nur eine Wirkung haben: den Nationalismus bis zum Taumel zu steigern und Europa endgültig in Trümmer verwandeln. Über das neue Europa soll das Primat des Völkerrechts herrschen. Die deutsche Volksfront bekennt sich in diesem Sinne zu einem Völkerbund, der keine ausschließliche Souveränität seiner Mitglieder anerkennt und ein echter Staatenbund ist. (...)."

[Februar 1938; aus: Lipgens, Walter (Hrsg): Documents on the History of European Integration, Vol. 1, Continental Plans for European Union 1939-1945, Berlin/New York 1985. Mikrofichebeilage Dok. 112]



**INTERNATIONALER SOZIALISTISCHER KAMPFBUND (ISK):
DER KOMMENDE WELTKRIEG.
AUFGABEN UND ZIELE DES DEUTSCHEN SOZIALISMUS**

DOKUMENT ,

~Organisation des revolutionären Europas

~ (...) Die Völker Europas brauchen nicht neue Grenzen und neue Kleinstaaterei, ihr ökonomischer und kultureller Aufstieg erfordert das Niederreißen überflüssiger Zollschranken, Wirtschafts- und Verkehrshemmnisse bei gleichzeitiger voller politischer und kultureller Autonomie für alle Nationen und nationalen Minderheiten. Im Rahmen einer Föderation der freien europäischen Nationen wird auch die Judenfrage, soweit sie nicht künstlich von der faschistischen Agitation erzeugt ist, sondern die reale Lebensfrage einer besonderen jüdischen Nationalität bildet, ihre einzig natürliche Lösung in deren europäischer Heimat finden.

Der Gedanke der mitteleuropäischen oder gesamteuropäischen Föderation hat jedoch schon eine Geschichte, die reich an Enttäuschungen ist. Die mitteleuropäische Föderation oder Donauföderation ist in den Jahren der Weltwirtschaftskrise immer wieder von Frankreich aktiv betrieben worden. Sie spielt auch heute in den Kriegszieldiskussionen der Westmächte, in der tschechischen Emi-

gration und der bürgerlichen deutschen Emigration eine grosse Rolle. Tatsächlich ist diese Föderation in der Vergangenheit daran gescheitert, dass sie ohne Teilnahme Deutschlands wirtschaftlich sinnlos ist, weil so dem grossen agrarischen Überschuss der Südostländer kein Absatz gesichert werden kann, während die Teilnahme Deutschlands von denen, die diese Föderation propagierten, gerade ausgeschaltet werden sollte. (...)

Die föderative Lösung mit Einschluss Deutschlands ist wirtschaftlich natürlich möglich. Aber sie stösst nach den Erfahrungen mit dem Hitlerregime nicht nur auf den traditionellen Widerstand der westlichen Imperialismen, sondern auch auf das ungehäufte [!] Misstrauen der mittel- und osteuropäischen Nationen selbst, die darin zunächst eine neue Form der alldeutschen imperialistischen Expansionspläne sehen werden. Sie wird nur durchführbar sein und eine Lösung bringen können, wenn das Regime der deutschen Revolution nach seinen Triebkräften und seinen Methoden jede imperialistische Absicht offenkundig ausschliesst. Sie ist also nur für ein sozialistisches Deutschland politisch möglich. (...)

Im Zeitalter des Imperialismus und Faschismus, im Zeitalter der Grossraumwirtschaft und der europäischen Produktionspläne genügen für eine demokratische Lösung der Fragen des Zusammenlebens der Völker nicht die alten nationalstaatlichen Selbstbestimmungslosungen von einst. In diesem Zeitalter kann eine demokratische Lösung dieser Fragen nur ihre sozialistisch-föderative Lösung sein. Wer vor dieser Lösung zurückschreckt, wird auch die demokratischen Beziehungen der Völker nicht verwirklichen, sondern nur eine neue Form der imperialistischen Vorherrschaft und der imperialistischen Konflikte schaffen.

Wie aber innerhalb Deutschlands die konsequent demokratische, nämlich sozialistische Lösung gegen den Widerstand der Bourgeoisie erkämpft werden muss, so wird die föderative Lösung der nationalen und wirtschaftlichen Probleme der revolutionären Völker Europas gegen den westeuropäischen Imperialismus erkämpft werden müssen und gegen die Interessengruppen und Politiker in den einzelnen Ländern, die mit ihnen unlöslich verbunden sind. Damit wird auch ausserhalb Deutschlands die Lösung dieser Frage zum Gegenstand des Klassenkampfes. Das Bündnis mit der revolutionären Bewegung der mittel- und osteuropäischen Völker, das wir im demokratisch-revolutionären Kampf gegen den Faschismus schliessen, muss sich im antiimperialistischen Kampf nach aussen und innen bewähren.

Unser unmittelbares europäisches Ziel ist also, dass aus diesem Bündnis eine Föderation des sozialistischen Deutschlands mit allen europäischen Nationen hervorgeht, die sich vom Imperialismus

befreit haben. Diese Föderation wird im gemeinsamen Aufbau zu einer sozialistischen werden.

Natürlich liegt es nicht in unserer Absicht, sie auf Mittel- und Osteuropa zu beschränken. Sie wird allen revolutionären Völkern offen stehen, und ihre Anziehungskraft wird die Aktionskraft der westeuropäischen Arbeiterbewegung stärken und auch dadurch die imperialistische Gegenaktion erschweren. Aber sie muss auch dann zustande kommen, wenn die Revolution an der Rheingrenze stehen bleibt. Und sie wird und muss sich im engen Bündnis mit der anderen grossen sozialistischen Föderation freier Nationen entwickeln, die schon besteht - mit der Sowjetunion."

[Paris 1939, S. 31ff.]



**RUDOLF HILFERDING:
ÜBER DIE FRAGE DER KRIEGSZIELE UND DAS PROBLEM
DER VEREINIGTEN STAATEN VON EUROPA**

DOKUMENT 17

~Man spricht viel von den *Vereinigten Staaten von Europa* oder von dem föderierten Europa. Man muß sich aber zunächst einmal über diese Begriffe klar werden. Eine Föderation kann ganz anderen Zielen dienen, wenn sie sich auf ein Land erstreckt, als wenn sie sich auf Europa erstrecken soll. So würde z.B. die Umwandlung des heutigen Deutschland in einen Föderativstaat die Schwächung der jetzigen Zentralgewalt des Reiches bedeuten. Der Aufbau eines föderierten Europa dagegen setzt voraus, daß zunächst überhaupt erst eine *Zentralgewalt* geschaffen wird, die bis heute nicht da ist. Diese Zentralgewalt muß die Militär-, die auswärtige und die Wirtschaftspolitik umfassen. Sie muß konstituiert werden, wenn eine Föderation leben soll. Auch in der Schweiz verfügt der Bundesrat über die Gewalt auf diesen drei Gebieten.

Schon diese Überlegung zeigt die Summe von Schwierigkeiten, die der Konstituierung eines föderativen Europa entgegensteht und die nicht zu überwinden ist.

Es kommen weitere Schwierigkeiten hinzu. Da ist zuerst die Frage der *Teilnehmerschaft*. Was ist mit Rußland? Sowjet-Rußland mit seiner gegenwärtigen Verfassung und Wirtschaftspolitik macht die Teilnahme an einem Föderativsystem ungeheuer schwierig. Ähnlich ist es mit England. Man spricht davon, um sich aus der Verlegenheit zu helfen, daß England draußen bleiben soll. Das ist eine Utopie. England ist in diesen Krieg eingetreten, weil es weiß, daß in Europa vitale Interessen für England auf dem Spiel stehen. Es kann auch nach dem Krieg seine Machtstellung nur behaupten, wenn es in

engster Weise mit Frankreich zusammenarbeitet. England weiß heute, daß seine Grenze am Rhein liegt. Es ist daher unmöglich, daß England aus einem derartigen Föderativsystem ausgeschlossen werden kann oder sich ausschliessen läßt.

Andere sprechen davon, daß man nur England ohne das Empire in die Föderation aufnehmen solle. Auch das ist eine Utopie. England würde in einem solchen Fall seine Empirestellung außerordentlich gefährden. Es kann an einem föderativen Europa nur teilnehmen als gesamtes Empire.

Man kann bei dieser Diskussion, wenn sie fruchtbar sein soll, auch nicht abstrahieren von den *realen Interessen dieses Krieges*. Weder England noch Frankreich können sich als Siegermächte darauf einlassen, ihre Verfügungsgewalt über ihre auswärtige, Militär- und Wirtschaftspolitik einengen zu lassen. Ohne diese Machtmittel kann aber die Zentralgewalt eines föderierten Europa nicht wirksam werden. Beantwortet man aber die Frage nach der Zentralgewalt nicht, ist keine Zentralgewalt vorhanden, dann hat auch das ganze Reden von einem Föderativsystem Europas wenig Sinn.

Eine andere Frage ist, was geschehen kann, um den Zustand der Desorganisation Europas zu überwinden. Die Antwort auf diese Frage ist wichtig, weil nur so bestimmte Ziele, die verwirklicht werden könnten, verfolgt werden können. Es gibt auf diese Frage heute auch nur die eine Antwort, die bereits 1918 gegeben wurde: Schaffung eines Völkerbundes.

Es ist in den letzten Jahren viel von dem Versagen des Völkerbundes die Rede gewesen. Ich möchte betonen, daß nicht der Völkerbund versagt hat, sondern die Anwendung des Völkerbunds Paktes. Versagt haben die Regierungen, vor allem freilich die englische Regierung. Aber der Völkerbund war eine sehr brauchbare Institution. Das hat schließlich auch trotz ihres unrühmlichen Ausgangs die Korfu-Angelegenheit [Korfu-Krise 1923] bewiesen.

Auch der Völkerbund ist keine absolute Garantie für die Erhaltung des Friedens. Aber es gibt keine absoluten Garantien. Es gibt in der Politik keinen Mechanismus, der imstande wäre, bestimmte Wirkungen zu garantieren und andere auszuschliessen. Denn die Politik wird von Menschen gemacht. Daß der Völkerbund praktisch außer Kraft gesetzt wurde, war die Folge der Regierungspolitik der verschiedenen Länder. Eine Änderung des Zustandes ist nur möglich, wenn die Regierungen ihre Politik ändern. Das schließt nicht aus, daß der Völkerbund auch ein wirksameres Statut bekommt (Genfer Protokoll). Wir haben jedenfalls das größte Interesse daran, daß die Institution des Völkerbundes wieder aufgerichtet wird.

Gegen die Vorstellung von einem Völkerbund nur für Europa spricht zweierlei:

[Referat, gehalten vor dem Exilvorstand der SOPADE am 29. Januar 1940; zit. n.: Lippens, Walter (Hrsg.), Documents on the History of European Integration, Vol. 1, Continental Plans for European Union 1939-1945, Berlin/New York 1985, Mikrofilmbeilage, Dok. 209]

Hilferding, Rudolf:
vgl. Dok. 13

1. daß England keine ausschließliche europäische Macht ist und
2. daß es das Ziel jeder auswärtigen Politik bleiben muß, die Vereinigten Staaten von Nordamerika zur Mitarbeit heranzuziehen.

Die wesentliche Aufgabe der neuen Völkerbundpolitik muß eine gewisse Koordination der auswärtigen Politik sein. Sie bedeutet zugleich eine gewisse Einschränkung der Souveränität der einzelnen Staaten. Es ist denkbar, dieses Ziel nach diesem Krieg zu erreichen, wenn der Sieg der Alliierten groß genug ist."



UNION DER DEUTSCHEN SOZIALISTEN IN GROSSBRITANNIEN: RICHTLINIE) FÜR DIE INTERNATIONALE POLITIK

DOKUMENT

-Richtlinien für die internationale Politik

Die »Union deutscher sozialistischer Organisationen in Grossbritannien« hat folgende Erklärung über die internationale Politik deutscher Sozialisten beschlossen:

1. Als internationale Sozialisten erstreben wir eine internationale Ordnung, die die Ursachen kriegerischer Konflikte beseitigt.
Wir sehen in der internationalen sozialistischen Arbeiterbewegung und in den anderen demokratischen Bewegungen, vor allem der Bauern und der Intellektuellen, die entscheidenden Kräfte für die Erreichung dieses Zieles.
Wie erstreben die engste Zusammenarbeit der organisierten Arbeiterschaft aller Länder in einer neuen internationalen Organisation, die eine gemeinsame Politik der sozialistischen Arbeiterbewegung erarbeitet und verwirklicht.
2. Wir setzen uns ein für eine Föderation aller europäischen Völker; da die volle nationalstaatliche Souveränität nicht länger mit den wirtschaftlichen und politischen Existenzbedingungen in Europa vereinbar ist.
Es ist ein Lebensinteresse der deutschen und europäischen Demokraten und Sozialisten, dass der Frieden Europas durch die Zusammenarbeit der Britischen Völkergemeinschaft, der Sowjetunion und der Vereinigten Staaten von Amerika eine stabile Grundlage erhält. Nur in der freundschaftlichen Zusammenarbeit mit allen diesen Mächten, nicht in Anlehnung nur an eine oder die andere Seite, kann sich ein einigtes und freiheitliches Europa entwickeln.

In der Schaffung von Föderationen, die nur Gruppen von Völkern umfassen, sehen wir nur dann eine Friedenssicherung, wenn sie sich einer internationalen Organisation ein- und unterordnen.

3. Die Aussenpolitik deutscher Sozialisten nach dem Krieg muss in erster Linie der Eingliederung eines demokratischen Deutschlands in eine solche internationale Ordnung dienen.

Für den Erfolg einer solchen Politik ist es wesentlich, dass die Grundsätze der Atlantic-Charter [1941 zwischen den USA und Großbritannien geschlossenes Abkommen] in vollem Umfang auch auf ein demokratisches Deutschland Anwendung finden.

Wir deutschen Sozialisten erkennen die realen Sicherheitsbedürfnisse der jetzt von den nationalsozialistischen und faschistischen Angreifern überfallenen und unterdrückten Völker an.

Wir sind dabei überzeugt, dass alle technischen Friedenssicherungen nur dann auf die Dauer wirksam sein können, wenn sie eingebaut werden in ein wahrhaft internationales Sicherheitssystem. Dieses System muss eine starke Exekutivgewalt zur Niederhaltung von Angreifern mit weitgehenden Schiedsvollmachten zur friedlichen Beilegung von Konflikten vereinigen. Ein solches System der kollektiven Sicherheit wird auch den Frieden und die Sicherheit eines demokratischen Deutschlands gewährleisten.

Der erste Beitrag eines demokratischen Deutschlands zu diesem System wird die sofortige militärische Abrüstung Deutschlands sein. Wir sind überzeugt, dass die Vernichtung des deutschen Militärapparates nicht genügt. Wir sind entschlossen, die gesellschaftlichen Machtpositionen der wirtschaftlichen und politischen Träger des deutschen Militarismus durch die Enteignung der deutschen Kriegsindustrie und des Grossgrundbesitzes und durch den demokratischen Neuaufbau des Verwaltungsapparates von Grund auf zu beseitigen.

Wir betrachten es als eine Ehrenpflicht des kommenden freien Deutschlands, an der Wiedergutmachung des Unrechts, das Hitlerdeutschland den Völkern zugefügt hat, und am Wiederaufbau Europas mit allen Kräften mitzuhelfen.

Eine unserer wesentlichen Aufgaben wird es sein, durch eine tiefgreifende Reform des deutschen Erziehungswesens die geistigen und sittlichen Voraussetzungen für die Durchführung einer konsequenten Verständigungs- und Friedenspolitik der neuen deutschen Demokratie zu schaffen.

Die Gewinnung des deutschen Volkes für eine solche Politik hängt in hohem Masse [!] davon ab, dass dem deutschen Volk Gelegenheit gegeben wird in der Gestaltung seiner inneren poli-

Entschließung der Union deutscher sozialistischer Organisationen in Großbritannien vom 23. Oktober 1943: Zur Politik deutscher Sozialisten. Politische Kundgebungen und programmatische Richtlinien der Union deutscher Sozialistischer Organisationen in Großbritannien, hrsg. v. d. Union deutscher sozialistischer Organisationen in Großbritannien, London 1945, S. 16 f.]



DOKUMENT 19

SOZIALISTISCHE ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS (SAP, WILLY BRANDT U.A.): ZUR NACHKRIEGSPOLITIK DEUTSCHER SOZIALISTEN

tischen, sozialen und kulturellen Angelegenheiten seiner eigenen Initiative zu folgen. Vor allem müsste die Auferlegung von Bedingungen, die langandauernde Massenarbeitslosigkeit hervorrufen und eine wirksame Politik der sozialen Sicherheit unmöglich machen würden, verhängnisvolle Folgen für die innere Entwicklung Deutschlands haben.

4. Wir werden den innerpolitischen Kampf für eine solche Aussenpolitik auch nach dem Sturz der Hitlerdiktatur gegen starke reaktionäre Kräfte zu führen haben. Wir hoffen, dass wir in diesem Kampf das Vertrauen und die aktive Unterstützung der Kräfte der internationalen Arbeiterbewegung, des Fortschritts und des Friedens in allen Völkern finden werden."

~Europäische Föderation und neuer Völkerbund

Es ist ein erklärtes Ziel der Vereinten Nationen [die Alliierten], nach diesem Kriege eine internationale Organisation zur Sicherung des Friedens zu schaffen. Dieses Ziel deckt sich völlig mit dem der deutschen Demokraten. (...)

Vieles spricht dafür, dass ein neuer Völkerbund auf Grund vorhandener Interessengegensätze zwischen den Grossmächten nicht so eng und effektiv gestaltet werden kann, wie es den objektiven Notwendigkeiten entspräche. Teilfragen werden wahrscheinlich weitgehend durch Institutionen, die auf einem funktionellen Prinzip basieren, in Angriff genommen werden. Dagegen ist vom demokratischen Standpunkt aus nichts einzuwenden. Zugleich wird jedoch das Problem der regionalen wirtschaftlichen und politischen Zusammenarbeit viel stärkere Aufmerksamkeit erheischen als wie es Illusionisten in Bezug auf die Möglichkeiten der baldigen Schaffung einer Weltunion wahr haben wollen.

Uns interessiert hierbei vor allem die Frage der europäischen Zusammenarbeit. Wir betrachten sie nicht als gegensätzlich zum Problem der Schaffung eines weltumfassenden kollektiven Sicherheitssystems, sondern als eine wesentliche Teillösung.

Tatsache ist, dass Europa bis in die Gegenwart Hauptherd kriegerischer Verwicklungen geblieben ist. Tatsache ist weiter, dass die wirtschaftliche Entwicklung durch die Zerstückelung des europäischen

Kontinents gehemmt und gestört wird. Historische nationale Gegensätze und der Egoismus der bislang herrschenden Klassen haben einem wirtschaftlichen Zusammenschluss Europas entgegengestanden.

Zu diesen Widerständen ist nun ein neuer gekommen. Hitlers Gangsterpolitik des »neuen Europas« hat den Gedanken einer gesamteuropäischen Lösung schwer kompromittiert: Der Hass gegen alles Deutsche steht der Einordnung Deutschlands in ein wirklich neues Europa im Wege.

Ohne Deutschland ist aber keine gesamteuropäische Lösung denkbar. Wir halten jedoch die erwähnten Gegenkräfte für so ernst, dass wir unmittelbar nach dem Kriege wahrscheinlich nicht mit einer Verwirklichung eines europäischen Föderationsprogramms rechnen können. Nichtsdestoweniger ist dieses Programm richtig. Es ist darum notwendig, dass die neue deutsche Regierung zielbewusst für seine Durchsetzung eintritt. Vor allem muss auch immer wieder betont werden, dass die Gefahr einer deutschen Vormachtstellung gegenüber den Nachbarvölkern in einer europäischen Föderation nicht grösser, sondern im Gegenteil viel geringer ist als in einem zersplitterten Europa.

Regionale Teillösungen brauchen kein Hindernis für die Erreichung des höheren Zieles einer gesamteuropäischen Föderation zu sein. Die bisherigen Erfahrungen besagen jedoch, dass die Schwierigkeiten bei der Schaffung von Teilföderationen ebenso gross sind wie bei der Inangriffnahme des Gesamtproblems. Völlige Klarheit muss darüber herrschen, dass eine europäische Föderation weder in Frontstellung gegen die Sowjetunion noch gegen England geschaffen werden kann. (...)

Wir meinen, dass durch die überwiegende Tendenz einer radikaldemokratischen Entwicklung mit mehr oder minder starken sozialistischen Tendenzen erheblich günstigere Voraussetzungen für eine Entwicklung zu europäischer Föderation geschaffen werden, als wie sie im Vorkriegseuropa vorhanden waren. Der Verständigung zwischen Frankreich und Deutschland messen wir ausschlaggebende Bedeutung bei. Für die Erweiterung dieser Zusammenarbeit auf Italien dürften auch relativ günstige Voraussetzungen bestehen.

In wirtschaftlicher Beziehung ist es entscheidend, ob es gelingt, Südosteuropa in den Rahmen der europäischen wirtschaftlichen Zusammenarbeit einzubeziehen. Diese Frage ist vor allem davon abhängig, welche Haltung die Sowjetunion gegenüber der Entwicklung zu einer europäischen Föderation einnehmen wird. (...)

Weder die Sowjetunion noch Grossbritannien sind ausschliesslich europäische Mächte. Wir betrachten es jedoch als eine Selbstverständlichkeit, dass eine gesamteuropäische Lösung ohne Russland und England nicht möglich ist.

[Stockholm 1944,
S. 35-38,
Auszüge]

Eine Einbeziehung der Vereinigten Staaten in eine europäische Föderation ist aus geografischen [!] Gründen gegenstandslos. Wir betonen aber ausdrücklich die grosse Bedeutung einer möglichst engen und freundschaftlichen Zusammenarbeit mit den Kräften der amerikanischen Demokratie.

Als Sozialisten haben wir ein besonderes Interesse daran, mit der Sowjetunion in engen, freundschaftlichen Beziehungen zu stehen. Solche Beziehungen sind eine der entscheidenden Voraussetzungen für die Zukunft des deutschen Volkes und für die Stabilisierung des Friedens in Europa."



BUCHENWALDER MANIFEST

DOKUMENT 20

„Wir haben Gefängnis, Zuchthaus und Konzentrationslager ertragen, weil wir glaubten, auch unter der Diktatur für die Gedanken und Ziele des Sozialismus und für die Erhaltung des Friedens arbeiten zu müssen. (...)“

Solange Faschismus und Militarismus in Deutschland nicht restlos vernichtet sind, wird es keine Ruhe und keinen Frieden bei uns und in der Welt geben. (...)“

Friede und Recht

Wir wollen nie wieder Krieg. Wir werden alles tun, um einen neuen Krieg unmöglich zu machen.

Wir wünschen baldigst in die Weltorganisation des Friedens und der Sicherheit aufgenommen zu werden und besonders als Richter und Partei in der internationalen Gerichtsbarkeit einen Beitrag zu leisten, der von anderen Völkern als wertvoll anerkannt werden soll. Auch in der verzweifeltsten Lage werden wir deshalb nicht auf eine eigene sozialistische Außenpolitik verzichten. Die deutsche Außenpolitik muß im engsten Einvernehmen mit der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken geführt werden.

Unser oberstes Ziel ist, in Zusammenarbeit mit allen sozialistisch geführten Staaten zu einer europäischen Staatsgemeinschaft zu kommen, die unserem schwergeprüften Kontinent durch eine europäische Gemeinschaft Ordnung und Wohlstand verbürgt.

Diese soll uns als Mittel dienen, Europas kulturelle Mission in der Welt auf der gesellschaftlichen Stufe des Sozialismus zu erneuern. Die erste Voraussetzung dafür sehen wir in der deutsch-französi-schen und deutsch-polnischen Verständigung und Zusammenar-beit, die zweite im Eintritt Deutschlands in den angelsächsischen Kulturkreis. So wollen wir ein europäisches Gesamtbewußtsein schaffen, das allein den Frieden der Völker tragen kann."

[13. April 1945; zit. n.:
Lipgens, Walther (Hrsg.): Docu-
ments on the History of Euro-
pean Integration, Vol. 1, Conti-
nental Plans for European
Union, Berlin/New York 1985,
Mikrofichebeilage Dok. 146]

1945 - heute

HANNOVERANER PARTEITAG:
POLITISCHE LEITSÄTZE



DOKUMENT 21

-Internationalisierung Europas:

So wie die Sozialisten aller Länder für die Unabhängigkeit ihres Landes eintreten, so tut es auch die deutsche Sozialdemokratie. Aber sie weiss, dass die Periode der uneingeschränkten Souveräni-tät der Einzelstaaten vorüber ist. Nicht Teile von Deutschland dür-fen internationalisiert werden, sondern ganz Europa muss interna-tionalisiert werden.

Die deutsche Sozialdemokratie erstrebt die Vereinigten Staaten von Europa, eine demokratische und sozialistische Föderation europäi-scher Staaten. Sie will ein sozialistisches Deutschland in einem sozialistischen Europa. Nur so kann Europa zur Solidarität mit den Völkern aller Kontinente gelangen.

Die Sozialdemokratie steht in dem gemeinsamen Kampf der So-zialisten aller Länder gegen jede Form der Ausbeutung, des Impe-rialismus, und des Faschismus, der Reaktion und des hegemonialen Nationalismus, die grosse geschichtsbildende Kraft, die Frieden und Freiheit für alle Völker sichern kann."

[beschlossen auf dem
Parteitag der SPD in Hannover
am 11. Mai 1946,
zit. n.: Ossip K. Flechtheim
(Hrsg.): Dokumente zur partei-
politischen Entwicklung in
Deutschland seit 1945, Bd. 3,
Berlin 1963, Dok. 166,
S. 17-23, hier S. 22f.]

1947

KURT SCHUMACHER: DEUTSCHLAND UND EUROPA

DOKUMENT 22

~Das Ja zum Marshall-Plan

Nun proklamieren die Vereinigten Staaten von Amerika, Europa durch wirtschaftliche Kredite gesund zu machen. (...)

Es ist besser, eine große Krise zu vermeiden, als sie herbeizuführen und dann politisch auszuschlachten zu versuchen. Wir haben ja in Deutschland eine ganz spezielle Erfahrung darin, wohin Verelendungskuren führen, und wir sollten uns da von jeder Revolutionsromantik der Verelendung freihalten. Die Amerikaner haben erkannt, daß man, wenn man die Folgen nicht will, die Bedingungen ändern muß, aus denen solche Folgen entstehen, und die Verantwortung für die Millionen Hungernder schreibt uns vor, diese große Initiative nicht zu entmutigen. Die Pflicht aller demokratischen Sozialisten in jedem europäischen Lande ist unserer Ansicht nach diese Hilfe mit guten und stichhaltigen Argumenten zu begrüßen und zu dieser Hilfe zu sagen, wie sie sich auf das Europäertum und auf die spezielle Situation jedes europäischen Landes erstrecken sollte.

Diese amerikanische Hilfe zwingt die Völker Europas, sich untereinander anzunähern. Von großer Bedeutung wird dabei die Annäherung der Franzosen und der Deutschen sein. Kulturell und ökonomisch kann keines dieser beiden Länder auf die Dauer die Schwächung des anderen Landes ertragen, und das Verhältnis Frankreich-Deutschland ist nach der geschichtlichen Erfahrung der lebendige Gradmesser für das Leben der Ideen der Freiheit und der Menschlichkeit auf diesem Kontinent.

Nun hat General Marshall [der amerikanische Außenminister] erklärt, daß er nicht die Länder als Einzelobjekte mit orthodoxen und missionarischen Methoden des besonderen amerikanischen Kapitalismus finanzieren will. Nach Marshall soll Europa selbst mit amerikanischem Rat ein Aufbauprogramm unter Zustimmung möglichst vieler Staaten entwerfen. Auf lange Sicht gesehen ist dieser amerikanische Gedanke gut, denn er erzwingt die Aktivierung der europäischen Selbsthilfe. Aber als Hilfsaktion für den Augenblick ist es sehr schwer, erst die europäischen Möglichkeiten auszudiskutieren. Man wird sich da wohl mit der Findung einiger grundlegender Möglichkeiten begnügen müssen. Wir können ja nicht erst den Auf-

Schumacher, Kurt
(1895-1952):
1930-33 MdR,
1933 Inhaftierung und KZ-Haft,
Wiederbegründer der west-
deutschen Sozialdemokratie,
seit 1946 Parteivorsitzender und
seit 1949 Fraktionsführer im
Bundestag, Kritiker der West-
integration der Bundesrepublik
und eines Kleineuropas

bau Europas vollenden, sondern wir müssen jetzt sagen können, wo in Europa, in welchem Umfange die amerikanische Hilfe eingesetzt werden soll. (...)

Man darf auch nicht vergessen, daß bei den Pariser Besprechungen in diesen Tagen an dem runden Tisch ein leerer Stuhl steht. Deutschland ist bei diesen Besprechungen noch nicht vertreten, und gerade darum ist es vielleicht gut, wenn die deutschen Sozialdemokraten diesen Parteitag benutzen, um Europa und der Welt zu sagen: Wir haben keine Veranlassung, zudringlich zu sein. Wir haben keine Veranlassung, unser Schicksal vor das Schicksal anderer Völker zu stellen, aber *wir haben nicht nur aus deutschem, sondern auch aus europäischem und weltbürgerlichem Verantwortungsbewußtsein die Verpflichtung, jetzt auf das Chaos in diesem Lande und die Notwendigkeit seiner Behebung hinzuweisen*. Dieser Aufgabe soll dieser Parteitag dienen.

Die von den USA gewollte enorme wirtschaftliche und moralische Leistung für die Welt ist ja zu gleicher Zeit auch ein gutes Stück amerikanischer Sicherungspolitik. (...)

Er [Marshall] sagte damit, daß hier nicht versucht wird, Europa etwa das ökonomische und gesellschaftliche Vorbild der Vereinigten Staaten aufzuzwingen. Er sagte damit, daß hier nicht versucht wird, ein Stück amerikanische Weltherrschaftspolitik zu treiben, sondern er sagte damit, daß ökonomisch und politisch die beste Sicherung Amerikas für die Zukunft ein gesundes, kaufkräftiges, im Politischen und Wirtschaftlichen lebendiges Europa ist. (...)"

[Referat, gehalten auf dem
Nürnberger Parteitag
am 29. Juni 1947;
zit. n.: Albrecht, Willy (Hrsg.):
Kurt Schumacher.
Reden-Schriften- Korrespon-
denzen 1945-1952, Berlin/Bonn
1985,
S. 486-517, hier S. 488ff.)

HAMBURGER PARTEITAG: DIE DISKUSSION ÜBER DEN BEITRITT ZUM EUROPARAT



DOKUMENT 23

Kurt Schumacher:

(...) Wenn wir jetzt z.B. aus der Fülle unserer guten und herzlichen Gesinnung gegenüber der internationalen Idee, deren Träger wir seit mehr als acht Jahrzehnten sind, Probleme der Organisation Europas diskutieren, dann müssen wir wissen: Nicht immer, wenn das Wort Europa fällt, handelt es sich um das, was Europa lebenskräftig und wertvoll macht. (...)

Darum Genossinnen und Genossen, seid kritisch! Die internationale Vokabel macht noch nicht die internationale Realität, und die Internationalität eines Klasseninteresses, macht noch nicht die Internationalität der Völker. (...)

Die Diskussion in Deutschland ist heute sehr weitgehend von innerpolitischen, parteipolitischen, machtpolitischen und klassenpolitischen Motiven bestimmt. Der Europäische Rat in seiner heutigen Gestalt und Einlagerung in die Kräfteverhältnisse der Welt ist nicht identisch mit dem Europa schlechthin. Europa als Zusammenarbeit freier Völker ist für die Sozialdemokraten ein hoher unerschütterlicher Wert in sich und an sich.

Aber um diesen Wert von allen verderblichen Hüllen zu befreien, ist es notwendig, daß wir nicht alles als Europa anerkennen, was die Nationalisten von gestern und die Neueuropäer von heute uns als Europa deklarieren und verkaufen wollen.

Nun, Genossinnen und Genossen, spricht man besonders von seiten der Verantwortlichen der Regierung von einer in der Substanz vielleicht richtigen sozialdemokratischen Politik, die aber angeblich die Dimensionen beim Vergleichen der Größenverhältnisse verkenne. Man sagt: gewiß sind wir alle einig in unserem Abwehrwillen, unserem Protest in der Behandlung der Saarfrage [gleichzeitige Aufnahme von Vertretern des Saargebietes in den Europarat]; aber wie können die Sozialdemokraten von dieser - angeblich - kleinen Saarfrage die Frage nach ihrer Teilnahme an dem jetzt aktuellen Konstruktionsversuch Europas abhängig machen!

Dazu möchte ich feststellen: Nicht die Sozialdemokraten haben den Europarat und die Saarfrage gekoppelt. Es war im Juli 1949, zu unserem aufrichtigen Bedauern, die französische Regierung, die diese Frage gekoppelt hat. (...)

Sehen wir die Saarfrage nicht als isolierte Saarfrage und sehen wir sie sogar noch darüber hinaus nicht nur als Frage bei der Verteidigung oder der Erweiterung der Ostgrenze nach alter Richtung hin, sondern sehen wir diese Beteiligung der Saar am Europäischen Rat in seiner grundsätzlichen Bedeutung. Zur Diskussion steht hier der unverzichtbare Grundsatz: Europa kann nur aufgebaut werden auf der Grundlage der europäischen Solidarität und der europäischen Kameradschaft gleicher und freier Völker. Es kann seine Funktion gegenüber den totalitären Ansprüchen aus dem Osten nur mit diesem Maximum von demokratischer Kraft erfüllen, aber nicht als Bestandteil einer Sieger-Besiegten-Konstruktion. (...)

Man soll sich hüten, Straßburg als moralische Anstalt und als großes Forum der Anklage und des Rufes nach Gerechtigkeit zu betrachten. Einmal ist die Kompetenzverteilung zwischen dem allmächtigen Außenministerrat und der Vollversammlung eine andere, zum anderen aber sind die Aufgaben des Europäischen Rates auch andere als die Illusionisten in Deutschland manchmal meinen. Und wenn ich so gewisse Rufer im Streit außerhalb unserer Partei in dem Bonner Hause betrachte, dann möchte ich sagen: Hütet Euch

ganz persönlich vor Illusionen! Was für Bonn nicht ausreicht, wird in Straßburg kein leuchtender Stern! (...)

Die Deutschen soweit sie von uns repräsentiert werden, sind nicht gewillt, sich von Europa abdrängen zu lassen. Ich glaube, die maßgebenden Al(l)iierten [!] sind auch nicht gewillt, Deutschland aus Europa herauszudrängen. Die Betrachtung der Realitäten Europas in der Auseinandersetzung mit den Sowjets, glaube ich, gibt nach der einen wie nach der anderen Seite hin die bindende Antwort. Von seiten der Bundesregierung vermisse ich das Aussprechen der Gefahren, die dem deutschen Osten aus der Situation von heute drohen können, (...).

Wir Sozialdemokraten betrachten die deutsche Einheit, wie ich schon sagte, als eine europäische Angelegenheit. Tatsächlich lehnen wir eine Politik mancher Alliierten ab, die aus der Zerreißung Deutschlands, möchte ich sagen, eine bessere praktische Handhabung der europäischen Politik ableiten möchten.

Genossen, wir sind durchaus willens gewesen, eine Reihe von entscheidenden Gefahren auf uns zu nehmen, unter der einen Voraussetzung, daß wir, wenn wir nach Straßburg gegangen wären, dort in eine europäische Gemeinschaft kommen würden. Die Tatsache, daß wir heute noch nicht in eine solche Gemeinschaft kommen, bedeutet für die deutsche Spaltung etwas ganz anderes. Und die Qualität anderer Völker in ihrer Einstellung zur europäischen Gemeinschaft mit Einbeziehung der Deutschen, wird doch praktisch an einer Frage bewiesen: An dem Begreifen, daß die deutsche Einheit die größere europäische Frage ist. Die Kraftverteilung sowie die Methodik und vor allem die symbolhafte Bedeutung in der Behandlung der Saarfrage zeigen, daß diese Konstruktion unter diesen Umständen heute und dort nicht gegeben ist. Und jetzt, Genossen, gehen wir darüber hinaus an den Kern der Dinge im Internationalen.

Straßburg als Institution befindet sich, ich will mich vorsichtig ausdrücken, im Stadium des Beginns einer leichten Schrumpfung seiner Bedeutung. Straßburg ist heute nicht das Zimmer der Entscheidung. Es war es nie. Es hat auch nicht die Chance, das Zimmer der Entscheidung zu werden. Das haben die Außenminister ja auch gesagt. Straßburg ist heute das Vorzimmer. Das Hauptzimmer ist der Raum des Atlantikpaktsystems, (...). Und wir können nicht für den Eintritt in das Vorzimmer mit unserem Ja den ganzen Preis unseres letzten politischen Vermögens bezahlen, der uns selbst als Preis für den Eintritt in das Hauptzimmer zu hoch wäre. (...)

Das Problem und diese Konstruktion im Stile des Europäischen Rates oder verwandte Dinge wird jetzt überdeckt durch die lebendige und leidenschaftliche Aussprache über den Vorschlag von Schuman. Die Sozialdemokratie hat durch mich am 10. März bei der

Saardebatte im Bundestag auch einen Vorschlag machen lassen, daß wir in sofortige Wirtschaftsverhandlungen zum Zwecke eines deutsch-französischen Freundschaftsvertrages kommen sollen. Die Bestandteile dieses Freundschaftsvertrages: durchweg Wirtschaftsabkommen, die weit über den Rahmen der bisherigen Handelsverträge hinausgehen. Es hat also von unserer Seite die aktive Initiative einen zeitlich und sachlich großen Vorrang etwa vor dem, was in Kreisen der deutschen Parteien rechts von der Sozialdemokratie heute als notwendig erscheint.

Ich begrüße - und ich glaube, die Partei ist darin mit dem Parteivorstand einig - den Vorschlag Schumans [zur Gründung einer europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl] als den Versuch, zum ersten mal [!] aus der Periode pathetischer, aber ineffektiver Deklamationen in den Versuch einer Realisierung von sachlich und ökonomisch Notwendigem zu kommen. (...)

Eine Realisierung des Schuman-Vorschlages und ein Weiterbestehen des Ruhrstatuts und ein weiteres Funktionieren dieser interalliierten Ruhrbehörde sind unvereinbar miteinander. Das eine oder das andere, beides zusammen ist für uns unmöglich und wird abgelehnt. (...)

Max Brauer, Hamburg:

(...) Im Gegensatz zum Genossen Schumacher bin ich der Meinung, daß die Ablehnung, nach Straßburg zu gehen, geradezu ein Unglück und eine falsche Politik ist. (...)

Genossen! Für mich ist Straßburg der Ausgangspunkt großer Möglichkeiten, und wenn wir diese Möglichkeit ungeachtet lassen, dann befolgen wir eine Taktik des Sich-Isolierens und des Beiseite-Stehens, die uns nicht vorwärtsbringt. (...)

Ich akzeptiere nicht die Koppelung, wenn ich nach Straßburg gehe, daß ich zur Saarregelung Ja sage, sondern wenn jemand als Sozialdemokrat nach Straßburg geht und wenn dort die Deutschen erscheinen, dann müssen sie die Auffassung vertreten, daß die Anwesenheit von Saarvertretern in keiner Weise an dem deutschen Standpunkt ein Jota ändert. Genossen, man kann nicht sagen, es muß, wenn wir nach Europa gehen, bereits das Maximum von Demokratie da sein. Europa tritt nicht ins Leben als perfekte Institution, sondern Europa muß mühsam errungen und erkämpft werden, und zwar nicht als *eine* Utopie, die von einem zum anderen Tag perfekte Wirklichkeit wird.

Ich kann auch nicht anerkennen, daß die Mitgliedschaft und die Betätigung im Europarat dazu führen kann, zu sagen, damit sind wir mit Gedeih und Verderb dem Atlantikpakt verhaftet. Auch diese Koppelung kann ich nicht für das Gegebene ansehen. (...)

Genossen, ich bin auch beglückt, daß Genosse Schumacher in der

Frage des Schuman-Vorschlages zumindest sagt, diese Dinge sind einer ernsten Prüfung wert.

Und das Entscheidende, was ich zu diesen Dingen in bezug auf Europa zu sagen habe, ist das, daß die Idee Europa unser sozialistisches Gedankengut ist, und daß wir unserer Jugend diesen Weg zeigen müssen, damit wir der Bewegung nach Europa und der Menschheit hin den großen Elan geben, den dieses Europa und diese geschlagene Jugend braucht.

Genossen! Es ist hier das Wort von der Gleichberechtigung gefallen. Ich bin ganz gewiß der Letzte, der da sagt, daß irgendwo, wo die Deutschen erscheinen, oder irgendwo, wo sie mit den Alliierten in Kontakt kommen, sie aus einem inferioren Komplex in Sack und Asche gehen müssen. Das brauchen die deutschen Sozialdemokraten am allerwenigsten.

Aber eines möchte ich doch sagen: Wir befinden uns fünf Jahre nach der größten Katastrophe, die die Menschheit je erlebt hat. Die Liquidierung eines solchen Krieges ist nicht eine Angelegenheit, die man über Nacht macht. (...)

Es steht uns nicht an, immer die Beleidigten und die Gekränkten zu sein. Genossen, wir wollen kein Unrecht hinnehmen, und vieles, was in Jalta und Teheran getan worden ist, war nichts als die Annahme der Naziphilosophie seitens der Siegermächte und damit das Unglück für Europa.

Das können wir ihnen sagen, aber wir wollen doch nicht vergessen, daß schließlich die deutsche Diktatur und im Namen des deutschen Volkes Hitler diesen Krieg entfesselt hat. Wir Sozialdemokraten haben dagegen gestanden und gekämpft. Aber da drüben sieht man Deutschland und das deutsche Volk. (...)

Wir brauchen nicht hinter Herrn Adenauer zu gehen, sondern wir sollten vorangehen und aus dem Europarat mit unseren sozialistischen Genossen in der ganzen Welt das Instrument machen, das uns von der Enge der nationalistischen Politik hinweghebt und den Weg für die europäische Entwicklung breit aufmacht. (...)

Paul Löbe, Berlin:

Genossinnen und Genossen! Die eindringlichen, tiefgründigen Ausführungen des Genossen Schumacher, die wohl jeder einzelne von uns als eine bewundernswerte geistige und körperliche Leistung empfunden hat - haben meine sachlichen Zweifel nicht erschüttern können.

Ich bin der Meinung, daß die deutsche Sozialdemokratie einen anderen Weg gehen muß, als ihn Schumacher uns empfahl. Ich will die Straße nach den Vereinigten Staaten von Europa gehen, auch durch den Rat von Straßburg.

Löbe, Paul
(1895-1967):
*Redakteur der "Volkswacht" in
Breslau, 1919-33 MdR,
1949-53 MdB, 1919-33 Präsi-
dent und Vizepräsident des
Deutschen Reichstags und
1949-53 Alterspräsident des
Deutschen Bundestags, Vorsit-
zender der deutschen Sektion
der Pan-Europa-Union in der
Weimarer Republik, während
der NS-Zeit mehrfach in KZ-
Haft,
seit 1954 Vorsitzender des
- Kuratoriums Unteilbares
Deutschland"*

Warum? Ich stimme der Kritik, die Genosse Schumacher an dem Rat geübt hat, in allem zu - ich fühle, daß die Siegermächte, die Franzosen, oder ein Teil von ihnen, etwas in das Projekt hineingeworfen haben von dem, an dem wir die alte Konstellation Sieger gegen Besiegte erkennen, statt eine europäische Gemeinschaft.

Ich kenne die Mängel der Satzungen des Rates von Straßburg, und ich weiß, daß wir nur als assoziiertes, nicht als alliiertes Mitglied zunächst dort beitreten müssen. Trotzdem kann ich dem Schluß nicht zustimmen, den unser Freund Schumacher daran geknüpft hat. Wir werden diese Mängel, wir(d) [!] werden unsere Ausstellungen, unsere Beschwerden und unsere Forderungen mit ganz anderer Aussicht auf Erfolg anbringen können, wenn wir in der Korporation sitzen und sie nicht von draußen angehen, ohne drinnen mitsprechen zu können. (...) Die Vereinigten Staaten von Europa sind ein so hohes, so großes, sie sind das wichtigste Ziel der Gegenwart, daß wir uns auch durch Kinderkrankheiten, durch Geburtswehen, durch Fehler von Adenauer usw. nicht abhalten lassen wollen, diesem großen Ziel all unsere Kräfte zu weihen. (...)

Ich kann es aus all diesen Gründen nicht als ein Glück für die Partei ansehen, wenn wir diesen Weg beschreiten. (...) Und übersehen Sie eins nicht: Alle unsere Genossen in Europa stehen bittend vor uns: Kommt zu uns! Wir verstehen euch nicht. (...)

Das sind nur einige Argumente, die mich bewegen, Ihnen einen anderen Rat zu geben. Ich weiß, Kurt wird uns im Schlußwort ordentlich zerzausen; er wird uns für primitiv und mich vielleicht für leicht senil halten, aber, werte Genossen, ich habe zusammen mit Coudenhove, der trotz aller Fehler, die er später gemacht hat, doch der Pionier des Gedanken von dem vereinten Europa war, ein Jahrzehnt die deutsche Gruppe dieser Europavereinigung geführt. Ich bin nicht fähig, heute zu sagen: Solange es Propaganda war, solange es Theorie war, hast du an der Stelle gestanden. Ich möchte, (...), daß es keinen deutschen Wähler mehr gibt, der bezweifeln könnte, daß wir diesem Gedanken nicht nur theoretisch gedient haben, sondern daß wir unsere praktische Mitwirkung gezeigt haben bei der Schaffung einer besseren Zukunft Europas. (...)

Brandt, Willy: vgl. Dok. 19

Willy Brandt, Berlin:

(...) Nun gestatten Sie mir ein paar Bemerkungen zur Europafrage. Ich muß erklären, daß ich den Ausführungen und Auffassungen des Genossen Schumacher zu dieser wichtigen Frage nur in zwei Drittel folgen kann, aber ihnen nicht im letzten Drittel zu folgen vermag. Ich bin einverstanden, daß wir schärfsten Protest im Bundestag und wo auch immer über die Frage des Eintritts gesprochen wird, zum Ausdruck bringen gegen die willkürliche Regelung an

der Saar und gegen die Verkoppelung von Saar und Europarat. Ich bin weiter einverstanden, daß wir deutlich zum Ausdruck bringen, daß Straßburg kein guter und kein gesunder Start der europäischen Zusammenarbeit ist, daß die eigentlichen Probleme erst *nach* Straßburg kommen. (...)

Das letzte Drittel, bei dem sich die Sache mir etwas anders darstellt, besteht in folgendem: Ich glaube, es ist schwierig, zu sagen, daß wir den Weg nach Straßburg nicht gehen sollten, weil es nur ein Ersatz-europa repräsentiert. Ein Ersatzeuropa wäre der Westen auch, wenn er eine bessere Konstruktion hätte. Die Aufgabe, das eigentliche Europa zu schaffen über den Küstenstreifen am Atlantischen Meer hinaus, bestünden [!] auch dann. (...) Ich glaube, wir können nicht so weit gehen, daß wir sagen, wir können eigentlich erst mitmachen, wenn es die Möglichkeit einer sozialistisch-demokratischen Solidarität in Europa gibt. (...)

Ich glaube, daß das Ja zu Europa auch zu seinen Ansätzen, die sich auf wirtschaftlichem Gebiet in der OEEC darstellen und politisch vielleicht in Straßburg ergeben kann [!], gesagt werden müßte und daß dieses Ja neben unseren Bedenken und Protesten zu der unmöglichen Konstruktion, von der die Rede gewesen ist, doch auch deutlich genug bei dem Beschluß des Parteitages zum Ausdruck kommen sollte. (...)

Carlo Schmid, Tübingen:

Genossinnen und Genossen! Die Fragen, vor die uns die Einladung der Bundesrepublik nach Straßburg stellt, erlauben keine Antwort aus der Sphäre des Gemüts und der Spekulation, sondern erfordern eine Antwort aus dem harten und schwierigen Bereich der politischen Überlegung. (...)

Das Notwendige ist, und darüber sind sich in diesem Saale alle einig: Europa! Aber nicht Europa als Heilige Allianz zum Schutz der Privilegien.- Ein solches Europa mag für manchen der heutigen »Liberalen« eine Messe wert sein; für uns Sozialdemokraten ist es keinesfalls das Opfer des Intellekts wert. Sondern das Europa, das wir bauen müssen, ist Europa als politische, ökonomische und konstitutionelle Einheit, die sich integriert in den Werten, die Europa ausmachen und die da heißen: Freiheit und Gerechtigkeit.

Mit anderen Worten: dieses Europa muß sich integrieren als eine Demokratie, die mutig genug ist, die sozialen Konsequenzen ihrer Postulate zu ziehen. (...)

Und gestatten Sie mir noch ein Wort. Viele unserer Genossen haben gesagt: »Ja dafür muß man eben in Straßburg kämpfen! Und wir müssen in Straßburg einen wirksamen Protest anmelden und Vorbehalte geltend machen.« Genossen, man macht sich lächer-

Schmid, Carlo
(1896-1979):
Völkerrechtler, 1948/49 Mitglied
des Parlamentarischen Rats und
wesentlicher Mitgestalter des
Grundgesetzes,
1949-72 MdB und mehrfach
Vizepräsident des Bundestags,
1966-69 Bundesminister

lich, wenn man glaubt, nach Straßburg gehen zu können mit dem Vorbehalt, daß man die Wirkungen dieses Schrittes nicht will. In Straßburg kämpfen, was heißt denn das? Heißt das denn nicht Straßburg sprengen, wenn man ernsthaft in Straßburg um Dinge, wie das Recht Deutschlands auf sein Saargebiet, kämpfen will, für deren Austrag der Straßburger Rat nicht geschaffen worden ist? Wenn man versucht, innerhalb der Mauern Straßburgs zu kämpfen, dann muß man sich heute schon dafür entscheiden, in Deutschland eine revisionistische Politik wie nach dem Versailler Vertrag zu machen. Und, Genossen, von allen Faktoren, die zum zweiten Weltkrieg geführt haben, halte ich für den verhängnisvollsten den Umstand, daß zu hurtig gegebene Unterschriften uns gezwungen haben, unter Politik nichts anderes zu verstehen als Revision der Verträge. Nein, wir sollten nicht in Straßburg kämpfen wollen, sondern für ein europäisches Straßburg vor den Mauern dieser Stadt. (...)

Antrag 71:

Politische Resolution

Der Parteitag billigt die Politik des Parteivorstandes und der Bundestagsfraktion und spricht ihnen sein Vertrauen aus. (...)

Besonders begrüßt der Parteitag die Haltung des Parteivorstandes und der Bundestagsfraktion zum Europarat. Die Einbeziehung des Saargebietes in den Europarat ohne rechtliche Grundlage und unter Nichtachtung des Selbstbestimmungsrechtes der Völker ist eine Verletzung des Statutes des Europäischen Rates und eine einseitige, machtpolitische Maßnahme. Diese Politik ist untauglich, das Fundament eines Vereinigten Europas zu legen. Sie bedroht unmittelbar die Erfüllung der Lebensforderung des deutschen Volkes auf Wiedervereinigung in einem freien Rechtsstaat.

Der Parteitag sieht im Mißbrauch des europäischen Gedankens für nationalstaatliche Machterweiterung oder kapitalistische Gruppeninteressen schwere Gefahren für Europa und große Chancen für den östlichen Totalitarismus.

Die sozialdemokratische Ablehnung der ureuropäischen Lösungsversuche entspringt dem verantwortungsbewußten Wollen zur Schaffung eines Vereinigten Europas, für das die Sozialdemokratische Partei Deutschlands mit aller Kraft kämpft.

Zur Schuman-Initiative erklärt der Parteitag, daß er jedes Bemühen willkommen heißt, das zu ernsten, gestaltenden Verhandlungen führen kann. Er sieht in dem Vorschlag des französischen Außen-

ministers etwas entscheidend Politisches, das nicht von Sachverständigen, die tatsächlich nur Interessenten sind, maßgebend beeinflusst werden darf. Die Sozialdemokratische Partei ist sich bewußt, daß eine Organisation Westeuropas unter dem Gesichtswinkel der schwerindustriellen Interessen eine tödliche Bedrohung der Demokratie und der aufrichtigen, vorbehaltlosen Zusammenarbeit gleichberechtigter Völker bedeuten würde. Ihre endgültige Stellungnahme macht die Sozialdemokratische Partei von dem materiellen Inhalt der Entscheidungen einer Reihe von wichtigen Fragen abhängig. Das gilt vor allem von der tatsächlichen Gleichheit der Partner, die unvereinbar ist mit der heutigen Gestaltung der Verhältnisse, insbesondere dem Ruhrstatut und dem Recht des deutschen Volkes, über die Eigentumsgestaltung in seiner Wirtschaft selbst zu bestimmen."

[Protokoll der Verhandlungen des Parteitags der SPD vom 21. bis 25. Mai 1950 in Hamburg, O.O., o.J., S. 62-164 (Auszüge) und S. 273f.]

SIEBEN VORBEDINGUNGEN FÜR DIE ZUSTIMMUNG DER SPD ZU EINER EUROPÄISCHEN MONTAN-UNION



DOKUMENT 24

1. **Allgemeine politische, rechtliche und tatsächliche Gleichheit als Grundlage und Voraussetzung aller Spezialpläne.**
2. **Zusammenfassung des ganzen demokratischen Europas einschließlich Skandinaviens unter Ablehnung des Kleinst-Europas klerikaler, konservativer und kartellistischer Gruppen.**
3. Europäische Planung aufgrund der Ordnung und Planung in den einzelnen Nationalwirtschaften unter Zurückweisung aller Versuche, die deutsche Grundstoffindustrie dem Egoismus einzelner Kapitalgruppen und einzelner Länder zu überantworten.
4. Vertretung in allen internationalen Institutionen nach Bedeutung und Leistung der einzelnen Länder ohne Privilegierung und ohne Diskriminierung.
5. Ein internationales demokratisches Parlament als Quelle und Gestalter aller Wirtschaftspolitik, das eine von ihm allein abhängige und kontrollierte Exekutiv- und Lenkungsbehörde wählt.
6. Erhaltung und Entwicklung der vorhandenen wirtschaftlichen Kraftquellen einschließlich der Organisationsbedingungen in der Wirtschaft der einzelnen Länder, ohne Bevorzugung oder Benachteiligung mit den Mitteln der Machtpolitik.
7. Gleichwertige Mitbestimmung der arbeitenden Menschen im Sozialen und in der Ordnung und Führung der Wirtschaft."

Einer - *Organisation* Westeuropas unter dem *Gesichtswinkel der schwerindustriellen Interessen*" setzte die SPD von *Anfang* an ein demokratisches, soziales, solidarisches und *vereintes Europa entgegen*.

[Presseerklärung der SPD vom 20. April 1951; zit. n.: Albrecht, Willy (Hrsg.): Kurt Schumacher. Reden-Schriften-Korrespondenzen 1945-1952, Berlin 1985, S. 805]

1951

GRÜNDUNGSKONGRESS DER SOZIALISTISCHEN INTERNATIONALE: RESOLUTION ZUR FRAGE DER EINHEIT EUROPAS, FRANKFURT

DOKUMENT 25

- 1. Die Sozialistische Internationale, die eine Gesellschaftsordnung der sozialen Gerechtigkeit, der höheren Wohlfahrt, der Freiheit und des Weltfriedens anstrebt, ist sich dessen bewußt, daß die Verwirklichung all dieser Ziele den nationalstaatlichen Rahmen sprengt.
2. Daher erklärt die Internationale, daß kein Volk für sich allein dauerhafte Lösungen für alle seine wirtschaftlichen und sozialen Probleme finden kann und daß das System uneingeschränkter nationaler Souveränität überwunden werden muß.
3. Der Internationale ist der Meinung, daß dies in erster Linie für Europa zutrifft, wo die Bedingungen zur Verwirklichung ihrer Ziele günstig sind, aber leider beeinträchtigt werden durch das Fehlen einer starken und wirksamen europäischen Organisation.
4. Daher wünscht die Sozialistische Internationale die Grundlagen zu einer Organisation des freien Europas zu legen, in dem die europäischen Öffentlichen Dienste im Rahmen der bestehenden europäischen Organisationen - vor allem des Europarates, der die Aufgabe haben sollte, ihre Arbeit zu koordinieren - wichtige Funktionen haben werden.
5. Die Sozialistische Internationale ist der Ansicht, daß solch eine Verstärkung der Einheit des heute noch zerklüfteten Europas im Interesses der ganzen Welt liegt."

[beschlossen auf dem Gründungskongreß der SI in Frankfurt vom 30. Juni.-3. Juli 1951; zit. n.: Steininger, Rolf: Deutschland und die sozialistische Internationale nach dem Zweiten Weltkrieg. Die deutsche Frage und das Problem der Wiederaufnahme der SPD auf den internationalen Konferenzen bis 1951, unter besonderer Berücksichtigung der Labour Party, Bonn 1979, Dok. 33]

1953

ERICH OLLENHAUER:
BEGRÜNDUNG DER ABLEHNUNG VON EVG- UND GENERALVERTRAG

DOKUMENT 26

“(…)

Wir werden im Geiste von Kurt Schumacher handeln, wenn wir uns heute nicht nur die Etikette der Verträge, sondern noch einmal sehr gründlich den Inhalt der Verträge ansehen. Denn wir sind eben der Meinung - und ich möchte Ihnen das hier gern in dieser letzten Stellungnahme der sozialdemokratischen Fraktion zu den Verträgen entwickeln -, daß die Voraussetzungen, von denen die Sozialdemokratische Partei in dieser Diskussion seit Jahren und vor

allem auch Dr. Kurt Schumacher immer wieder gesprochen hat, in den vorliegenden Verträgen nicht erfüllt sind und daß deshalb die Bundesrepublik dieses Vertragssystem nicht annehmen sollte. (...)

Die erste und entscheidende Frage ist nach unserer Auffassung die nach der Vereinbarkeit der Verträge mit der Aufgabe der Bundesrepublik, die Wiederherstellung der deutschen Einheit in Freiheit als das vordringlichste Ziel ihrer Politik zu betrachten.

Die Bundesrepublik hat nach unserer Meinung nicht das Recht, internationale vertragliche Verpflichtungen einzugehen, die die Wiederherstellung der deutschen Einheit erschweren oder verhindern. Niemand kann alle Folgen voraussehen, die die Annahme der Verträge durch die Bundesrepublik auslösen wird. Eines ist aber sicher: die Eingliederung der Bundesrepublik in das militärische Verteidigungssystem des Westens, wie sie durch den EVG-Vertrag erfolgt, kann nur zu einer Vertiefung der Spaltung Deutschlands führen. (...)

Nun, meine Damen und Herren, kommen wir zu der Behauptung, daß der Generalvertrag und vor allem der EVG-Vertrag die deutsche Gleichberechtigung gewährleiste. Die Hauptthese der Anhänger der Verträge ist die Behauptung, daß es im EVG-Vertrag keine Diskriminierung Deutschlands gebe. Ich meine, das Wesentliche ist, daß die Frage der Gleichberechtigung nicht allein aus der militärtechnischen Organisation der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft zu beantworten ist; sie wird im Grunde erst beantwortet aus den allgemeinpolitischen und militärpolitischen Zusammenhängen, in die die EVG hineingestellt wird. Und die Eingliederung der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft in die Atlantikorganisation schaltet die deutsche Gleichberechtigung aus. (...) Das kardinale Problem in diesem Zusammenhang ist nicht die innere demokratische und gleichberechtigte Ordnung der kommenden Verteidigungsorganisation, sondern die gleichberechtigte Mitwirkung der Bundesrepublik bei der Verfügungsgewalt über die EVG. Diese aber ist durch die Unterordnung der EVG unter die NATO nicht gegeben. (...) Vor allem aus diesem Grunde sind wir nicht bereit, den Verträgen zuzustimmen. Eine effektive Verteidigung der Freiheit ist nur durch eine Gemeinschaft von Freien und Gleichen möglich. (...)

Nun kommt eine Tatsache von weittragender Bedeutung hinzu, (...): die Vorlage von Zusatzprotokollen durch die französische Regierung. (...) Wie soll denn eine Europapolitik funktionieren, wenn Sie die Tatsache ignorieren, daß einer der entscheidenden Partner, Frankreich, noch dazu der eigentliche Initiator dieser Europapolitik, sich seit dem Regierungswechsel in Frankreich entschlossen hat, eine andere Politik zu treiben? (...) Sie wollen eine Entscheidung über die Verträge, von denen Sie wissen, daß einer der Vertragspartner sie nicht ohne wesentliche Änderungen annehmen wird. (...)

Ollenhauer, Erich
(1901-1963):
1928-33 Vorsitzender der
Sozialistischen Arbeiterjugend,
1933 Emigration, 1946-52 Stellv.
Vorsitzender und seit 1952 Vor-
sitzender der SPD, 1949-63 MdB

Es gibt noch einen zweiten Punkt, den ich mit derselben Offenheit hier anspreche. Das ist die Saarfrage. Tatbestand ist, daß die jetzige französische Regierung ein neues Junktim hergestellt hat. Sie hat sich gegenüber dem Parlament verpflichtet, die Saarfrage endgültig im Sinne der französischen Vorstellungen einer definitiven Lösung des Saargebiets aus dem deutschen Staatsverband vor der Ratifizierung zu regeln. (...) Es gibt nur eine mögliche deutsche Position: Ehe wir in den EVG-Vertrag gehen, muß die Saarfrage im Sinne der Anerkennung der deutschen These, daß das Saargebiet ein Teil Deutschlands ist, beantwortet werden. (...)

Wir Sozialdemokraten sind für neue Verhandlungen auf einer neuen und breiteren Grundlage. (...) Ich glaube, der Verzicht auf das Modell der supranationalen Behörden ist unausweichlich geworden, weil sie sich jetzt als der tote Punkt in den Bemühungen um eine gemeinsame europäische Sicherheit erwiesen haben. Ich glaube - daß möchte ich hier weiter an Konkretem sagen - für die Erreichung des gewollten Zieles ist auch der Weg über einen Ministerrat als entscheidende Instanz eines neuen Sicherheitssystems möglich. (...) Es ist vorstellbar, daß unter der politischen Führung des Ministerrats ein Verteidigungs- und Sicherheitsamt geschaffen wird, dem die Integration der militärischen und wirtschaftlichen Verteidigungskräfte im Rahmen der durch die Entscheidungen des Ministerrats gezogenen Grenzen obliegt.

Die Mitarbeit der Bundesrepublik in einer solchen europäischen Sicherheitsorganisation, deren Verhältnis zur Atlantischen Verteidigungsgemeinschaft noch bestimmt werden kann, erscheint uns Sozialdemokraten unter folgenden Voraussetzungen möglich:

1. Unsere Situation als Bundesrepublik ist gegenüber allen freien europäischen Völkern einmalig. Unser Land ist gespalten. Die Wiedervereinigung Deutschlands ist die vornehmste nationalpolitische Aufgabe, und wir müssen immer wieder maximale Anstrengungen machen und von den Besatzungsmächten verlangen, die Voraussetzungen für die Wiederherstellung der Einheit Deutschlands durch ein Übereinkommen zu schaffen. Die vierte Besatzungsmacht Deutschlands ist die Sowjetunion. Wir können darum vertragliche Bindungen mit dem freien Westen nur bis zu der Grenze eingehen, die uns die Freiheit läßt, in der Frage der deutschen Einheit immer wieder und immer dann, wenn wir selbst es für notwendig halten, aktiv zu werden. In der Frage der deutschen Einheit können wir nicht Objekt der Politik der Vertragspartner sein.

2. Wir sind bereit zur Teilnahme an einem europäischen Sicherheitssystem auf der gleichen Basis der Souveränität und der Gleichberechtigung, die allen anderen Partnern zugebilligt wird. Das neue Europa wird entweder ein Europa der Freien und Gleichen sein, oder es wird nicht sein.
3. Die Einbeziehung der Bundesrepublik in ein europäisches Sicherheitssystem bedingt eine Strategie, die der Bundesrepublik Deutschland dasselbe Maß von Sicherheit gibt, das irgend ein anderer Partner der Gemeinschaft für sich beansprucht. Das bedeutet, daß die Sicherung der Grenzen der Bundesrepublik und die Sicherung von Berlin die gemeinsame anerkannte Aufgabe aller Vertragspartner sein muß.
4. Das europäische Sicherheitssystem muß auf der breitesten Basis zustande kommen, das heißt, es muß Großbritannien und Dänemark und Norwegen einschließen. Es muß eine Form der Zusammenarbeit gefunden werden, die auch Großbritannien akzeptieren kann. Der Effekt der gemeinsamen europäischen Verteidigung ist entscheidend, nicht die Form. Wir ziehen die Zusammenarbeit der europäischen Regierung dem supranationalen Prinzip der EVG vor, weil diese Zusammenarbeit größere reale Möglichkeiten schafft.
5. Schließlich, meine Damen und Herren, muß eine solche Verteidigungsgemeinschaft das besondere Problem der sozialen Sicherung der Bundesrepublik in Betracht ziehen. In der Bundesrepublik ist angesichts der Kriegsfolgen die soziale Sicherung der Demokratie gleichwertig im Verhältnis zu der militärischen Seite der Verteidigung. Nur ein sozial gesichertes Volk in der Bundesrepublik garantiert die notwendige moralische Verteidigungskraft, ohne die militärische Kraft nicht wirksam werden kann.
(...)

Der Kampf geht weiter. Wir Sozialdemokraten werden ihn führen mit dem Ziel, an die Stelle der nach unserer Auffassung verfehlten Außenpolitik der Bundesregierung eine Politik der effektiven Sicherheit zu setzen, eine Politik der Rechtssicherheit, der sozialen Sicherheit im Innern und eine Außenpolitik, die unserem Volke in Gemeinschaft mit den anderen europäischen Völkern eine effektive Sicherheit gibt, ohne die Chancen für eine friedliche Wiedervereinigung Deutschlands zu zerstören. In diesem Geiste lehnt die sozialdemokratische Bundestagsfraktion die vorliegenden Verträge ab."

[Bundestagsrede anlässlich der dritten Beratung des EVG- und des Generalvertrags am 19. März 1953; Deutscher Bundestag, Stenographische Berichte, 255. Sitzung, 19. März 1953, S. 12317-12328, Auszüge]



SOZIALISTISCHE BEWEGUNG FÜR DIE VEREINIGTEN STAATEN VON EUROPA (MSEUE): ENTSCHEIDUNG ÜBER DIE EUROPÄISCHE POLITISCHE GEMEINSCHAFT (EPG)

DOKUMENT 27

Der Kongreß erinnert daran, daß am 10. März 1953 ein Projekt der Europäischen Politischen Gemeinschaft in Straßburg von der ad-hoc-Versammlung angenommen worden ist, der diese Aufgabe von den sechs Außenministern übertragen worden war.

Die Notwendigkeit, eine politische Organisation des Vereinten Europa zu schaffen, ist noch dringender geworden als ein Jahr vorher, und zwar aus folgenden Gründen:

1. Es erscheint jeden Tag deutlicher, daß die Errichtung einer demokratischen und parlamentarischen Kontrolle der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft, wie ganz allgemein aller bereits existierenden oder zukünftigen supranationalen Behörden nur durch die Tätigkeit eines aus allgemeinen Wahlen hervorgegangenen Europäischen Parlamentes gesichert werden kann.
2. (...) Er [der Kongreß] ist der Auffassung, daß neben einer gewählten Versammlung eine verantwortliche Exekutive vorhanden sein muß, so wie der Plan der ad-hoc-Versammlung bereits vorsieht.
3. Der Kongreß ist ebenso überzeugt, daß eine so definierte politische Gemeinschaft in der Lage sein wird, die schwierigsten europäischen Probleme zu lösen:
 - Sie gestattet Europa, daß seine Stimme gehört wird und daß es wirklich bei den in der Weltpolitik angenommenen Entscheidungen ein Gewicht besitzt; (...)
 - Sie ist schließlich das unerläßliche Fundament einer wirksamen Politik zur wirtschaftlichen Vereinigung Europas.

Deshalb beschwört der Kongreß die Regierungen der sechs Staaten eindringlich, in den künftigen Monaten ihre ganze Aufmerksamkeit und alle ihre Anstrengungen der Realisierung der Europäischen Politischen Gemeinschaft zu widmen.

[Entschließung, beschlossen auf dem 7. Kongress des MSEUE vom 9.-11. Juli 1954 in Mailand; Europa-Archiv, 20.8.1954, S. 6833]

Er ist der Meinung, daß die Politische Gemeinschaft der geeignetste Weg ist zu einer Erweiterung Europas, organisiert aus allen freien demokratischen europäischen Nationen."

-Außenpolitik

Die Einheit Deutschlands und der Friede

Das deutsche Volk hat besonders angesichts der Folgen des verheerenden Krieges die Aufgabe, gute Beziehungen zu den anderen Völkern herzustellen und ein politisches Klima zu schaffen, in dem die staatliche Einheit Deutschlands in Freiheit verwirklicht werden kann. (...) Die Wiederherstellung der Einheit Deutschlands in Frieden und Freiheit ist die dringendste politische Forderung des deutschen Volkes. Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands wird jeden Schritt ihrer Politik in den Dienst dieser Forderung stellen. (...)

Internationale und europäische Zusammenarbeit

Getreu der völkerverbindenden Idee des Sozialismus setzt sich die Sozialdemokratische Partei Deutschlands für die politische, wirtschaftliche und kulturelle Zusammenarbeit der Völker und Staaten zur gemeinsamen Sicherung des Friedens ein. (...)

Im Rahmen dieser internationalen Politik erstrebt die Sozialdemokratie eine demokratische Neugestaltung Europas als Gemeinschaft gleichberechtigter Völker. Ziel ihrer Europapolitik ist die Hebung des Lebensstandards der europäischen Völker und damit die stetige Besserung der wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse in Europa und die Schaffung eines zusammenhängenden Wirtschaftsgebietes mit Freizügigkeit für Menschen, Waren und Nachrichten.

Eine gesamteuropäische Politik der Vollbeschäftigung und der Abbau von Zöllen und wirtschaftlichen Handelsschranken, auch währungspolitischer Art, sind dazu erforderlich. Die Sozialdemokratie kämpft für Gleichberechtigung aller Partner in den internationalen und übernationalen Gemeinschaften. Es darf keine Vorrechte von Besatzungsmächten oder Benachteiligungen der Bundesrepublik mehr geben. Diese Gemeinschaften dürfen nicht zur

Abkapselung gegenüber anderen Staaten und damit zu einer weiteren Aufsplitterung führen, die die engere Zusammenarbeit Europas und der Welt stört. Die Sozialdemokratie setzt sich darum dafür ein, bestehende Gemeinschaften (z. B. die Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl, den Europäischen Wirtschaftsrat, den Europarat) in vielfältige Beziehungen zueinander und zu Nicht-Mitgliedsstaaten zu bringen. Soweit Souveränitätsrechte auf internationale Einrichtungen übertragen werden, sind diese einer echten parlamentarisch-demokratischen Kontrolle zu unterstellen.

[Aktionsprogramm der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, beschlossen auf dem Dortmunder Parteitag am 28. September 1952, erweitert auf dem Berliner Parteitag am 24. Juli 1954; zit. n.: Programmatische Dokumente der Deutschen Sozialdemokratie, hrsg. und eingel. v. Dieter Dowe und Kurt Klotzbach, 3. überarb. und aktualisierte Aufl., hrsg. v. Dieter Dowe, Bonn 1990, Dok. 22, S. 299-347, hier S. 306-309]

Über die Mitarbeit in den europäischen Institutionen hinaus erstrebt die Sozialdemokratische Partei Deutschlands ein Zusammenwirken der Bundesrepublik mit den Organisationen der Vereinten Nationen, so eng wie es deren Satzungen erlauben. Die Bundesrepublik muß ihrerseits versuchen, den Beistand der Vereinten Nationen zur Unterstützung lebenswichtiger deutscher Interessen zu erwirken. Die Bundesrepublik muß durch ihre Politik die Voraussetzungen für die Aufnahme Gesamtdeutschlands in die Vereinten Nationen schaffen."



WILHELM MELLIES: ERKLÄRUNG DER SPD-BUNDESTAGS-FRAKTION ZUR BEGRÜNDUNG IHRER ZUSTIMMUNG ZU DEN RÖMISCHEN VERTRÄGEN

DOKUMENT 2S

~Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Gestatten Sie mir, daß ich die Gründe für die Haltung der sozialdemokratischen Bundestagsfraktion kurz in einer Erklärung zusammenfasse, die ich im Namen dieser Fraktion hier abzugeben habe.

Europäische Zusammenarbeit und Überwindung des politischen und wirtschaftlichen Nationalismus sind alte Grundgedanken sozialdemokratischer Politik. In den vergangenen Jahren haben wir jedoch oft feststellen müssen, daß nicht alles europäisch ist, was als europäisch angepriesen wird. Das eklatanteste Beispiel war die geplante Europäisierung der deutschen Saar. Wir haben auch immer prüfen müssen, wie sich vorgeschlagene Integrationsmaßnahmen der Bundesrepublik mit ihren westlichen Nachbarn für die Integration unseres geteilten Vaterlandes auswirken müßten. Den Versuchen militärischer und politisch-verfassungsrechtlicher Integration sind wir immer in der Überzeugung entgegengetreten, daß sie die Wiedervereinigung erschweren würden. Wir waren dabei weiter der Überzeugung, daß man auf Sand baue, wenn man eine größere

Mellies, Wilhelm
(1899-1958);
seit 1923 MdL (Lippe),
1946 Präsident des Deutschen Gemeindetags,
seit 1949 MdB,
stellv. Partei- und Fraktionsvorsitzender nach dem Tode Kurt Schumachers

europäische Einheit über die militärische und staatsrechtliche Konstruktion zu erreichen versuche. Wir sahen im Wirtschaftlichen, Sozialen und Kulturellen das weite und fruchtversprechendere Feld europäischer Politik.

Nachdem die Europäische Verteidigungsgemeinschaft und mit ihr die geplante politische Gemeinschaft gescheitert waren, haben in Messina die Regierungen der Montanunion-Staaten das Steuer herumgelegt. Man nahm Kurs auf gemeinsame und friedliche Nutzung der Atomenergie, man wandte sich ab von militärisch-politischen Projekten und hin zur Schaffung eines Gemeinsamen Marktes. Hier sollte der jetzt von allen zugegebene Konstruktionsfehler der Montanunion, die sich in unhaltbarer Weise auf einen aus politischen Gründen ausgewählten Sektor der Wirtschaft beschränkt, in der Weiterentwicklung nach vorn beseitigt werden. Es kam der gute Vorsatz hinzu, aus der Supranationalität nicht wieder ein Glaubensbekenntnis zu machen und in der kleinen Gemeinschaft der Sechs ein vielleicht unvermeidliches Durchgangsstadium, auf keinen Fall aber einen Selbstzweck und eine geschlossene Gesellschaft zu sehen. Wir haben schon damals unserer Befriedigung über diesen Wandel in Wort und Tat Ausdruck gegeben. Nicht wir, sondern die gescheiterten EVG-Politiker mußten umlernen. Der Vorsitzende der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands wurde Mitglied des Monnet-Komitees, das viel für das Zustandekommen der Verträge getan hat.

In dem Vertrag über die Europäische Atomgemeinschaft begrüßt die sozialdemokratische Fraktion das Bemühen, den Rückstand in der Entwicklung der Nutzbarmachung der Atomenergie unserer Länder durch gemeinsame Anstrengungen, durch gemeinsame Forschung und Investitionen aufzuholen. Das ausschließliche Eigentum der Gemeinschaft an dem spaltbaren Material erleichtert nach unserer Überzeugung die Kontrolle über den gefährlichen Brennstoff.

In Übereinstimmung mit den sozialistischen Parteien der anderen fünf beteiligten Länder fordert die Sozialdemokratie, daß die Entwicklung der Atomenergie ausschließlich friedlichen Zwecken dienen soll. Wir Sozialisten werden uns dafür einsetzen, daß die öffentliche Hand einen solchen Einfluß auf die Atomwirtschaft erlangt, der der besonderen Bedeutung und Gefährlichkeit der Atomenergie und den großen öffentlichen Leistungen für die Forschung, die Ausbildung und die Investitionen entspricht. Im Interesse der Arbeitnehmer und der gesamten Bevölkerung muß der Strahlenforschung und dem Strahlenschutz in der Atomgemeinschaft großes Gewicht beigelegt werden. Die sozialdemokratische Fraktion ist der Meinung, daß im Rahmen der Atomgemeinschaft Kontrolle und Entwicklung der Atomenergie besser gesichert sind, als es bei Beschränkung auf ein einzelnes Land möglich wäre. Wie schlecht es

um die Atompolitik der gegenwärtigen Bundesregierung bestellt ist, haben die Ereignisse in diesem Hause in den letzten Tagen zur Genüge bewiesen.

Die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft darf nicht nur dem Abbau der Handelshemmnisse zwischen den sechs Staaten dienen. Sie muß auch eine aktive Wirtschaftspolitik zur Stabilisierung der Währungen, zur Ausweitung der Produktion, zur krisenfesten Vollbeschäftigung und stetigen Steigerung des Lebensstandards treiben. Dazu enthält der Vertrag Ansätze, die kräftig entwickelt werden müssen.

Die Aufnahme neuer Mitglieder und die Assoziierung anderer muß durch tätiges Handeln herbeigeführt werden. Die Erreichung der Ziele des Vertrags erscheint gefährdet, wenn die geplante Freihandelszone nicht zustande käme. Die gleiche Gefahr bestünde, wenn die Außenzölle der Gemeinschaft nach den protektionistischen Wünschen bestimmter Kreise in der Gemeinschaft entwickelt würden.

Wir Sozialdemokraten haben als erste in diesem Bundestag Wirtschaftshilfe für die Entwicklungsländer gefordert. Die Einbeziehung der überseeischen Gebiete der Mitgliedstaaten in den gemeinsamen Markt erweckte jedoch die Befürchtung, wir könnten mitverantwortlich werden oder scheinen für die Fortführung einer geschichtlich überholten Kolonialpolitik. Es erfüllt uns mit Zuversicht, daß uns gerade auch in diesem Punkte mit den Sozialisten in den fünf anderen Mitgliedstaaten der einheitliche Wille verbindet, daß die Einbeziehung dieser Gebiete und die von uns mitfinanzierte Wirtschaftshilfe der wirtschaftlichen, sozialen und politischen Entwicklung einschließlich der politischen Unabhängigkeit der Völker jener Gebiete dienen. Unabhängig werdende Völker müssen frei sein, in der Gemeinschaft zu bleiben oder sie zu verlassen. Die deutschen Vertreter in den Organen der Gemeinschaft sollen das Gewicht ihrer Stimmen immer in diesem Sinne in die Waagschale werfen.

Wir haben zur Kenntnis genommen, daß die Verträge nichts mehr enthalten, was der Entwicklung des Interzonenhandels nach Art und Umfang entgegenstünde. Hier hat sich die - leider allzu späte - Einschaltung des Bundestages in die Verhandlungen noch kurz vor der Unterzeichnung vorteilhaft ausgewirkt. Wir werden uns immer bewußt bleiben müssen, daß der Interzonenhandel eine der wenigen starken Klammern um das geteilte Deutschland ist.

Die Regierung eines wiedervereinigten Deutschlands soll gegenüber diesen Verträgen die Entscheidungsfreiheit haben. Wir bedauern jedoch, daß die Bundesregierung diesen Grundsatz nicht in den Vertragstext selbst aufnehmen wollen oder können. Die sozialdemokratische Bundestagsfraktion wird immer allen Tendenzen entgegentreten, eine engere Einheit mit unseren westlichen Nachbarn als einen Ersatz für die Befreiung der 17 Millionen Menschen in Mit-

teldeutschland durch die Wiedervereinigung in Freiheit anzusehen. Wichtige Gesetzgebungsbefugnisse des Parlaments gehen durch diese Verträge nicht etwa auf die Europäische Versammlung, sondern auf den Rat der Minister über. Es ist in der Ausschlußberatung gelungen, im Ratifikationsgesetz den Deutschen Bundestag und den Bundesrat in die Entwicklung der Politik einzuschalten, die die deutschen Vertreter im Rat befolgen sollen. Es bleibt aber eine der dringendsten Aufgaben für die Entwicklung dieser Verträge, der Europäischen Versammlung jene Kontrolle und Gesetzgebungsrechte zu sichern, deren sich die nationalen Parlamente der sechs Staaten jetzt begeben. [!]

Mit diesen Vorbehalten betrachten wir die Verträge als eine Grundlage, auf der weiter gebaut werden kann und muß. Wir können diese Verträge annehmen, weil ihr Inhalt trotz der schweren Mängel, die bei den Verhandlungen, zum Teil durch die Schuld der Bundesregierung, in die Verträge Eingang fanden, doch in entscheidenden Punkten unseren Zielen entspricht. Die Sozialdemokratische Partei wird mit ihren Bruderparteien daran arbeiten, daß dieses schwierige und für Europas Zukunft bedeutsame Werk mit friedlichem, mit sozialem und demokratischem Geist erfüllt wird. Mit dieser Zielsetzung geben wir dem Ratifikationsgesetz unsere Zustimmung."

[Erklärung im Namen der SPD-Bundestagsfraktion anlässlich der zweiten und dritten Beratung des Gesetzes zu den Verträgen vom 25. März 1957 zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Europäischen Atomgemeinschaft im Deutschen Bundestag am 05. Juli 1957; Deutscher Bundestag, Stenographische Berichte, 224. Sitzung, 05.07.1957, S. 13347ff.]

GODESBERGER GRUNDSATZPROGRAMM



DOKUMENT 30

-Internationale Gemeinschaft

Die größte und dringendste Aufgabe ist es, den Frieden zu bewahren und die Freiheit zu sichern.

Der demokratische Sozialismus ist immer von dem Gedanken der internationalen Zusammenarbeit und Solidarität erfüllt gewesen. In einer Zeit internationaler Verflechtungen aller Interessen und Beziehungen kann kein Volk mehr für sich allein seine politischen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Probleme lösen. Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands läßt sich von der Erkenntnis leiten, daß die kulturellen, wirtschaftlichen, rechtlichen und militärischen Aufgaben der deutschen Politik in enger Verbindung mit den anderen Völkern gelöst werden müssen. (...)

Die Vereinten Nationen müssen die allgemeine Weltorganisation werden, die sie ihrer Idee nach sein sollen. Ihre Grundsätze sollen

allgemeinverbindlich sein. (...) Als Schritte auf dem Wege zu einer allgemeinen Abrüstung und zur Entspannung internationaler Beziehungen sind regionale Sicherheitssysteme im Rahmen der Vereinten Nationen aufzubauen. Das wiedervereinigte Deutschland soll mit allen Rechten und Pflichten Mitglied eines europäischen Sicherheitssystems werden.

[Grundsatzprogramm der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, beschlossen auf dem außerordentlichen Parteitag in Bad Godesberg 1959; zit. n.: Programmatische Dokumente der Deutschen Sozialdemokratie, hrsg. und eingel. v. Dieter Dowe und Kurt Klotzbach, 3. überarb. und aktualisierte Aufl., hrsg. v. Dieter Dowe, Bonn 1990, Dok. 23, S. 349-370, hier S. 367f.]

Die wirtschaftliche Entwicklung drängt zur Zusammenarbeit der europäischen Staaten. Die Sozialdemokratische Partei bejaht diese Zusammenarbeit, die insbesondere dem wirtschaftlichen und sozialen Fortschritt dienen muß. Regional begrenzte übernationale Gemeinschaften dürfen nicht zur Abschließung gegenüber der Außenwelt führen.

Die gleichberechtigte Zusammenarbeit und ein für alle Nationen offener Welthandel sind Voraussetzungen für das friedliche Zusammenleben. (...)"



DOKUMENT 31

HERBERT WEHNER: BEKENNTNIS- DER SPD ZUR WESTINTEGRATION

~(...) Der Regierende Bürgermeister von Berlin Willy Brandt hat vor einigen Tagen auf Berührungspunkte der Auffassungen der demokratischen Parteien hingewiesen, über die, wie er sich ausdrückte - und auch ich bin dieser Meinung -, es eigentlich keine Auseinandersetzungen bei uns in der Bundesrepublik zu geben brauchte. Ich nehme an, diese Berührungspunkte könnten, wenn man sich's genau überlegt, als Aktivposten bei der außenpolitischen Bestandsaufnahme von allen Seiten eingebracht werden; (...). Das sind:

Erstens: Berlin muß beim Bund bleiben. Aus einer Zweiteilung Deutschlands darf keine Dreiteilung werden.

Zweitens: Das deutsche Volk und die Bundesrepublik haben sich gegen jede Diktatur und für die westliche Gemeinschaft entschieden, d.h. für eine enge Zusammenarbeit mit den westlichen Nachbarn und der freien Welt.

Drittens: Die verantwortungsbewußten Kräfte Deutschlands haben sich gegen jede Form des Kommunismus und gegen die sowjetische Deutschlandpolitik entschieden.

Viertens: Es muß alles getan werden, um das Leben und das Los der 17 Millionen Landsleute im sowjetisch besetzten Teil Deutschlands zu erleichtern. Wir dürfen den Willen zur Selbstbestimmung in unserem Volk nicht erlahmen lassen und müssen uns ständig um neue Ansätze zur Lösung der deutschen Frage bemühen.

Fünftens: Nachdem Europa schon durch die Kommunisten gespalten ist, darf nicht dazu beigetragen werden, Europa noch einmal zu spalten. Vielmehr muß, soweit wir dazu etwas tun können, alles in die Wege geleitet werden, damit es in einer breiten Gemeinschaft zusammenarbeiten kann.

Sechstens: Bei aller Notwendigkeit, den Fragen der militärischen Sicherheit gerecht zu werden, muß die Bundesrepublik jede Anstrengung machen, um zur Sicherung des Friedens in der Welt beizutragen. (...)"

Wehner, Herbert
(1906-1990):
1927 Beitritt zur KPD,
1933-35 Widerstand im Untergrund,
1935 Emigration,
1946 Rückkehr nach Deutschland und Beitritt zur SPD,
1949-83 MdB,
1958-83 Stellvertretender Vorsitzender der SPD,
1966-69 Bundesminister,
1969-83 Fraktionsvorsitzender

[Bundestagsrede anlässlich der außenpolitischen Debatte am 30.06.1960; Verhandlungen des Deutschen Bundestages, 3. Wahlperiode, Stenographische Berichte, Bd. 46, Bonn 1960, S. 7052-7061, hier: S. 7055f.]

GEMEINSAMES AKTIONSPROGRAMM DER SOZIALDEMOKRATISCHEN PARTEIEN DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFT



DOKUMENT 32

~Präambel

Die sozialdemokratischen Parteien des sich vereinigenden Europa schließen sich in ihrem Kampf um die Verwirklichung einer europäischen Rechtsordnung, die in geistiger Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität gegründet ist, zu einer festen Einheit zusammen. (...)

Die Motive des Strebens nach einer europäischen Integration

Der demokratische Sozialismus steht im Kampf um die europäische Integration an der Spitze, weil er überzeugt ist,

- daß auf diese Weise ein Fortbestehen der historischen Gegensätze, die sich in der Vergangenheit als so verhängnisvoll für Europa erwiesen haben, unmöglich gemacht wird;
- daß sich Europa in einer Welt, deren Entwicklung zur Bildung immer größerer wirtschaftlicher und politischer Einheit tendiert, zu einer dauerhaften Einheit zusammenschließen muß;
- daß das immer enger werdende Netz der gegenseitigen Beziehungen, das sich auf manchen Gebieten zwischen den Völkern Europas gebildet hat, die einseitig von den nationalen Stellen

getroffenen Maßnahmen immer unzulänglicher erscheinen und das Bedürfnis nach einer gemeinsamen, über die Grenzen hinwegreichenden Politik immer stärker werden läßt;

- daß ein europäischer gemeinsamer Markt unter der Voraussetzung zielbewußter Führung eine bessere Ausnutzung der Produktionsfaktoren fördert und demzufolge die Menge der Güter und Dienstleistungen erhöht, die der Gesamtheit zur Verfügung gestellt werden, wodurch der Kampf um ihre gerechte Verteilung aussichtsreicher wird. (...)

Der politische Aufbau Europas

1. **Alle Völker Europas sollen sich in einem einzigen politischen Verband vereinen. Die Trennungslinien, die den Aufstieg Europas behindern, müssen verschwinden, ohne daß die Verschiedenheit der Völker in Art, Veranlagung und Kultur beseitigt wird.**
2. **Europa muß eine föderalistische Struktur haben. Die europäische Exekutivgewalt muß parlamentarisch kontrolliert sein. Die gesetzgebende Gewalt kann nur von einem, gegebenenfalls aus zwei Kammern bestehenden Europäischen Parlament ausgeübt werden.**
3. **In diesem demokratischen Europa müssen**
 - sich die Regierungen auf frei gewählte Volksvertretungen stützen und ihnen verantwortlich sein;
 - die demokratischen Rechte und Freiheiten der europäischen Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten von allen Ländern anerkannt werden;
 - für alle Staatsbürger, ungeachtet ihrer Herkunft, ihres Geschlechts, ihres Glaubens, ihrer Sprache und ihrer Rasse, Gleichheit vor dem Recht bestehen;
 - eine unabhängige Rechtsprechung gewährleistet sein;
 - die Staatsbürger gegen Willkür der Behörden geschützt werden;
 - die Streitkräfte den politischen Organen der Demokratie unterstellt sein;
 - die Demokratie [!] gegen ihre Widersacher verteidigt werden.
4. **Die wirtschaftliche Integration auf der Grundlage des EWG-, EGKS- und Euratomvertrags ist ein wesentlicher Schritt in Richtung auf ein vereinigtes Europa. Die sozialdemokratischen Parteien Europas fordern eine schnelle Durchführung dieser Verträge, insbesondere die Beseitigung der das Funktionieren des Gemeinsamen Marktes hemmenden Hindernisse und eine gemeinsame Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik.**

5. Der Integrationsprozeß erfordert:
 - daß die Leitung einem einzigen europäischen Exekutivorgan übertragen wird;
 - daß die Exekutive die zur Verwirklichung der europäischen Verträge notwendigen Befugnisse erhält;
 - daß die Gemeinschaft über eigene Steuerquellen verfügt.

6. Entsprechend der fortschreitenden Verstärkung der Zuständigkeit der Gemeinschaft müssen gleichzeitig die Befugnisse des Europäischen Parlaments noch vor Ablauf der Übergangsperiode so erweitert werden, daß es die kontrollierenden und gesetzgeberischen Aufgaben eines Parlaments erfüllen kann. Durch allgemeine direkte europäische Wahlen muß eine starke Bindung zwischen dem Parlament und den europäischen Völkern hergestellt werden.

7. Die wirtschaftliche Integration macht eine engere politische Zusammenarbeit zwischen den Ländern der Gemeinschaft immer unentbehrlicher. Die politische Integration darf jedoch einer Stärkung der atlantischen Zusammenarbeit auf außenpolitischem und militärischem Gebiet nicht im Wege stehen oder Verzögerungen der wirtschaftlichen Integration mit sich bringen. Die politische Integration setzt wie die wirtschaftliche Integration voraus, daß die Mitgliedstaaten Teile ihrer souveränen Befugnisse europäischen Organen übertragen.

8. Der Beitritt zur Europäischen Gemeinschaft muß allen europäischen Ländern offenstehen, die
 - die Grundsätze und Ziele der europäischen Verträge anerkennen;
 - in der Lage sind, die mit dem Beitritt verbundenen Verpflichtungen zu erfüllen;
 - eine demokratische Staatsordnung haben und jede Form von Staatsabsolutismus und Diktatur oder eines sonstigen autoritären Regimes verurteilen;
 - bereit sind, an dem allmählichen Zustandekommen einer politischen Integration mitzuarbeiten.

9. Mit demokratischen Ländern, die auf Grund ihrer besonderen wirtschaftlichen Lage die Mitgliedschaft nicht akzeptieren können, können Assoziierungsabkommen geschlossen werden. Die Assoziierung wird in eine Mitgliedschaft umgewandelt werden, sobald die wirtschaftliche Lage dies zuläßt. Die Gemeinschaft muß die wirtschaftliche Struktur dieser Länder stärken helfen. Die Gemeinschaft muß die demokratische Entwicklung der nach einer Assoziierung strebenden Länder fördern.

[beschlossen auf dem
5. Kongreß der sozial-
demokratischen Parteien der
europäischen Gemeinschaft
am 6.11.1962;
zit. n.: Ossip K. Flechtheim
(Hrsg.): Dokumente zur partei-
politischen Entwicklung in
Deutschland seit 1945,
Bd. 3, Berlin 1963, Dok. I 95b,
S. 300-312, hier: S. 300-304]

10. Mit europäischen Ländern, die wirtschaftlich in der Lage sind, der Gemeinschaft beizutreten, sich aber aus politischen Gründen zu einem Beitritt nicht in der Lage sehen, können Assoziierungsverträge abgeschlossen werden, die das Ausmaß der wirtschaftlichen und handelspolitischen Zusammenarbeit regeln. Diese Verträge dürfen nicht zu einer Verzögerung des Integrationsprozesses in der Gemeinschaft führen. Es muß ein angemessenes Gleichgewicht zwischen den diesen Ländern zugestandenen Vorteilen und dem Maß ihrer Bereitschaft bestehen, ihre Wirtschafts- und Handelspolitik mit der der Gemeinschaft zu harmonisieren. (...)"



**WILLY BRANDT:
ERKLÄRUNG AUF DER
EWG-GIPFELKONFERENZ IN DEN HAAG**

DOKUMENT

~|.

Wenn es gut stünde um Europa, hätten wir uns heute hier nicht getroffen. Wenn unsere Gemeinschaft bereits mit einer Stimme zu sprechen hätte, dann wäre unser Hauptthema die Außenpolitik: die Frage einer europäischen Friedensordnung, die Verhandlungen mit den Staaten Osteuropas, unsere Interessen angesichts des Konflikts im Nahen Osten.

Statt dessen wird Erfolg oder Mißerfolg unserer Konferenz mit Recht daran abgelesen werden, ob wir das Schiff der Europäischen Gemeinschaft wieder in ein freies Fahrwasser bringen. Konzentriert auf unsere engeren Probleme werden wir den notwendigen Entscheidungen nicht ausweichen können, damit unsere Mitbürger wieder verstehen, daß Europa mehr ist als eine Frage von Marktordnungen. Und damit die Jugend sieht, daß Europa mehr ist als die Erinnerung an eine düster-gloriose Vergangenheit.(...)

Die Verbindung, die wir miteinander eingegangen sind, soll unauflöslich sein und immer enger werden. Wenn wir die notwendige Harmonisierung erreichen wollen, müssen wir uns gegenseitig stützen, d.h. wir müssen praktisch Solidarität üben. Für die deutsche Bundesregierung erkläre ich, daß wir dazu bereit sind. Diese Bereitschaft wird von der Zustimmung unserer öffentlichen Meinung getragen.

Aber unsere Öffentlichkeit will natürlich auch wissen, welche Konsequenzen sich aus den europäischen Verpflichtungen für sie ergeben. (...)

II.

Deshalb sage ich in allem Freimut: Der Deutsche Bundestag und die öffentliche Meinung meines Landes erwarten, daß ich von dieser Konferenz nicht ohne konkrete Vereinbarungen in der Frage der Erweiterung der Gemeinschaft zurückkehre.

Diese Frage beschäftigt uns seit Jahren. Kraft des Vertrages gehört sie zu den Grundfragen unserer Gemeinschaft, und nirgends stand geschrieben, daß wir uns diesem Thema erst nach der Übergangsperiode zuwenden dürften. Die deutsche Haltung ist seit Jahren bekannt. Ich meine, wir dürfen dieses Thema nicht länger vor uns herschieben.

Erstens hat die Erfahrung gezeigt, daß das Hinausschieben der Erweiterung die Gemeinschaft zu lähmen droht.

Zweitens entspricht es den gemeinsamen Interessen, wenn die Gemeinschaft sich zu einer Zeit erweitert, in der wir uns um ein engeres Zusammenwachsen zwischen West und Ost bemühen.

Drittens muß die Gemeinschaft über den Kreis der Sechs hinauswachsen, wenn sie sich wirtschaftlich und technologisch neben den Giganten behaupten und ihrer weltpolitischen Verantwortung nachkommen will.

Ich zögere nicht, ein viertes Argument hinzuzufügen: Wer befürchtet, daß sich das wirtschaftliche Gewicht der Bundesrepublik Deutschland zum Nachteil der Ausgewogenheit innerhalb der Gemeinschaft auswirken könnte, der sollte auch deswegen für die Erweiterung sein. Jedenfalls sage ich: Ohne England und die anderen beitragsbereiten Staaten kann Europa nicht werden, was es sein soll und was es sein kann. (...)

Ich schlage deshalb vor, die beitragswilligen Länder wissen zu lassen, daß wir es für möglich halten, im Frühjahr 1970 mit den Verhandlungen zu beginnen. (...)

IV

Auch wenn wir hier im wesentlichen mit anderen Aufgaben beschäftigt sein werden, halte ich es für erwünscht, daß wir uns für die außenpolitische Zusammenarbeit zu einem neuen Versuch entschließen. Dies müßte mehr bedeuten, als bloß den Meinungsaustausch innerhalb der WEU wieder aufzunehmen und weiterzuführen. (...)

Ich schlage vor, daß wir die Außenminister beauftragen, einen Vereinbarungsentwurf für eine schrittweise Entwicklung der politischen Zusammenarbeit unter den Mitgliedstaaten unserer Gemeinschaft auszuarbeiten, und zwar in der Hypothese ihrer Erweiterung. (...)

V

Die zunehmende Verflechtung der sechs Volkswirtschaften hat zugleich eine wachsende Abhängigkeit in der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung unserer Länder mit sich gebracht. Ökonomische Ungleichgewichte zwischen ihnen wirken sich heute unmittelbar und ohne größere Verzögerung auf die Gesamtentwicklung der Gemeinschaft aus. Inflationäre Tendenzen in einem Lande bedrohen rasch die Stabilität im anderen und das Gleichgewicht innerhalb der Gemeinschaft. Dies führt zu Verzerrungen und Beschränkungen im Güter-, Leistungs- und Kapitalverkehr; der Gemeinsame Agrarmarkt wird gefährdet. Durch diese Entwicklung kann die Gemeinschaft insgesamt Schaden leiden. Diese Gefahr ist nur abzuwenden, wenn wir auf dem Wege zu einer Gemeinschaft des Wachstums und der Stabilität rascher vorankommen.

Meine Regierung ist gewillt, den Weg zur Wirtschafts- und Währungsunion zu gehen, und zwar nüchtern und realistisch, Schritt für Schritt.

Strukturelle Unterschiede zwischen unseren Staaten und noch bestehende Divergenzen in den wirtschaftspolitischen Zielvorstellungen und Verhaltensweisen sind Realitäten, die nur durch beharrliches und gemeinsames Bemühen verändert werden können. Hierzu bedarf es auch eines konvergenten Verhaltens der großen sozialen Gruppen.

Mit der Harmonisierung der Zielvorstellungen muß in einer ersten Stufe eine wirksame Koordinierung der kurzfristigen Wirtschaftspolitik einhergehen. Die Festlegung quantitativer mittelfristiger wirtschaftspolitischer Ziele ist dabei eine wichtige Aufgabe. Wenn es uns so gelingt, eine gemeinsame Wirtschaftspolitik zu entwickeln, werden wir in einer zweiten Stufe die Wirtschafts- und Währungsunion verwirklichen können. (...)

Wir sollten im übrigen versuchen, uns ein zeitliches Ziel zu setzen für die Errichtung der Wirtschafts- und Währungsunion im Sinne einer weltoffenen Stabilitätsgemeinschaft. Ich schlage vor, daß sich der Rat dieser wichtigen Frage annimmt und gebeten wird, in enger Zusammenarbeit mit der Kommission die Stufen eines derartigen Planes im einzelnen auszuarbeiten und diesen Stufenplan im Laufe des Jahres 1970 zu verabschieden.

Wenn wir uns so entscheiden, geben wir ein deutliches Zeichen für unseren solidarischen Willen. Lassen Sie uns einen entschlossenen Neubeginn machen. (...)

VII.

Wenn vom Ausbau der Gemeinschaften die Rede ist, muß ich auch ein Wort über die Institutionen sagen. Auf ihr vertragsgemäßes Funktionieren sind wir angewiesen. Das wird sich in der Phase der Erweiterung erst recht zeigen.

Ich schlage vor,

- die Arbeitsweise des Rats zu straffen,
- die exekutiven Aufgaben der Kommission sachbezogen auszubauen und
- die Befugnisse des Europäischen Parlaments, vor allem durch die Haushaltskontrolle, zu erweitern.

Die Struktur der Gemeinschaft muß mit den Grundsätzen der parlamentarischen Kontrolle in Einklang gebracht werden. Dabei darf man auch den im Vertrag festgelegten Grundsatz der unmittelbaren Wahl nicht aus dem Auge verlieren.

VIII.

Der Eintritt der Gemeinschaft in die sogenannte Endphase ist vom Vertrag auf den 1. Januar 1970 festgelegt (...) Die eigentlichen Schwierigkeiten liegen, wie wir alle wissen, auf dem Gebiet der Agrarfinanzierung. Dieses schwierige Problem hat für die Bundesregierung eine grundsätzliche und praktische Seite.

Wir bejahen den Grundsatz der europäischen Solidarität, der auch im Zuge des Ausbaus und der Erweiterung unserer Gemeinschaft gelten muß. Art und Umfang der Finanzierung wird durch die Gestaltung der Agrarpolitik bestimmt, und deren Funktionieren ist aus zwei Gründen unbefriedigend:

Erstens erzeugt die Gemeinschaft steigende Überschüsse. Ihre Finanzierung bindet immer mehr Finanzmittel, die an anderer Stelle gebraucht werden. (...) Deshalb müssen wir aus wirtschaftlichen und finanziellen, aber auch politischen Gründen energische Anstrengungen machen, des Überschußproblems Herr zu werden. (...)

Belastet ist das Funktionieren der Agrarpolitik zweitens dadurch, daß jedes unserer Länder im landwirtschaftlichen Bereich vor ungelösten Strukturproblemen steht: Ihre Lösung ist dringlich, wenn wir zu ausgewogenen Strukturen unserer Gesamtwirtschaft kommen wollen. Sie wiederum sind Voraussetzung für die erforderliche wirtschaftliche Harmonisierung auf Gemeinschaftsebene. (...)

IX.

Diesen Darlegungen zur Haltung meiner Regierung möchte ich nur noch hinzufügen, daß wir zwischen einem mutigen Schritt nach vorn und einer gefährlichen Krise zu wählen haben.

Ich sage hier nichts anderes als bei mir zu Hause: Die Völker Europas warten und drängen darauf, daß die Staatsmänner der Logik der Geschichte den Willen zum Erfolg an die Seite stellen. Europa braucht unseren Erfolg. (...)

Weltpolitisch sollte unsere sich festigende und erweiternde Gemeinschaft ein doppeltes Ziel verfolgen: Durch Vereinigung seiner Ressourcen soll sie Europa instand setzen, sich wirtschaftlich, wissenschaftlich und technisch neben den Supermächten zu behaupten und dadurch seine Identität zu bewahren. Zugleich soll sie Europa befähigen, kraftvoll an der großen Aufgabe mitzuwirken, die den Industrieländern immer dringlicher gestellt wird: der Entwicklungspolitik.

Wir können unseren Idealen - dem Frieden und der Menschlichkeit - keinen besseren Dienst leisten."

[Erklärung vom 01.12.1969; zit. n.: Bundeskanzler Brandt. Reden und Interviews (I), hrsg. v. Presse- und Informationsdienst der Bundesregierung, Melsungen 1971, S. 63-69, Auszüge]

Brandt, Willy: vgl. Dok. 19

...um ein engeres Zusammenwachsen zwischen Ost und West zu bemühen" - Willy Brandt vor dem Mahmal im ehemaligen Warschauer Getto am 7.12.1970.

ORIENTIERUNGSRAHMEN '85

1975

DOKUMENT 34

Weltpolitik und Weltwirtschaftspolitik, Europa

(...)

Von diesem Ausgangspunkt her müssen wir für die Lösung national nicht mehr zu bewältigender Fragen systematischer und intensiver als bisher Instrumente der internationalen Kooperation und Koordination entwickeln.

Vor allem aber müssen wir den Prozeß der politischen Einigung Europas mit Nachdruck und Ausdauer weiterführen. Die Notwendigkeit europäischer Lösungen besteht auch hinsichtlich der gerechteren Gestaltung der inneren Gesellschaftsordnung im Sinne des demokratischen Sozialismus.

Unsere Politik der Reformen muß daher auch auf Europa ausgerichtet sein. Dies setzt zugleich voraus, daß die Kräfte des demokratischen Sozialismus in Europa und ihre Verbündeten endlich eine gemeinsame Politik für Europa entwickeln.

Die deutsche Sozialdemokratie hat dabei eine besondere Verpflichtung.(...)"

HELMUT SCHMIDT: REGIERUNGSERKLÄRUNG ZUR ERRICHTUNG DES EUROPÄISCHEN WÄHRUNGSSYSTEMS (EWS)

1978

DOKUMENT 35

(...) Im Sommer hatten wir auf einer Sitzung des Europäischen Rates in Bremen die Grundzüge für ein System erörtert, das zu einer Zone der Währungsstabilität in Europa führen soll. Nach vielfältigen Arbeiten der letzten Wochen und Monate haben alle neun Mitgliedstaaten gestern in Brüssel gemeinsam beschlossen, dieses System zum 1. Januar 1979 einzuführen. Die Texte sind heute nacht veröffentlicht worden und werden alsbald auch dem Bundestag zur Verfügung stehen.

Dieses Europäische Währungssystem hat, wie ich schon sagte, das Ziel, ein höheres Maß an Währungsstabilität herbeizuführen, und dies sowohl zwischen den einzelnen Währungen als auch für jede einzelne Währung nach innen. Man kann sagen, es sei ein grundle-

gendes Element in einem umfassenderen Konzept, das auf nachhaltiges Wachstum in Preisstabilität, auf eine schrittweise Rückkehr zur Vollbeschäftigung und auf Verringerung regionaler Disparitäten gerichtet ist.

Dieses gemeinsame Währungssystem wird die wirtschaftspolitische Konvergenz innerhalb der Gemeinschaft erleichtern und den Prozeß der Europäischen Union Impulse geben. Wir erwarten aber auch, daß dieses System eine stabilisierende Wirkung ausüben wird auf die internationalen, über die Grenzen der Gemeinschaft hinaus gerichteten Wirtschafts- und Währungsbeziehungen. (...)

*Schmidt, Helmut
(* 1918)
1955-(1962-65) 1987 MdB,
1961-65 Innensenator von
Hamburg, 1966-69 Vorsitzender
der SPD-Bundestagsfraktion,
1969-74 Bundesminister,
1974-82 Bundeskanzler,
1968-83 stellvertretender Vorsit-
zender der SPD*

Zur Bewertung will ich darauf hinweisen, daß sich, als vor 21 Jahren die Römischen Verträge geschlossen wurden, natürlich niemand der damals beteiligten verhandlungsführenden Personen noch eines der ratifizierenden Parlamente vorgestellt hat, daß sich die Währungen der sechs Staaten, die sich damals zu einem gemeinsamen Markt zusammengeschlossen hatten, von Tag zu Tag würden gegeneinander verschieben können, sondern man ist bei Begründung des gemeinsamen Marktes von der selbstverständlichen Voraussetzung fester Wechselkurse innerhalb des Marktes ausgegangen -(...).

Das unvorhergesehene und bei der Konstruktion des gemeinsamen Marktes nicht berücksichtigte Auseinanderfallen der Währungen hat eine Reihe von Gefährdungen ausgelöst. Wir haben mit dem - mit dem für den Nichthistoriker kaum noch verständlichen Wort »Schlange« bezeichneten - Währungsverbund versucht, dem entgegenzutreten. Das ist innerhalb einer kleineren Zahl von Gemeinschaftsländern auch möglich gewesen. Diejenigen, die an diesem Währungsverbund, »Schlange« genannt, nicht teilgenommen haben, sind dabei nicht nur glücklich gefahren.

Man kann die negativen Erfahrungen mit dem Auseinanderdriften der europäischen Währungen am besten belegen, wenn man sich die Statistik anschaut und sieht, wie seit den Währungsunruhen, die seit 1973/74 besonders kräftig geworden sind, der innergemeinschaftliche Wirtschaftsaustausch gegenüber dem außenwirtschaftlichen Austausch außerhalb der Gemeinschaft relativ zurückgeblieben ist. (...) Dadurch drückt sich eine quantitativ ins Gewicht fallende Desintegration auf Grund der Währungsverschiedenheiten aus. (...)"

[Regierungserklärung im Deutschen Bundestag am 6. Dezember 1978; Verhandlungen des Deutschen Bundestages, 8. Wahlperiode, Stenographische Berichte, Bd. 108, Bonn 1978/79, S. 9485-9489, Auszüge]

PROGRAMM FÜR DIE DIREKTWAHL DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS



DOKUMENT 36

Mehr Rechte für das Europäische Parlament

Der Einigungsprozeß und die Demokratisierung haben sich langsamer vollzogen, als bei der Gründung der Gemeinschaft erwartet wurde.

Die SPD erstrebt den Ausbau des europäischen Einigungswerkes und die Demokratisierung seiner Institutionen, auch wenn die weitere Fortentwicklung der Europäischen Gemeinschaft nur unter Achtung der eigenständigen Positionen der Länder und Parteien möglich ist.

Ein stärkeres Europäisches Parlament ist die Voraussetzung für ein demokratisches Europa. Als erster Schritt zur Demokratisierung ist die Direktwahl des Europäischen Parlaments unabdingbar.

Mit dieser Direktwahl verbinden wir Sozialdemokraten die Forderung nach mehr Rechten für das Europäische Parlament:

Das Parlament muß insbesondere das Recht erhalten, die Ausführung aller Gemeinschaftsrechtsakte und die Politik der EG-Kommission zu kontrollieren. Ihm muß über das bestehende Recht, den Haushalt als ganzen abzulehnen, ein Abänderungsrecht für alle Einzelpositionen des Haushalts zuerkannt werden.

Das Parlament muß das Recht der Gesetzesinitiative und der Gesetzgebung erhalten; es muß die Mitglieder der Kommission auf Vorschlag des Rates einsetzen und ihnen das Mißtrauen aussprechen können.

Alle Vertragserweiterungen bedürfen der Zustimmung des Parlaments.

Wir Sozialdemokraten fordern, daß die Stellung des Parlaments gegenüber dem Rat gestärkt wird. Gleichzeitig soll der Rat zum vertraglich vorgesehenen Prinzip der Mehrheitsentscheidungen zurückkehren. Einzelheiten der Rechtssetzung, die nicht Grundsatzfragen darstellen, sollen an die Kommission zur Entscheidung delegiert werden.

Der Europäische Rechnungshof muß das Parlament bei der Kontrolle der Ausführung des EG-Haushalts unterstützen und hierüber berichten. Ihm obliegt die Prüfung der Haushaltsführung nach den Gesichtspunkten von Richtigkeit, Zweckmäßigkeit und Wirtschaftlichkeit.

Der Schutz der Bürger in der Gemeinschaft

Freizügigkeit und Niederlassungsfreiheit innerhalb der Europäischen Gemeinschaft erfordern die Schaffung eines Europäischen Rechtsraums. Der Gemeinschaftsbürger muß erwarten können, in den Fragen, die sein tägliches Leben berühren, überall gleiche oder doch wenigstens annähernd gleiche Rechte vorzufinden.

Dies gilt insbesondere für das Arbeits- und Sozialrecht. Europäische Regelungen zur Bekämpfung des Verbrechens, insbesondere des Terrorismus, sind ein wichtiger Schritt. Sie reichen jedoch nicht aus, um den Europäischen Rechtsraum auszufüllen, der den Bürgern der Gemeinschaft auf allen Gebieten mehr Rechtsgleichheit und Rechtssicherheit geben soll.

Besonders wichtig ist der Ausbau der Rechte des Verbrauchers. Hierzu gehört die Schaffung von Rechtsberatungsstellen, die Vereinfachung der Verfahren, die Zulassung von Kollektivklagen. Ein Hauptanliegen des Verbraucherschutzes ist der Ausbau der Produzentenhaftung. Sie muß eine vom Verschulden unabhängige Haftung für Personen- und Sachschäden einführen. Haftungsbegrenzungen sollen ausgeschlossen werden.

Datenschutz kann national nicht mehr garantiert werden. Deshalb fordern wir ein europäisches Datenschutzrecht, das den Gemeinschaftsbürger vor Datenmißbrauch schützt.

Der Wirtschafts- und Sozialausschuß wird so weiterentwickelt, daß er wirtschafts- und strukturpolitische Aufgaben übernehmen kann. Er muß sich paritätisch aus Vertretern der Arbeitnehmer und Arbeitgeber zusammensetzen.

Der Europäische Gerichtshof hat über die Einhaltung und Entwicklung des europäischen Rechts in seiner Gesamtheit zu wachen. Er trägt wesentlich zur Rechtsvereinheitlichung auf der Grundlage bestehenden Gemeinschaftsrechts bei.

Auf dem Weg zur europäischen Föderation eine stärkere Beteiligung der Bürger

Seit Gründung der Europäischen Gemeinschaften verwalten große Bürokratien den wirtschaftlichen Einigungsprozeß. Europäische Entscheidungen können vom Bürger nicht durchschaut werden und sind für ihn meist unverständlich.

Unter einem Europa der Bürger verstehen wir Sozialdemokraten eine Mitwirkung der Gemeinschaftsbürger, die über den Wahlakt zum Europäischen Parlament hinausgeht.

Wir setzen uns für eine europäische Föderation mit demokratischer Verfassung ein. Sie ist der geeignete politische Rahmen für die Selbstbestimmung der europäischen Völker und ihrer Bürger."

[beschlossen auf dem Europa-Parteitag in Köln am 10.12.1978; zit. n.: Lipgens, Walther (Hrsg.): 45 Jahre Ringen um die Europäische Verfassung. Dokumente 1939-1984. Von den Schriften der Widerstandsbewegung bis zum Vertragsentwurf des Europäischen Parlaments, Bonn 1986, Dok. 131, S. 647ff.]

**HANS-JOCHEN VOGEL
ZUR EINHEITLICHEN EUROPÄISCHEN AKTE**



DOKUMENT 37

~(...) Es gibt zahlreiche Felder, auf denen unsere politischen Positionen einander deutlich gegenüberstehen. Die Europapolitik ist eines der Felder, auf denen wir wenigstens in der Zielsetzung übereinstimmen, darin nämlich, daß der Prozeß der europäischen Einigung so lange voranschreiten muß, bis wir die Europäische Union tatsächlich verwirklicht haben. Trotz aller Fortschritte, die die Europäische Gemeinschaft seit Inkrafttreten der Römischen Verträge gemacht hat, sind wir von diesem Ziel noch immer weit entfernt. Gewiß, die Gemeinschaft umfaßt heute zwölf Länder mit 320 Millionen Einwohnern; ihr Bruttosozialprodukt ist höher als das der Vereinigten Staaten von Amerika und bei weitem höher als das der Sowjetunion. Wäre die Gemeinschaft bereits eine wirkliche Union, stünde sie in der Staatengemeinschaft der Welt nach der Einwohnerzahl hinter China und Indien an der dritten Stelle der Welt Rangliste und nach ihrer Wirtschaftskraft sogar an der ersten Stelle. Ihr politisches Gewicht bleibt heute indes deutlich hinter dem zurück, was diese Zahlen als möglich erscheinen lassen. Nach wie vor sind wir von den Schwankungen des Dollarkurses abhängiger, als wir sein müßten, wenn wir schon eine einheitliche europäische Währung hätten.

Nach wie vor bleibt unser Einfluß auf die weltpolitische Entwicklung spürbar hinter dem zurück, den wir nehmen könnten, wenn wir wirklich mit einer Zunge sprächen. Nach wie vor verhandeln die Supermächte in Genf vor allem über unser Schicksal, ohne daß Europa mit am Tisch als Partner dieser Gespräche säße.

Wir haben auch die Möglichkeiten noch nicht ausgeschöpft, die sich schon jetzt in der Gemeinschaft bieten. Der einheitliche Binnenmarkt besteht nur auf Teilgebieten. Die Mittel der Gemeinschaft werden im Übermaß, zu über 75%, für eine Agrarpolitik beansprucht, deren Ergebnisse von Jahr zu Jahr unsinniger erscheinen. Gemeinschaftliche Anstrengungen zur Überwindung der Massenarbeitslosigkeit in Europa kommen schon wegen der übermäßigen Konzentration der finanziellen Ressourcen auf die Agrarpolitik über bescheidene Anfänge nicht hinaus. (...)

Ähnliches, meine sehr verehrten Damen und Herren, gilt für die gemeinschaftlichen Anstrengungen auf dem Gebiet der Sozialpolitik, der Regionalpolitik, der Technologiepolitik und des Umwelt-

*Vogel, Hans-Jochen
(*1926)*

*1960-72 OB von München,
1972- (1981-83) 1994 MdB,
1972-81 Bundesminister,
1981 Regierender Bürgermeister
von Berlin,
1983-91 Parteivorsitzender,
1987-91 Fraktionsvorsitzender*

schutzes. Auch eine effiziente gemeinschaftliche Sicherheitspolitik existiert noch nicht in ausreichendem Maße, wenn auch erfreulicherweise in der Diskussion gewisse Fortschritte zu erkennen sind. Vor allem entbehrt das Europäische Parlament nach wie vor der Mitwirkungs- und Entscheidungsrechte, die für nationale Parlamente ganz selbstverständlich sind. Dieses Europäische Parlament ähnelt - dies ist kein Wort der Kritik an den Mitgliedern des Parlaments - insoweit eher den konsultativen Körperschaften des Vormärz im letzten Jahrhundert als einer Volksvertretung modernen Zuschnitts. Die Völker der Gemeinschaft sind sich dieser Defizite durchaus bewußt. Die Europamüdigkeit, von der häufig die Rede ist und von der auch die Besetzung des Hauses und - entschuldigen Sie, Herr Staatsminister - der Regierungsbank Zeugnis ablegt hat, [!] hier eine wichtige Ursache. (...)

Die üppig wuchernde europäische Bürokratie vermag diese Defizite nicht auszugleichen. Diese Bürokratie führt eher zu jenen sklerotischen Zuständen, zu jener »Euro-Sklerose«, die jede Dynamik lähmt, ja mitunter geradezu erstickt. (...)

Das Europäische Parlament hat diese Gefahren erkannt. Der vom Parlament vorgelegte Entwurf eines Vertrages zur Schaffung einer Europäischen Union, der sogenannte Spinelli-Entwurf, ist ein kühner Versuch, die Verkrustungen zu durchbrechen. Wir sind bereit, an seiner Verwirklichung mitzuarbeiten. Deshalb haben wir Sozialdemokraten - wenn ich richtig sehe, als erste Fraktion in diesem Hause - eine positive Stellungnahme zu diesem Entwurf abgegeben. (...)

Was er [Bundeskanzler Helmut Kohl] uns jetzt unter dem anspruchsvollen Titel Einheitliche Europäische Akte zur Ratifizierung vorlegt, bleibt weit hinter diesen Ankündigungen zurück. Es bewegt sich an der untersten Grenze des Akzeptablen.

Das sind die Hauptmängel des Vertragswerkes: Erstens. Die vorgesehene Frist für die Schaffung des Binnenmarktes ohne Grenzen bis 1992 hat nur deklaratorische Bedeutung. Ihre Überschreitung bleibt rechtlich folgenlos. Für besonders wichtige Gebiete, nämlich den Abbau der Wettbewerbsverzerrungen und für die Steuerharmonisierung, gilt auch weiterhin das Einstimmigkeitsprinzip.

Zweitens. Die Währungsunion wird zwar als Ziel genannt. Die bestehenden nationalen Zuständigkeiten werden aber nicht angetastet und angepaßt, sondern ausdrücklich respektiert. Also auch die Zuständigkeit der Deutschen Bundesbank, die bekanntlich der Währungsunion von allen in Betracht kommenden Stellen am stärksten widerspricht. Also wird auch hier alles beim alten bleiben.

Drittens. Auf dem Gebiet der Forschung und der Technologie bleibt Eureka außerhalb der Europäischen Gemeinschaft. Im Bereich der Umweltpolitik wird das Einstimmigkeitsprinzip festgeschrieben. Außerdem wird die gemeinschaftliche Umweltpolitik ausdrücklich dahin eingeschränkt, daß sie sich nicht auf die einzelstaatliche Politik der Nutzung der Energieressourcen auswirken darf.

Vor allem aber ist die Funktion des Europäischen Parlaments kaum gestärkt worden. An rechtssetzenden Entscheidungen, also an dem, was bei uns die Gesetze oder zustimmungsbedürftige Verordnungen sind, ist das Europäische Parlament so wie bisher nur geringfügig oder gar nicht beteiligt. Die Europäisierung einer Aufgabe, also ihre Überführung aus dem nationalen Bereich auf die europäische Ebene, bedeutet also gleichzeitig eine Entdemokratisierung, eine Entparlamentarisierung. Denn was der Bundestag und die nationalen Parlamente an Zuständigkeiten verlieren, geht nicht auf das Europäische Parlament, sondern auf den Ministerrat, also auf die Exekutive, über. Jede Überleitung ist also gleichzeitig eine Art Ermächtigungsgesetz, nicht im schlimmen Sinne der 30er Jahre, sondern im Sinne der Einschränkung der Rechte der Volksvertretung. Das ist ein undemokratischer und unparlamentarischer Vorgang. (...)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, meine Fraktion hat die Vor- und Nachteile des Vertragswerks sorgfältig abgewogen. Wir sind dabei zu dem Ergebnis gelangt, daß ein Nein das europapolitische Gewicht der Bundesrepublik schwächen und den Einigungsprozeß mehr behindern als fördern würde. Wir verkennen auch die - allerdings, wie wir meinen, geringen - Fortschritte nicht, die sich aus dem Vertragswerk bei richtiger Handhabung ergeben können. Deshalb stimmt meine Fraktion dem Ratifizierungsgesetz zu. (...)

Wir wollen - so wiederhole ich - als Sozialdemokraten keinen Stillstand in Europa. Wir wollen den europäischen Fortschritt. Denn wir sagen, daß dieses Europa noch immer eine weltumspannende Aufgabe hat. Europa kann auf die weltpolitische Entwicklung ausgleichend und mäßigend einwirken. Europa kann helfen, Hunger und Elend in der Welt zu überwinden. Europa kann auch Konfrontation mildern und Zusammenarbeit voranbringen. Europa hat mit den Vereinigten Staaten von Amerika die Überzeugung gemeinsam, wie eine Gesellschaft demokratisch und rechtsstaatlich verfasst sein soll und wo die Grenze staatlicher Macht gegenüber dem Individuum und seinen Rechten verlaufen sollte. Aber dieses Europa teilt mit der Sowjetunion und den Völkern Osteuropas die Erfahrung, was es bedeutet, wenn das eigene Land vom Krieg überzogen und verwüstet wird. (...)

[Bundestagsrede anlässlich der zweiten Beratung des von der Bundesregierung eingebrachten Entwurfs eines Gesetzes zur Einheitlichen Europäischen Akte; Deutscher Bundestag, 10. Wahlperiode. Stenographische Berichte, 246. Sitzung, 5.19719-19721, Auszüge]

Um diese Aufgabe, die ich hier umreiße, zu erfüllen, muß Europa nicht zur Supermacht werden. Es muß nur sein wirtschaftliches Gewicht, seine geistigen Traditionen und seine geschichtlichen Erfahrungen einbringen, Erfahrungen, die es im Laufe von mehr als 2000 Jahren auch aus Fehlern und aus blutigen Tragödien gewonnen hat. Zur Erreichung dieser Einheit müssen wir, wenn dieses Ratifizierungsgesetz verabschiedet ist, unverzüglich einen neuen und drängenden Anlauf nehmen. Ich danke Ihnen."



BERLINER GRUNDSATZPROGRAMM

DOKUMENT 38

-Europäische Gemeinschaft und europäische Friedensordnung

Die Vereinigten Staaten von Europa, von den Sozialdemokraten im Heidelberger Programm 1925 gefordert, bleiben unser Ziel. Die demokratischen Staaten müssen ihre Kräfte bündeln, um sich selbst zu behaupten, aber auch, um auf eine gesamteuropäische Friedensordnung hinzuwirken.

Die Europäische Gemeinschaft ist ein Baustein einer regional gegliederten Weltgesellschaft. Sie ist eine Chance für den Frieden und die soziale Demokratie. Ganz Europa muß eine Zone des Friedens werden. Die Europäische Gemeinschaft soll durch eine gemeinsame Außenpolitik dem Frieden dienen, ihren Völkern in den internationalen Beziehungen mehr Gewicht verleihen und der Konfrontation der Weltmächte entgegenwirken. Die historische Perspektive der EG liegt nicht darin, eine eigene Vormachtrolle zu übernehmen. Statt in militärischer Stärke findet sie ihre Identität als weltweit gefragter Partner für Handel und Industrie, für Technik und Wissenschaft, für eine intakte Umwelt und eine dauerhafte Entwicklung der Dritten Welt. Sie muß auch bereit sein, alle Demokratien Europas als Mitglied aufzunehmen und vielfältige Formen enger Kooperation mit allen Ländern Osteuropas anzubieten, um damit die Spaltung Europas zu überwinden.

Die Europäische Gemeinschaft muß durch partnerschaftliche Politik gegenüber dem Süden ein Stück historischer Schuld der europäischen Kolonialmächte und gegenwärtiger Schuld an ungerechten Wirtschaftsbeziehungen abtragen. Sie muß daher Länder und Kräfte des Südens in ihrem Streben nach eigenständiger, selbstbestimmter Entwicklung unterstützen und auf eine gerechte Weltwirtschaftsordnung hinarbeiten.

Wir wollen die Europäische Gemeinschaft zu den Vereinigten Staaten von Europa weiterentwickeln, in denen die kulturelle Identität der Völker bewahrt, sprachlich-kulturelle Minderheiten respektiert und für alle Bürger gleiche Freiheiten und gleiche Entwicklungschancen gesichert werden.

Dies verlangt volle Rechte für das Europäische Parlament, eine handlungsfähige, parlamentarisch verantwortliche Regierung, klar umrissene Zuständigkeiten und europäische Wirtschaftsdemokratie. Wir wollen eine sozialstaatliche Ordnung in ganz Europa.

Unser Ziel ist eine gesamteuropäische Friedensordnung auf der Grundlage gemeinsamer Sicherheit, der Unverletzlichkeit der Grenzen und der Achtung der Integrität und Souveränität aller Staaten in Europa. Alle europäischen Staaten haben sich vertraglich zu verpflichten, die Prinzipien der Schlußakte von Helsinki zu verwirklichen.

Die rasch fortschreitende Demokratisierung und Humanisierung der Gesellschaften in Zentral-, Ost- und Südosteuropa ist eine Hoffnung für ganz Europa. Wir bieten unsere Hilfe bei der Erneuerung dieser Staaten an. In allen Staaten Europas müssen Menschenrechte, Rechtsstaatlichkeit und Sozialstaatlichkeit gewährleistet sein. Gesamteuropäische Zusammenarbeit soll helfen, den Nord-Süd-Gegensatz zu überwinden, das gemeinsame Überleben aller Völker durch umfassenden Schutz der Umwelt zu sichern, die individuellen und kollektiven Menschenrechte zu verwirklichen, die wirtschaftliche Zusammenarbeit bis zur gegenseitigen Abhängigkeit auszubauen, das gemeinsame Erbe Europas zu pflegen und kulturelle Kontakte zu fördern. Dazu brauchen wir auch gesamteuropäische Institutionen. (...) [S. 386f.]

Die Europäische Gemeinschaft als regionaler Zusammenschluß

Der Aufbau einer gerechten, demokratisch legitimierten Ordnung der Weltwirtschaft wird durch regionale Zusammenschlüsse gefördert. Wo Länder ihre Kräfte und Interessen bündeln und abstimmen, schaffen sie Bausteine für eine bessere Weltwirtschaftsordnung.

Die Europäische Gemeinschaft eröffnet Handlungsspielräume. Sie bietet die Chance der Selbstbehauptung und Beeinflussung des Weltmarktes. Sie muß zu einem einheitlichen Wirtschafts-, Währungs- und Sozialraum zusammenwachsen.

Die Europäische Gemeinschaft soll

- die Wirtschaftspolitik ihrer Mitglieder harmonisieren, europäischen Binnenmarkt verwirklichen und eine europäische Währung schaffen;

[beschlossen vom Programm-
parteitag in Berlin 1989,
zit. n.: Programmatrische Doku-
mente der Deutschen Sozialde-
mokratie,
hrsg. und eingel. v. Dieter
Dowe und Kurt Klotzbach,
3. überarb. und aktualisierte
Aufl., hrsg. v. Dieter Dowe,
Bonn 1990, Dok. 24, S. 371-
445, hier S. 386f. und 421f.]

- aktive Beschäftigungspolitik betreiben und regionale Ungleichgewichte abbauen;
- einen wirksamen Finanzausgleich zwischen reichen und armen Mitgliedsländern der Gemeinschaft leisten;
- der Sozialpolitik den gleichen Rang geben wie der Wirtschaftspolitik;
- beispielhafte soziale Errungenschaften einzelner Länder für die ganze Gemeinschaft nutzbar machen;
- die Mitbestimmung der Beschäftigten und ihrer Gewerkschaften durchsetzen;
- die europäische Wirtschaftsdemokratie verwirklichen, um ökonomischer Machtzusammenballung entgegenzuwirken;
- in Wissenschaft und Forschung die Kräfte aller Mitglieder zusammenfügen;
- eine wirksame Frauenförderung einleiten;
- ökologische Erneuerungen durch Steuern, Abgaben und strenge, verbindliche Normen zum Schutz der Umwelt fördern;
- durch Reform ihrer Agrarpolitik die natürlichen Lebensgrundlagen schützen, Verbraucherinteressen und die bäuerliche Landwirtschaft sichern;
- durch die Förderung regionaler und nationaler Kultur eine europäische Identität der Vielfalt sichern. [S. 421f.] (...)"



DOKUMENT 39

LEIPZIGER GRUNDSATZPROGRAMM DER SPD IN DER DDR

-Für ein friedliches Zusammenleben in Deutschland, in Europa und in der ganzen Welt

Europa ist im Umbruch. In dieser Situation müssen die Völker unseres Kontinents eine politische, wirtschaftliche und soziale Ordnung aufbauen, die ihnen ein friedliches und gleichberechtigtes Zusammenleben, ja das Überleben angesichts wachsender regionaler und globaler Umweltprobleme ermöglicht.

Die Deutschen haben, wie alle Völker, ein Recht auf Selbstbestimmung. Wir Sozialdemokraten und Sozialdemokratinnen wollen, daß Deutschland in friedlicher und freiheitlicher Form neu vereinigt wird. Im Zusammenwirken mit unseren Nachbarn und den Alliierten soll ein föderativer deutscher Staat entstehen, der demo-

kratisch verfaßt und den europäischen antifaschistischen Traditionen verpflichtet ist. Der deutsche Einigungsprozeß soll in den Prozeß der europäischen Integration eingeordnet sein und die Spaltung unseres Kontinents überwinden helfen.

Die für Deutschland als ganzes und für Berlin bestehenden Vorbehaltsrechte der Vier Mächte müssen abgelöst werden durch einen Friedensvertrag, der zugleich Baustein einer europäischen Friedensordnung ist. Ein in den gegenwärtigen Grenzen neuvereintes Deutschland, das die 1950 festgelegte Westgrenze Polens garantiert, soll in der europäischen Völkerfamilie Ausgleich und Verständigung fördern. Uns verbindet mit den Völkern Osteuropas eine gemeinsame historische Erfahrung. Deshalb treten wir dafür ein, daß die aus dem Demokratisierungsprozeß erneuert hervorgegangenen osteuropäischen Staaten bei entsprechendem Wunsch baldmöglichst wie wir Mitglieder der Europäischen Gemeinschaft werden.

Mit der deutschen und der europäischen Einigung verbunden ist die Demilitarisierung und schließliche Auflösung der Blöcke. Durch radikale Abrüstung und militärische Umstrukturierung ist ein neues europäisches Sicherheitssystem zu schaffen, in dem die verbleibenden Streitkräfte nicht mehr angriffs-, sondern nur noch verteidigungsfähig sind. Die Prinzipien der Schlußakte von Helsinki, die KSZE und der Europarat liefern die Grundlage und den Rahmen für diesen Prozeß. Wir erstreben eine gesamteuropäische Friedensordnung auf der Basis gemeinsamer Sicherheit, der Unverletzlichkeit der Grenzen und der Achtung der Integrität und Souveränität aller Staaten in Europa. Diese Ordnung kann nur gemeinsam, in partnerschaftlichem Bemühen errichtet werden. In ihr wird das deutsche Volk einen gleichberechtigten Platz haben.

Ziel sozialdemokratischer Politik ist ein europäischer Staatenbund mit durchlässigen Grenzen, in dem Freiheit, Demokratie und soziale Gerechtigkeit verwirklicht sind.

Das geeinte Europa und darin das neuvereinigte Deutschland sollen noch mehr als bisher daran arbeiten, daß die politische, wirtschaftliche und soziale Kluft zwischen den reichen Industrienationen und der Zwei-Drittel-Welt geschlossen wird. Im Interesse einer überlebenschfähigen Weltzivilisation, also auch in ihrem eigenen Interesse, müssen sie auf eine gerechte Weltwirtschaftsordnung hinwirken, in der die Menschen und die Ressourcen des Südens nicht mehr vom Norden ausgebeutet werden und der Handelsaustausch auf der Ebene gleichberechtigter Beziehungen erfolgt.

Auf dem Weg zu dieser Ordnung wollen wir jetzt und künftig in Solidarität mit den entrechteten Völkern verbunden sein."

[beschlossen vom Parteitag der
SPD in der DDR in
Leipzig 25. Februar 1990, zit. n.:
Programmatische Dokumente
der Deutschen Sozialdemokratie,
hrsg. und eingel. v. Dieter
Dowe und Kurt Klotzbach,
3. überarb. und aktualisierte Aufl.,
hrsg. v. Dieter Dowe, Bonn
1990, Dok. 25,
S. 447 - 490, hier S. 489f.]



HEIDEMARIE WIECZOREK-ZEUL: ZUM VERTRAG VON MAASTRICHT

DOKUMENT 40

~(...) Am Beginn dieser Europadebatte steht unser Bekenntnis zu den Grundsätzen der Aufklärung, die für Europa Verpflichtung sind: der prinzipiellen Gleichheit und der Würde aller Menschen, gleich welcher Nationalität; steht unser Bekenntnis zu Freiheit, Gleichheit, Geschwisterlichkeit. (...)

Deshalb richten wir uns gerade am Tag der Ratifizierung des Maastrichter Vertrages an die Menschen anderer Nationalität in Deutschland und an unsere europäischen Nachbarn und sagen ihnen mit den Worten Willy Brandts: »Wir wollen ein Volk guter Nachbarn sein, im Innern und nach außen. «

Wir schämen uns der feigen Mörder und Gewalttäter. Sie zerstören mit ihren schrecklichen Taten die Substanz und die Grundlage menschlichen Zusammenlebens und das Ansehen unseres Landes. (...)

Ob die stärkere Einbindung der Deutschen in Europa auf diesem gewalttätigen, primitiven Nationalismus nach innen Einfluß haben wird, weiß ich nicht. Aber ich weiß: Sollte die europäische Integration zurückfallen oder gar scheitern und Deutschland sich selbst überlassen bleiben, würde der alte Ungeist wieder im großen Umfang gesellschafts- und politikfähig werden. Die europäische Integration ist auch ein Anker für die politische Stabilität Deutschlands.

Dies ist der Hauptgrund, warum viele in meiner Fraktion, die Maastricht durchaus kritisch sehen, dem Vertrag und den notwendigen Verfassungsänderungen zustimmen werden. Unsere Fraktion macht mit der Ratifizierung des Maastricht-Vertrages deutlich: Deutschland ist ein verlässlicher Partner. Wir wollen klar und deutlich machen: Europa hat zur deutschen Einheit ja gesagt; wir sagen ja zur europäischen Einigung. (...)

Wenn wir heute den Maastricht-Vertrag ratifizieren, signalisieren wir nicht nur, daß wir uns einbinden wollen, sondern wir signalisieren - an die Adresse unserer dänischen und ebenfalls an die unserer englischen Nachbarn - auch: Wir wollen kein Kleineuropa und kein Europa der zwei Geschwindigkeiten. Das Votum des Deutschen Bundestages heute sollte in Dänemark und in Großbritannien so verstanden werden, daß wir wollen, daß sie mit zur Europäischen Union gehören. Wir möchten sie ermutigen, den Schritt mit uns gemeinsam zu tun und »Maastricht« zu ratifizieren.

Maastricht ist - die Präambel macht es deutlich - ein Zwischenschritt auf dem Weg zu einem vereinten Europa. Wenn wir dem Ver-

Wieczorek-Zeul, Heidemarie
(*1942):
1965 Beitritt zur SPD, 1974-77
Bundesvorsitzende der Jusos,
1979-87 MdEP,
seit 1987 MdB und europapoliti-
sche Sprecherin der SPD,
seit 1993 stellv. Vorsitzende der
SPD)

trag heute zustimmen, dann stimmen wir beidem zu: dem Vertrag, wie er vor uns liegt, aber auch dem Ziel einer immer engeren Integration. Dies machen wir (...) durch die Einfügung eines Europaartikels in unsere Verfassung deutlich.

Es muß deutlich werden, liebe Kolleginnen und Kollegen, daß nur ein stärker miteinander verbundenes Europa die weltwirtschaftlichen Herausforderungen der nächsten Jahre bestehen und seine eigenen sozialen Traditionen und die Ziele einer ökologischen Marktwirtschaft bewahren und entwickeln kann. Der zunehmende Wettbewerb und der wachsende Austausch mit anderen Wirtschaftsregionen in Amerika und Asien bleiben für Europa nicht ohne Folgen, das gilt auch für unsere sozialen Traditionen. (...)

Die Diskussion über Maastricht hat gezeigt: Die Menschen haben Angst vor dem Verlust ihrer eigenen kulturellen und sozialen Identität. Sie haben Angst, daß sich die Politik ihnen immer mehr entzieht und daß ihnen die demokratische Kontrolle entgleitet.

Dabei wird Europa, wird der Binnenmarkt zu Unrecht für Probleme haftbar gemacht, die durch Weltmarktentwicklungen verursacht werden. Europa ist vielmehr notwendig, um Weltmarktentwicklungen gestalten zu können, damit dieser Prozeß nicht gegen Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen und gegen Bürger und Bürgerinnen läuft. (...)

Gemessen an diesen Zielen, liebe Kolleginnen und Kollegen, fehlt es dem Maastricht-Vertrag an der Verankerung des Ziels einer Sozialunion und einer Umweltunion. (...)

Wichtig ist, daß die Möglichkeiten, die der EG-Vertrag bereits vor Maastricht bot, voll ausgeschöpft werden und daß wir die Fortschritte im Kreis der elf Mitgliedstaaten auch in dieser Übergangsphase nutzen. Es geht um die Gestaltung der Sozialunion auf höchstem Niveau. Vorschläge für die Mitbestimmung der Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen dürfen nicht länger in den Schubladen liegen. Sie müssen politische Wirklichkeit in Europa werden.

Die Regierungskonferenz von Maastricht hat sich leider nicht dazu durchringen können, die Umweltunion mit der nötigen Klarheit in den Zielkatalog des Vertrages aufzunehmen. Gerade hier hätte eine Europäische Union große Chancen. Sie hätte den großen Markt und die Instrumente der Rechtsetzung dazu. Sie könnte - dafür engagieren wir uns - Innovationen schaffen, weltweit ein Beispiel setzen und in der Ökologie Vorbildliches für ihre Bürger und Bürgerinnen sowie für die Länder des Südens leisten. Dieses Ziel muß in der weiteren Umweltpolitik der EG und in einem revidierten Vertrag bei der nächsten Nachfolgekonzferenz dringend verankert werden.

Zu den zentralen Kritikpunkten am Maastricht-Vertrag zählt, daß die Balance zwischen Politischer Union und Europäischer Wirt-

schafts- und Währungsunion nicht ausreichend hergestellt, daß die Politische Union unzureichend entwickelt ist.

Vor allem aber, liebe Kolleginnen und Kollegen - da sind wir alle gefordert -, sind die europäischen Gesetzgebungsprozesse nicht ausreichend durchschaubar, sie geben dem Europäischen Parlament bisher noch nicht das letzte Wort in der Gesetzgebung. (...)

Für uns ist klar: wenn die Demokratisierung auf EG-Ebene nicht vorankommt, wenn das Europaparlament nicht volle Entscheidungsrechte in der Gesetzgebung erhält, dann ist eine weitere Übertragung von Hoheitsrechten der Bundesrepublik Deutschland auf die EG nicht mehr zu akzeptieren. (...)

Mit der heutigen Erklärung des Deutschen Bundestages zur Wirtschafts- und Währungsunion wird die Bundesregierung aufgefordert, diesen Parlamentsvorbehalt einer erneuten Entscheidung des Deutschen Bundestages zu respektieren und ihn den EG-Partnern sowie der EG-Kommission mitzuteilen. (...)

Wenn die Stabilitätskriterien 1996 und 1999 nicht stimmen, wird der Deutsche Bundestag keinem Übertritt in die dritte Stufe zustimmen. Daß heißt, die Wirtschafts- und Währungsunion in der dritten Stufe kommt nur, wenn die ökonomischen und die stabilitätspolitischen Kriterien stimmen. (...)"

[Bundestagsrede anlässlich der zweiten Beratung und Schlußabstimmung über den Entwurf des Ratifikationsgesetzes zum Vertrag vom 7. Februar 1992 über die Europäische Union; Deutscher Bundestag, Stenographische Berichte, 126. Sitzung, 02.12.1992, S. 10809-10817, Auszüge]



KLAUS HÄNSCH:
REDE ANLÄSSLICH DER KONSTITUIERENDEN SITZUNG DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS

DOKUMENT 4'

~Frau Präsidentin des Rates, Herr Präsident der Kommission, meine Damen und Herren, als das Europäische Parlament vor fünf Jahren zu seiner Konstituierung zusammentrat, war Europa in Ost und West gespalten. Heute besteht die Sowjetunion nicht mehr und die Ungarn und die Polen, die Tschechen und Slowaken und alle anderen Völker in der Mitte und im Osten unseres Kontinents sind in den Kreis der freien Völker Europas zu den Wurzeln ihrer Kultur und ihrer Geschichte zurückgekehrt.

Vor fünf Jahren stand die Mauer in Berlin noch fest und unerschütterlich, dieses steinerne Symbol der Spaltung einer Stadt, eines Volkes und ganz Europas. Heute nehmen erstmals frei und direkt gewählte Abgeordnete aus dem deutschen Osten mit allen Rechten und Pflichten ihren Platz in diesem Hause ein, und es ist mir eine besondere Freude, sie im Namen der Kolleginnen und Kollegen herzlich in unserer Mitte zu begrüßen.

Vor fünf Jahren war Österreich, Schweden und Finnland der Weg in unsere Gemeinschaft durch die Konfrontation zwischen Ost und West auf unserem Kontinent versperrt. Heute erwarten wir die Kolleginnen und Kollegen aus Österreich und - hoffentlich - auch die Kolleginnen und Kollegen aus Finnland, Schweden und Norwegen. (...) Gemeinsame mit ihnen wollen wir die parlamentarische Demokratie in der Europäischen Union stärken. (...) Gemeinsam wollen wir die Umwelt über die Grenzen hinweg besser schützen und die Grundlagen des Lebens in Europa bewahren. Gemeinsam wollen wir die Vision eines Europa verwirklichen, in dem alle Menschen Arbeit haben oder finden können. Gemeinsam können wir einen besseren Beitrag leisten zum Kampf gegen Hunger und Armut, Krieg und Verfolgung, Haß und Unrecht in Europa und überall auf der Welt. (...) In dem neuen Europa, das vor uns liegt und das wir gestalten müssen, wird nichts mehr genau so sein wie es in den vergangenen 40 Jahren gewesen ist. Das gilt auch für unsere Europäische Union.

Es genügt nicht, an dem Erbe Jean Monnets und Robert Schumans festzuhalten. Wenn wir es im neuen Europa bewahren wollen, müssen wir es verändern und weiterentwickeln. Der unvergessene Altiero Spinelli hat uns die Augen dafür geöffnet. Aber auch seine Vorschläge und Visionen müssen in das neue Europa hineinwachsen.

Die Regierungskonferenz 1996 gibt uns dafür die nächste und vielleicht letzte Gelegenheit. Sie muß der Union die Gestalt geben, die es ihr erlaubt, die Herausforderungen der nächsten Jahrzehnte anzunehmen. Unser Parlament muß dazu seine Vorstellungen mit vollem Recht und seinem ganzen Gewicht bereits in die Vorbereitungsarbeiten einbringen. Dabei geht es um drei Schwerpunkte:

1. Die Europäische Union braucht nicht mehr Befugnisse sondern mehr parlamentarische Demokratie. Sie braucht ein neues Gleichgewicht zwischen ihren Organen, das es ihr erlaubt, effektiver zu handeln und demokratischer zu entscheiden. In allen »normalen« Fällen, von der gesamten Gesetzgebung, über die gemeinsamen Aktionen in der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik bis zur Nominierung des Kommissionspräsidenten müssen Rat und Regierungen endlich mit Mehrheit entscheiden. Und das Parlament muß überall, wo der Rat mit Mehrheit entscheiden kann, gleichgewichtig und gleichberechtigt mitentscheiden können.
2. Die Reform muß die Union so vertiefen, daß sie auch mit 16 Mitgliedstaaten handlungsfähig bleibt. Nur eine vertiefte Union kann weitere Mitgliedstaaten aufnehmen ohne zu zerfallen und sich aufzulösen.

3. Die Reform kann nur gelingen, wenn auch die Parlamente frühzeitig in die Diskussion einbezogen werden. Deswegen werde ich zu gegebener Zeit die Initiative ergreifen und eine Konferenz der nationalen Parlamente mit dem Europäischen Parlament einberufen, um die für die Regierungskonferenz erarbeiteten Entwürfe zu diskutieren und den Arbeiten dort Orientierung zu geben.

Bei allem, was wir tun, geht es keineswegs darum, einen europäischen Superstaat zu schaffen. Die Union kann eine Union der Mitgliedstaaten bleiben und zugleich eine Union der Bürgerinnen und Bürger werden.

Auch künftig werden in ihrem Antlitz die Völker ihre jeweils eigenen, unverwechselbaren Züge wiedererkennen können. Es ist viele Male gesagt worden, und es bleibt richtig: Die Vielfalt der Völker, der Sprachen, der Kulturen, der Traditionen ist nicht die Schwäche Europas, sondern unsere Stärke - wenn es uns gelingt, unsere Kräfte zu bündeln, unsere Souveränitäten gemeinsam auszuüben und an die Stelle des alten Gegeneinander das neue Miteinander zu setzen. Institutionen sind wichtig. Ihre Reform ist es auch. Aber die Köpfe und die Herzen der Menschen gewinnen wir nicht mit Debatten über institutionelle Veränderungen. Wir gewinnen sie nur, wenn wir ihnen mit unserer Politik einen Teil ihrer Ängste und Sorgen nehmen, wenn wir das Werk der Einigung Europas mit ihren Träumen und Hoffnungen verbinden. (...)

Viele Mitbürgerinnen und Mitbürger sind den Wahlurnen [bei der Europawahl 1994] ferngeblieben. Die Europäische Union wird so oft gescholten und dieses Europäische Parlament wird so oft belächelt, manchmal verachtet und fast überall verkannt.

Und doch bleibt eines wahr. Was hätten unsere Väter, Großväter und Urgroßväter darum gegeben, wenn es zu ihrer Zeit ein Europäisches Parlament gegeben hätte, in dem frei gewählte Abgeordnete aus 12 europäischen Völkern zusammenkommen, um miteinander zu reden, zu streiten und wieder zu reden, statt die Jugend der Völker in die Schützengräben des ersten und zweiten Weltkriegs zu treiben?

Von hier, von diesem Parlament aus, von den Gewählten aus zwölf europäischen Völkern, kann - wenn wir es wollen - ausgehen die Vision von einem Europa der individuellen Freiheit und der gemeinschaftlichen Verantwortung, das der Welt ein Beispiel gibt des Friedens und der Gerechtigkeit."

*Hänsch, Klaus
(*1938)
Seit 1979 MdEP, 1994 Spitzenkandidat der SPD bei der Europawahl, 1994-97 Präsident des Europäischen Parlaments*

[Rede gehalten anlässlich der konstituierenden Sitzung des Europäischen Parlaments am 20. Juni 1994, 1. Sitzung, Amtsblatt 4-449, S.14]



~I. Die Chance für eine neue Europapolitik

In Europa erkennen immer mehr Menschen, daß der soziale Rechtsstaat europäischer Prägung - der in vielen Generationen von der Arbeiterbewegung erkämpft worden ist und dessen soziale Sicherungsfunktion die wirtschaftliche Entfaltung Europas in diesem Jahrhundert überhaupt erst möglich gemacht hat - der erfolgreiche Weg ist, um Vorteile der Marktsteuerung zu nutzen und gleichzeitig soziale Sicherheit für alle zu gewährleisten. Auf dieser Erkenntnis gründet der Erfolg der sozialdemokratischen Parteien in Europa.

Die Sozialdemokratie ist heute die bestimmende politische Kraft in Europa. Seit den Mai-Wahlen in Großbritannien und in Frankreich sind die Sozialdemokraten und Sozialisten in Europa erstmals seit dem Abschluß der Römischen Verträge die bestimmende politische Kraft in der Mehrzahl der EU-Mitgliedstaaten.

II. Europa im Interesse der Menschen gestalten

Arbeitslosigkeit untergräbt die Grundlagen unserer demokratischen Gesellschaften in Europa. Auch das Projekt der Europäischen Union kann sich auf Dauer nicht legitimieren, wenn es ihr nicht gelingt, einen erkennbaren Beitrag zur Massenarbeitslosigkeit zu leisten.(...)

Der Erhalt einer an dem Leitziel des sozialen Rechtsstaats europäischer Prägung orientierten Gesellschaft ist eine Notwendigkeit. Die Menschen werden nämlich nur dann auf Dauer bereit sein, die unter den Bedingungen der Globalisierung nötigen Veränderungen zu akzeptieren, wenn sie sich auf die Gewährleistung sozialer Sicherheit verlassen können. Die soziale Marktwirtschaft bedarf heute eines neuen und größeren Ordnungsrahmens, der sich an den Grundsätzen der Gerechtigkeit und des sozialen Ausgleichs orientiert. Soziale und gesellschaftliche Stabilität wird daher künftig in zunehmendem Masse über die europäische Ebene zu erreichen sein.(...)

Eine wirkungsvolle und die Menschen überzeugende Umweltpolitik muß grenzübergreifend organisiert werden. Hohe Umweltstandards in Europa sind kein Wettbewerbsnachteil. Sie sichern im Gegenteil die Zukunft Europas im weltweiten Wettbewerb.(...)

Um eine Klimakatastrophe zu verhindern, darf der Ausstoß von CO₂ und anderen Klimagasen im 21. Jahrhundert nicht weiter steigen, sondern muß kontinuierlich reduziert werden. Eine Neuorientierung der Energiepolitik ist daher unumgänglich.

Das Europäische Parlament muß aus unserer Sicht alle Rechte erhalten, die einer von der europäischen Bevölkerung gewählten parlamentarischen Vertretung zukommen. Mit dem Vertrag von Amsterdam sind die Rechte des Europäischen Parlaments deutlich erweitert worden.(...)

Die EU sollte den Städten und Gemeinden und den Ländern und Regionen die Aufgaben überlassen, die diese besser wahrnehmen können. Diese Perspektive ist im Subsidiaritäts-Protokoll, das im Rahmen des Vertrages von Amsterdam vereinbart wurde, verankert. Auf viele Fragen können die Mitgliedstaaten und Regionen aber allein keine wirkungsvolle Antwort mehr geben. Vielen Anliegen der Bürgerinnen und Bürger kann nur noch durch ein europäisches Vorgehen entsprochen werden.(...)

III. Der Vertrag von Amsterdam: Schritte in die richtige Richtung - aber nicht weit genug

Im Vertrag von Amsterdam wurden, wie dargestellt, zahlreiche positive Veränderungen gegenüber dem Vertrag von Maastricht verankert. Die Europäische Union hat stärkere Kompetenzen für Beschäftigung, das Sozialabkommen ist integriert, das Profil der Europäischen Union konnte im Umweltschutz, beim Gesundheits- und Verbraucherschutz und bei der Geschlechtergleichstellung geschärft werden. Das Europäische Parlament ist der Gewinner der Vertragsrevision. Das weiterhin bestehende Demokratiedefizit der Europäischen Union konnte damit gemindert werden.

Diese Gesamtbewertung führt dazu, daß die Sozialdemokratie den Vertrag von Amsterdam im Deutschen Bundestag und im Bundesrat ratifizieren wird. Diese Ratifizierung bedarf einer Zweidrittelmehrheit.(...)

IV Wir wollen die Wirtschafts- und Währungsunion. Die Wirtschafts- und Währungsunion gestalten - unsere aktuelle politische Herausforderung

Die Wirtschafts- und Währungsunion ist eine Antwort auf die Herausforderung der globalisierten Finanzmärkte. Sie läßt in Europa schon durch die Größe des Wirtschaftsraumes einen relevanten Machtfaktor auf den globalisierten Finanzmärkten entstehen. Damit ist die EWWU eine Chance für ausgewogenere Weltwährungsbeziehungen, indem die Abhängigkeit der Teilnehmerländer von den real- und geldwirtschaftlichen Entwicklungen der anderen Welthandelsregionen sinkt. Die Europäische Wirtschafts- und Währungsunion ist daher ein Instrument für ein neues Gleichgewicht gegenüber der US-amerikanischen Konjunktur- und Finanzpolitik sowie gegenüber Japan und der südostasiatischen Wachstumsregion und trägt so zu einer größeren Selbstbehauptung Europas bei.(...)

V. Europa als Partner des Südens. Koordination und Kohärenz europäischer Entwicklungszusammenarbeit

Die Entwicklungspolitik der Europäischen Union hat sich zum Ziel gesetzt, die nachhaltige wirtschaftliche und soziale Entwicklung der Entwicklungsländer und ihre harmonische und schrittweise Eingliederung in die Weltwirtschaft zu fördern sowie die Armut in den Entwicklungsländern zu bekämpfen.

VI. Die kommenden Herausforderungen: Die Erweiterung der EU und die notwendigen Reformen

Die Erweiterung der EU

Mit dem Ende des Kalten Krieges und der demokratischen Transformation in den Ländern Mittel- und Osteuropas ergibt sich am Ende dieses Jahrhunderts die Chance, die unnatürliche Spaltung Europas zu überwinden und eine tragfähige Grundlage für einen dauerhaften Frieden in Europa zu schaffen. Die EU bietet ihren Mitgliedstaaten die Gewähr für den Ausbau von Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und wirtschaftlichen Wohlstand. Auch aus diesen Gründen ist die Erweiterung der EU politisch gewollt. Sie ist zudem langfristig ökonomisch, sozialpolitisch und ökologisch vernünftig und liegt im deutschen, aber auch im europäischen Interesse.

Die Finanzierung der EU

Neben den notwendigen Veränderungen der vertraglichen Grundlage der EU ist aus sozialdemokratischer Sicht die Neuordnung der EU-Finanzierung dringend erforderlich, um die Zukunft Europas gestalten zu können. Die Neuordnung der EU-Finanzierung muß dabei die kommenden Anforderungen, nämlich die Verwirklichung des Amsterdam-Vertrages, die konsequente Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik und die Erweiterung der EU um zunächst fünf Staaten Mittel- und Osteuropas sowie Zypern, berücksichtigen.

Die Reform der Agrarpolitik

Die Agrarausgaben, die weiterhin nahezu die Hälfte des EU-Haushalts ausmachen, müssen durch die notwendige Reform deutlich gesenkt werden. Die Reduzierung der Agrarkosten im EU-Haushalt ist auch die wichtigste Voraussetzung für die Entlastung Deutschlands bei seinen Nettozahlungen und macht auch den Beitragsrabbatt für Großbritannien überflüssig.

Wir wollen, daß den Landwirten durch Direktzahlungen Einkommensverluste ausgeglichen werden.

Die Reform der EU-Strukturpolitik

Die Strukturfonds haben sich zum wichtigen Solidarinstrument der EU entwickelt. Mit ihrer Hilfe werden Maßnahmen zur Wirtschaftsentwicklung rückständiger Regionen und zur Bewältigung regionaler Strukturkrisen europäisch gefördert. Diese umfangreichen Mittel müssen in Zukunft noch gezielter und wirksamer eingesetzt werden.

Perspektiven der Agenda 2000

Die Agenda 2000 ist der Vorschlag der Europäischen Kommission. Er legt Mindestbedingungen der Reformen dar, die notwendig sind, damit die Erweiterung der Europäischen Union gelingen kann. Diese Erweiterung der EU, die wir befürworten, darf nicht durch die Unfähigkeit zu Reformen in den EU-Mitgliedstaaten vertan werden. Die europäische Sozialdemokratie steht dafür, daß die große Aufgabe der Osterweiterung sinnvoll vorbereitet und vollendet werden kann.

NACHBEMERKUNG DER HERAUSGEBER

In der öffentlichen Diskussion über die Einstellung der SPD zur europäischen Integration hat sich das Heidelberger Programm von 1925 mit seiner Forderung nach "Bildung der Vereinigten Staaten von Europa" zu einem Kristallisationspunkt europapolitischer Identität der Partei entwickelt. Kaum eine Talk-Show oder eine Debatte zu europäischen Fragestellungen vergeht, in der nicht auf dieses Datum verwiesen wird. Natürlich stellt der Heidelberger Parteitag die offizielle Geburtsstunde der sozialdemokratischen Europapolitik in Deutschland dar, doch der inflationäre Rückgriff auf dieses Ereignis verstellt zunehmend den Blick auf die Entwicklung und Vielgestaltigkeit sozialdemokratischer Europakonzeptionen vor und nach 1925.

Gerade bisher weniger beachtete Aspekte wollen die Herausgeber durch ihre Zusammenstellung von Dokumenten und Redebeiträgen aus 130 Jahren Parteigeschichte in

den Vordergrund rücken und verbinden damit die Hoffnung, die aktuelle europapolitische Diskussion zu bereichern.

Natürlich erhebt die vorliegende Quellensammlung nicht den Anspruch, einen umfassenden Überblick über die Einstellung der SPD zur Frage der europäischen Integration zu bieten. Dies wäre bei der Länge des behandelten Zeitraums und der Fülle des Materials auch nicht zu leisten gewesen. In diesem Zusammenhang kann nur auf umfassendere Dokumentensammlungen für einzelne Zeitabschnitte verwiesen werden.

Bei der Wiedergabe der Dokumente sind Hervorhebungen im Original *grundsätzlich kursiv dargestellt*; bei Redebeiträgen sind Zwischenrufe u.ä. gestrichen; Auslassungen von Textpassagen sind entsprechend gekennzeichnet. Zentrale Aussagen sind für den eiligen Leser **in roter Schrift** hervorgehoben.

ABKÜRZUNGSVERZEICHNIS

ADAV	Allgemeiner Deutscher Arbeiterverein	MdR	Mitglied des Reichtags
EG	Europäische Gemeinschaft	MSEUE	Movement socialiste euro- péen pour l'unification de l'Europe
EGKS	Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl	MSPD	Mehrheits-Sozialdemokra- tische Partei Deutschlands
EU	Europäische Union	SAI	Sozialistische Arbeiterinter- nationale
EURATOM	Europäische Atomgemein- schaft	SAP	Sozialistische Arbeiterpartei
EVG	Europäische Verteidigungs- gemeinschaft	SI	Sozialistische Internationale
EWG	Europäische Wirtschaftsge- meinschaft	SOPADE	Sozialdemokratische Partei Deutschlands (im Exil)
EWS	Europäisches Währungs- system	USPD	Unabhängige Sozialdemo- kratische Partei Deutsch- lands
IAA	Internationale Arbeiterasso- ziation	WWU	Wirtschafts- und Währungs- union
ISK	Internationaler Soziali- stischer Kampfbund		

LITERATURVERZEICHNIS

Bellers, Jürgen/Winking, Mechthild

Europapolitik der Parteien, Konservatismus, Liberalismus und Sozialdemokratie im Ringen um die Zukunft Europas
Frankfurt/Main u.a. 1991

Bosman, Jac (Hrsg.)

Europagedanke, Europabewegung und Europapolitik in den Niederlanden und Deutschland seit dem Ersten Weltkrieg
Münster/Hamburg 1996

Dowe, Dieter/Klotzbach, Kurt (Hrsg.)

Programmatische Dokumente in der Deutschen Sozialdemokratie
3. überarbeitete und aktualisierte Auflage
Bonn 1990

Griffith, R. T. (Ed.)

Socialist Parties and the Question of Europe in the 1950's
Leiden/Köln/New York 1993

Hrbek, Rudolf

Die SPD - Deutschland und Europa. Die Haltung der Sozialdemokratie zum Verhältnis von Deutschland-Politik und West-Integration (1945-1957)
Bonn 1972

Koebner, Thomas u.a. (Hrsg.)

Deutschland nach Hitler. Zukunftspläne im Exil und aus der Besatzungszeit 1939-1949,
Opladen, 1987

Lipgens, Walter (Hrsg.)

45 Jahre Ringen um die Europäische Verfassung; Dokumente 1939-1984. Von den Schriften der Widerstandsbewegung bis zum Vertragsentwurf des Europäischen Parlaments
Bonn 1996

Lipgens, Walter/Loth, Wilfried (Hrsg.):

Documents on the History of European Integration, Bd. 1-4
Berlin/New York 1985 ff

Meyer, Thomas/Klär Karl-Heinz/ Miller,
Susanne/Novy, Klaus/Timmerman, Heinz (Hrsg.)
Lexikon des Sozialismus,
Köln 1986

Patterson, William E.
The SPD and European Integration
Westmead u.a. 1974

Schmitz, Kurt Thomas
Deutsche Einheit und Europäische Integration. Die sozialdemokratische Außenpolitik der
Bundesrepublik Deutschland unter besonderer Berücksichtigung des programmatischen
Wandels einer Oppositionspartei
Bonn 1978

Siemsen, Anna (Hrsg.)
Ein Leben für Europa. In memoriam Joseph Bloch
Frankfurt/Main 1956

Weidenfeld, Werner/Wessels Wolfgang (Hrsg.)
Europa von A-Z:
Taschenbuch der europäischen Integration/ Institut für Europäische Politik, Europa
Bonn 1991

Wrynn, John Francis Patrick
The Socialist International and the Politics of European Reconstruction, 1919-1930, Diss.
Amsterdam 1976